



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Der Wiederaufbauprozess in Bosnien-Herzegowina am
Fallbeispiel Mostar“

Verfasserin

Sanja Ehiro

angestrebter akademischer Grad

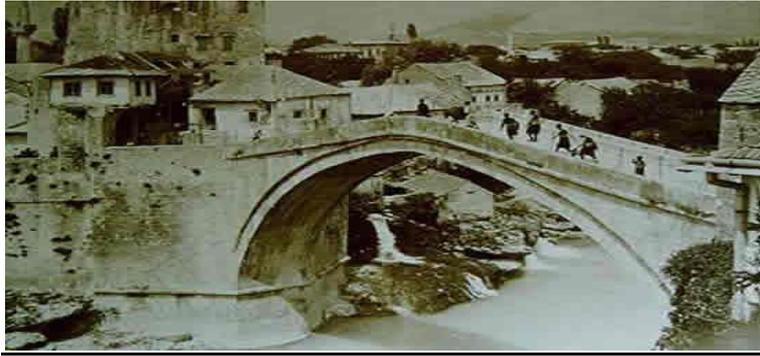
Magistra der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A300

Studienrichtung lt. Studienblatt: Politikwissenschaft

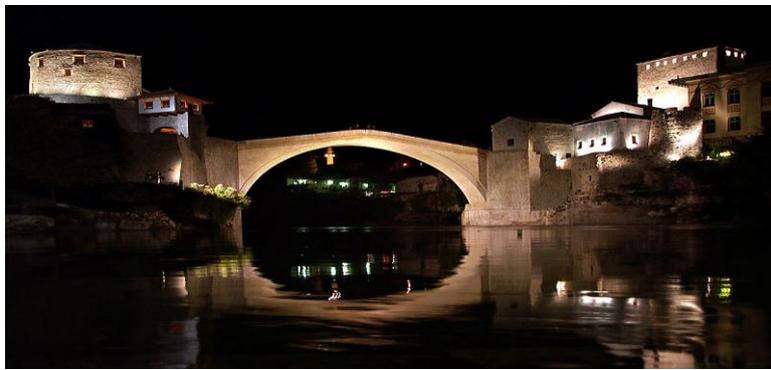
Betreuer: Univ.-Doz. Dr. Johann Wimmer



<http://www.aleksasantic.com/Santic/foto-starimost-all.html>



<http://sarajevo.co.ba/sjecanje-stari-most/>



<http://www.sutra.ba/novost/45712/Zasto-je-vazno-biti-Mostarac>

*„Ja pogođen nisam ni umro, ni pao, samo sam morao skočiti dole,
nastaviću tačno tamo gdje sam stao, izroniće Stari za one što ga vole!“
(Stari)*

*„Getroffen, starb ich weder, noch versank ich, ich musste nur kurz
hinunterspringen und werde dort weitermachen, wo ich aufhörte, für
jene, die ihn lieben, wird der Alte wieder auftauchen!“ (Stari)*

1. EINLEITUNG	3
2. „NEUE KRIEGE“	6
2.1. ‚Alte Kriege‘	7
2.2. Globalisierung	11
2.3. Die Charakteristika der ‚Neuen Kriege‘	14
2.3.1. ‚Politik der Identität‘	15
2.3.2. Kriegsführung	20
2.3.3. Kriegsfinanzierung	27
2.4. Kosmopolitismus	31
3. DER WIEDERAUFBAUPROZESS – STATE- UND NATIONBUILDING NACH ‚NEUEN KRIEGEN‘	34
3.1. State- und Nationbuilding	36
3.1.1. Statebuilding	37
3.1.2. Nationbuilding	44
4. STAATSZERFALL JUGOSLAWIENS	49
4.1. Titos Jugoslawien	50
4.1.1. Titoismus	53
4.1.2. Die Verfassung von 1974	55
4.2. Krisen und Zerfall Jugoslawiens	57
4.2.1. Wirtschaftskrise	58
4.2.2. Die politische Krise	60
5. UNABHÄNGIGKEIT UND KRIEG IN BIH	65
5.1. Der Weg in die Unabhängigkeit	65
5.2. Krieg, Teilungen und Friedenspläne	67
5.2.1. Der Friedensvertrag von Dayton	78
6. EUROPEAN UNION ADMINISTRATION OF MOSTAR (EUAM)	84
6.1. Mostar nach der formellen Kampfbeendigung	84
6.2. Das Memorandum of Understanding – Mandat, Ziele und Aufgaben der EUAM	88

6.3. Die Struktur der EUAM	91
6.4. Der Wiederaufbauprozess in Mostar	94
6.4.1. Der physikalische Wiederaufbau	95
6.4.2. Die Wiederherstellung der Bewegungsfreiheit	97
6.4.3. Die Zusammenführung der Polizei	101
6.4.4. Der administrative Wiederaufbau und das „Interim Statut“	107
6.5. Das Ende der EUAM	113
7. SCHLUSSWORT	116
ABBILDUNGSVERZEICHNIS	122
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	123
ANHANG	137
ABSTRACT	152
CURRICULUM VITAE	153

1. Einleitung

Mostar, eine moderne und multikulturelle Stadt, mit der „Alten Brücke“ als Symbol der Verbundenheit zwischen Ost und West, ist seit dem bosnischen Bürgerkrieg nur durch ein Merkmal hervorstechend: ihre tiefe ethnische Spaltung und Teilung in zwei Stadthälften, die kroatische und die bosnische.

Die politische Situation in der Stadt Mostar spiegelt die Probleme des bosnisch-herzegowinischen Staates in seiner Gesamtheit wieder, weswegen die Auseinandersetzung mit ihnen als Thema dieser Arbeit ausgesucht wurde.

Besondere Intensität und Grausamkeit des bosnischen Neuen Krieges hat tiefe Wunden in den Herzen und Köpfen der Bürger Bosnien-Herzegowinas hinterlassen und unsichtbare Grenzen aufgebaut, die die Internationale Gemeinschaft versucht hat zu überwinden.

Das Ziel der Untersuchung besteht darin zu zeigen, dass der Wiederaufbauprozess in Mostar, im Rahmen der European Union Administration of Mostar, ein gescheitertes Experiment einer neuen Form der Europäischen Stabilisierungs- und Sicherheitspolitik nach ethnischen kriegerischen Auseinandersetzungen ist und dass dringendes Umdenken in dieser Hinsicht besteht. Folgende Fragen sollen beantwortet werden:

- Was sind die Neuen Kriege und in welchem Zusammenhang stehen sie mit dem State- und Nationbuilding?

- Wie wirkte sich die allgemeine politische Lage auf den Wiederaufbauprozess aus?

- Welche Rolle spielte die European Union Administration of Mostar im besagten Prozess und wie gestaltete sie diesen?

Den theoretischen Rahmen dieser Arbeit bildet das Konzept der Neuen Kriege von Mary Kaldor. Im *Kapitel 2* werden sowohl die traditionellen zwischenstaatlichen Kriege, zwecks Hervorhebung der Unterschiede, als auch die Neuen Kriege besprochen. Der Fokus liegt dabei auf ihren Merkmalen, weil diese das Verständnis der Geschehnisse in Bosnien-Herzegowina im Allgemeinen und Mostar speziell erleichtern.

State- und Nationbuilding Konzepte ergänzen den theoretischen Rahmen im *Kapitel 3*. Sie erfassen und definieren neben dem Wiederaufbauprozess selbst auch die Aufgaben der internationalen Akteure, und weisen auf mögliche Methoden der Umsetzung hin.

Da der Wiederaufbauprozess erst nach dem erfolgten Staatszerfall notwendig wird, ist die theoretische Auseinandersetzung mit diesem Phänomen im Rahmen der Untersuchung unabdingbar.

Historische Ursachen des bosnischen Krieges sind auf den Staatszerfall Jugoslawiens zurückzuführen, weswegen das *Kapitel 4* seine Erosion behandelt, mit dem Fokus auf verschiedene Krisen, die das Aufkommen der nationalistischen Parteien ermöglichten und schlussendlich zur Abspaltung der Republiken führten.

Kapitel 5 enthält die empirische Analyse der bosnischen Situation von der Unabhängigkeitserklärung bis zur Beendigung des Krieges, unter besonderer

Beachtung des Kriegsverlaufs in Mostar. Besondere Aufmerksamkeit liegt auf der Hervorhebung der Merkmale, die den bosnischen Krieg als einen Neuen Krieg charakterisieren und den Friedensplänen, die das Resultat der Bemühungen um Verhandlungen internationaler Akteure darstellen.

Das Kernstück dieser Arbeit enthält das *Kapitel 6*, in welchem der Wiederaufbauprozess im Rahmen der European Union Mission of Mostar unter die Lupe genommen wird. Ausgehend von der politischen Lage und der Situation in Mostar erstreckt sich die Untersuchung von der Legitimation der Mission über den physischen und administrativen Wiederaufbau bis zu den Bemühungen um die Wiederherstellung der Bewegungsfreiheit.

Die Untersuchung des Wiederaufbauprozesses in Bosnien-Herzegowina am Beispiel Mostar stützt sich auf verschiedene wissenschaftliche Quellen, als auch Dokumente, im Internet erhältliche Berichte und Zeitungsartikel.

Alle Übersetzungen, sowohl im Hauptstück enthaltene, als auch der einleitende Reim stammen von der Autorin dieses Schriftstücks.

2. „Neue Kriege“

Die Bezeichnung ‚Neue Kriege‘ hat sich als Konsequenz der Abweichung neuer Kriegeformen von den alten zwischenstaatlichen herauskristallisiert. ‚Neue Kriege‘ weisen zwar viele Gemeinsamkeiten mit den alten auf, aber auch deutliche Unterschiede, die sie als ein neues Phänomen auszeichnen.

Sie beinhalten Elemente der konventionellen Kriegführung als auch die der asymmetrischen. Da sie vorwiegend dort stattfinden, wo der Staat nicht in der Lage ist, das Gewaltmonopol zu halten bzw. dort wo Staatsbildungsprozesse gescheitert sind, dominieren die substaatlichen Akteure im Kriegsgeschehen.

Der Begriff ‚Neue Kriege‘ stammt von Mary Kaldor, die dieses neue Phänomen anhand des Konfliktes in Bosnien-Herzegowina untersucht hat. Häufige Bezeichnungen für diese Art der Konfliktaustragung sind ebenfalls: ‚wilde Kriege‘, ‚neohobbesche Kriege‘, ‚low intensity wars‘, ‚nichtkonventionelle Kriege‘, ‚postnationale‘ bzw. ‚postmoderne‘ Kriege, ‚entartete Kriege‘ usw. Alle diese Charakteristika bringen bestimmte Merkmale ‚Neuer Kriege‘ zum Ausdruck, erfassen aber viele andere keinesfalls.

‚Neue Kriege‘ ist ein weit gefasster Begriff, der es ermöglicht, die ‚Neuen Kriege‘ in allen ihren Facetten von den klassischen Kriegen und von anderen Gewaltformen zu unterscheiden bzw. abzugrenzen, um sie analysieren zu können.

Im Nachfolgenden liegt der Fokus sowohl auf den politischen als auch wirtschaftlichen Charakteristika der ‚Neuen Kriege‘. Zunächst werden die ‚Alten Kriege‘ besprochen, um die Unterschiede zwischen ihnen und den ‚Neuen Kriegen‘ deutlich zu machen. Danach wird die Globalisierung als Ausgangspunkt der Analyse unter die Lupe genommen, weil die Diskussion der ‚Neuen Kriege‘ ohne Bezug zu dergleichen nicht verständlich wäre. Außerdem wird auf die verschiedenen Merkmale der ‚Neuen Kriege‘ und ihre Bedeutung bei der Eindämmung dieser Konfliktart eingegangen.

2.1. ‚Alte Kriege‘

Clausewitz bezeichnete in seinem Werk „Vom Kriege“ das untersuchte Subjekt als ein „wahres Chamäleon“.¹ Alle stattgefundenen Kriege unterscheiden sich voneinander, sie sind an die Umstände, in welchen sie geführt werden, angepasst.

‚Alte Kriege‘ ist eine Bezeichnung, welche sich auf die klassischen europäischen Staatsbildungskriege bezieht. Im Rahmen dieser Arbeit wird der Begriff in Bezug auf die ‚Clausewitz’schen‘, zwischenstaatlichen, ‚großen‘ Kriege verwendet, da er das heutige Kriegsverständnis im Wesentlichen geprägt hat. Nach Clausewitz ist der Krieg *„ein Akt der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen“*². Das eigentliche Ziel des

¹ Clausewitz, Carl von (2005): Vom Kriege (Erstdruck Berlin 1832/34), Frankfurt am Main und Leipzig, Insel Verlag, 1.Aufl. S.41

² Ebd. S.15

Krieges ist die Unterwerfung des Gegners, der ‚wehrlos‘ gemacht werden muss. Von entscheidender Bedeutung ist das Staatsinteresse, das alle anderen Motivationen und Legitimationen aus der Welt schafft.

Im Zuge der sich vollziehenden Verstaatlichung des Krieges entwickelten sich moralische und ethische Vorstellungen über die Anwendung der Gewalt. Das Recht über den Einsatz von Gewalt zu entscheiden gebührte dem weltlichen bzw. religiösen Oberhaupt. Mit der These vom ‚gerechten Krieg‘, welche den rechten Grund und die rechte Absicht als Voraussetzung für die Kriegsführung vorschrieb, wurde der Grundstein für das internationale Recht gelegt. Sehr schnell trat das *ius ad bello*, das Recht Krieg zu führen, in den Hintergrund. Man konzentrierte sich vielmehr auf das *ius in bello*, das die Kriegsteilnehmer zwang, sich an vorgegebene Normen beim Gewalteinsatz zu halten.

Die vielen moralischen Vorgaben zur Kriegführung widersprechen der konfliktiven Natur des Menschen, wie sie Hobbs in seiner Voraussage des Krieges „Alle gegen Alle“ geschildert hat.

Immanuel Kant hat in seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“ einen alternativen Weg vorgeschlagen, der es dem Menschen unmöglich macht, sich den Normvorschriften zu entziehen. Er sieht die einzige Möglichkeit für den Frieden in einem Staat gegeben, in welchem sich der vernunftgeleitete Mensch von seinen Leidenschaften distanziert und im Sinne Aller handelt. Er unterwirft sich freiwillig dem Gesetz, um Auseinandersetzungen zu vermeiden, weil der Staat als primäre Aufgabe den Schutz der individuellen Freiheit seiner Bürger zu erfüllen hat. Zwangsgesetze bedürfen einer effizienten Umsetzung und sind nur in einem starken Staat möglich, deren Willen sich die Bürger freiwillig unterwerfen. Die auf diese Weise gewährleistete Freiheit darf keiner missbrauchen und die Freiheit anderer Mitmenschen einschränken.

Der Westfälische Frieden, mit dem das Souveränitätsprinzip eingeführt wurde, stellt den Auftakt für das Zeitalter der zwischenstaatlichen Kriege dar. Ab nun wurde der Aspekt der Symmetrisierung in der Rüstungspolitik entscheidend. Um im Falle eines Krieges in der Lage sein zu können, ihre Interessen durchzusetzen und die gesetzten Ziele zu erreichen, mussten die Nationalstaaten ihre militärischen Kapazitäten an diejenigen ihrer Gegner anpassen. Dies führte zu großen Rüstungswettläufen, um mögliche Asymmetrien sofort auszugleichen und ein zumindest formelles Kräftegleichgewicht herzustellen.

Die „Hegung des Krieges“³ vollzog sich in einem langen Prozess, gerade aus dem Grund, dass es häufig zu Gewaltexzessen kam. Die Trennung in Kombattanten und Nichtkombattanten, sowie Vorgaben zur Behandlung von Kriegsgefangenen sind Kernpunkte einer weiteren Vertiefung des *ius in bello*. Sie sind das Ergebnis der Haager Landkriegsordnung bzw. der Genfer Konventionen, welche alle Unterzeichnerstaaten zu ihrer Einhaltung verpflichten. Das endgültige Gewaltverbot ist in der Charta der Vereinten Nationen enthalten. Laut Artikel 51 ist Gewalt nur zum Zwecke der Selbstverteidigung erlaubt, allerdings nur unter der Bedingung, dass der Sicherheitsrat seine Zustimmung erteilt. Alle diese Unternehmungen waren Teil des Versuchs, den Krieg einzugrenzen, ihm Regeln aufzuzwingen und somit die Verluste zu reduzieren.

In den ‚Alten Kriegen‘ sind Staaten die Akteure, die militärischen Angriffe sind strategisch geplant und richten sich gegen militärische Ziele. Der Krieg wird aus staatlichen Einnahmen finanziert und von stehenden Heeren geführt.

³ Münkler, Herfried (2007) : Die neuen Kriege, Reinbek bei Hamburg, Rowohlt Verlag, 3. Aufl.

Zivilisten sind von der Teilnahme weitgehend ausgeschlossen. Der Sieg gebührt der Seite, welche in der Lage ist, die Entscheidungsschlacht zu gewinnen. Ist die Entscheidungsschlacht vorbei, entscheidet der Sieger über das Schicksal des Verlierers. In der Regel kommt es zu einem Friedensvertrag, der die Beziehungen der Gegner regelt und den Waffenstillstand festsetzt. Im Laufe der Zeit ist es zu verschiedenen Abweichungen gekommen; mit der Industrialisierung und Globalisierung veränderte sich ebenfalls das Kriegsumfeld. Clausewitz'sche Überlegungen zum Thema des zwischenstaatlichen Kriegs basieren auf seinen eigenen Erfahrungen, die er im preußisch-französischen Krieg gemacht hat. Diese gesammelten Erfahrungen hat er zu einer Theorie zusammengefasst und mit seinen Erkenntnissen ergänzt; sie bilden einen Stereotyp, der sich auf die Gesamtheit der Staatenkriege übertragen lässt.

Die Alten Kriege, von den Stammeskriegen bis zu den zwischenstaatlichen, absoluten und totalen Kriegen, sind von neuen Gewaltformen abgelöst worden. Alte Kriege sind zwar immer noch sehr relevant für die wissenschaftlichen Auseinandersetzungen, sie dienen als Bezugspunkt für die Analyse moderner, neuer Formen der Konfliktaustragung. Sie sind der Kern der heutigen Kriegs- und Friedensforschung, sowie des Kriegsrechts, jedoch kann das Festhalten an einem solchen Kriegsverständnis die Sicht auf neue Phänomene verzerren, die Analyse dieser erschweren und ihre Eindämmung unmöglich machen.

Der Krieg wird bei Clausewitz als „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“⁴ bezeichnet, was einen Hinweis darauf gibt, dass die Kriegsform

⁴ Clausewitz, Carl von (2005): Vom Kriege (Erstdruck Berlin 1832/34), Frankfurt am Main und Leipzig, Insel Verlag, 1.Aufl. S.38

immer mit der Form der Vergesellschaftung zusammenhängt. Nationalstaatlichkeit, stehende Heere, schwere Waffen, staatliche Kriegsfinanzierung usw. zählen mittlerweile zu überkommenen Merkmalen. An ihre Stelle treten andere Komponenten, die das Wesen der neuen Kriege ausmachen und Anzeichen des vollkommenen Wandels der Kriegführung zum Vorschein treten lassen.

2.2. Globalisierung

Mary Kaldor definiert Globalisierung als *„die Zunahme der den ganzen Erdball umspannenden, wechselseitigen Verflechtungen – im politischen, wirtschaftlichen, militärischen und kulturellen Bereich“*.⁵ Sie spezifiziert weiter:

„Hinter dem Ausdruck Globalisierung verbirgt sich ein komplexer Prozess, der in Wirklichkeit zu Globalisierung wie Lokalisierung, Integration wie Fragmentierung, Homogenisierung wie Differenzierung usw. gleichermaßen führt“.⁶

Die Welle der Globalisierung hat viele Veränderungen mit sich gebracht. Sie hat einen Prozess der Homogenisierung der Welt in Gang gesetzt, der wiederum seine eigenen Feinde hervorbrachte. So ist von Globalisierungsgegnern und –befürwortern die Rede. Viele profitieren von der Vernetzung der Welt, v.a. der Wirtschaftsmärkte, andere sind von diesen Neuerungen ausgeschlossen und finden auch keine Anschlussmöglichkeit.

⁵ Kaldor, Mary (2000): Neue und alte Kriege, Ulrich Beck (Hg.), Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag, 1. Aufl. S.10

⁶ Ebd. S.113

Begleitet wird das Gesamtpaket der Globalisierung von seinen Schatten, Begriffen wie Identitätsverlust, Entwurzelung, Kriminalitätsanstieg, kulturelle Kluft usw., welche den gegenläufigen Prozess, den bösen Zwilling der Globalisierung, darzustellen vermögen. Wie jede Aktion verursacht die Globalisierung ebenfalls vollkommen gegenläufige Prozesse, nämlich die Fragmentierung!

Die Globalisierung hat eine Ausweitung der Wirtschaftsmärkte mit sich gebracht, die dazu beiträgt, dass internationale Unternehmen hohe Gewinne verbuchen können, während lokale Unternehmen auf Spezialisierungen angewiesen sind, um überhaupt überleben zu können. Massenwaren sind gefragt, aber auch seltene, nicht in jedem Land erhältliche Produkte, wodurch die Wirtschaftsmärkte eine höhere Vielfalt aufweisen.

Technische Fortschritte und die Verbesserung der Informationstechnologie machen die Distanzen zwischen den Märkten kürzer und die Produktionsabläufe einfacher⁷. Der Arbeiter wird durch moderne Maschinen ersetzt, an seine Stelle kommt ein Informationsverarbeitungsexperte

Für die ‚Neuen Kriege‘ ist die erleichterte Beschaffung von Waffen von großer Bedeutung, zumal leichte Waffen, die es im Zeitalter der Massenproduktion im großen Überfluss und zu sehr niedrigen Preisen gibt, gefragt sind.

In der Politik dominiert die Transnationalisierung. Es werden immer mehr Regierungsaktivitäten an internationale Organisationen weitergeleitet, nicht zuletzt wegen der zunehmenden Erosion der Staatlichkeit. Internationale

⁷ Vgl. Kaldor, Mary (2000): Neue und alte Kriege, Ulrich Beck (Hg.), Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag, 1. Aufl. S. 114

Organisationen erhalten ihre Kompetenzen durch Abschlüsse von internationalen Verträgen, nicht zuletzt, weil der Globalisierungsprozess Distanzen verringert und zur Schaffung einer Weltinnenpolitik beiträgt. Wegen zunehmender Abhängigkeit schwacher Staaten von den besser entwickelten, haben vor allem die Letzteren, westliche Staaten, einen Demokratisierungsprozess in Gang gesetzt, um die Ersteren Staaten zu stärken und gescheiterte wieder aufzubauen. Die letzteren gelten als Gefahrenquellen, weil konfliktgefährdet. Demokratien führen untereinander keine Kriege und gelten als anzustrebendes Ideal zwecks Schaffung einer friedlichen Weltordnung. Deswegen braucht die globale Gesellschaft „...*a new unity of purpose among Western peoples and governments, since only the West has the economic, political and military resources and the democratic and multinational institutions and culture necessary to undertake it...*“⁸

Gefühle der Entwurzelung und einer Identitätskrise ermöglichen den Anstieg des Nationalismus und Extremismus, bedingt durch das Verschwinden der Nationalkulturen. Wer sich vom Prozess der Globalisierung ausgeschlossen fühlt, findet in diesen partikularistischen Vereinigungen einen Zufluchtsort. Gleichzeitig existieren also zwei Gruppierungen, jene aus der globalen Gemeinschaft und jene, die ausgeschlossen und an den Rand gedrängt sind. Die Letzteren suchen einen Ausweg aus ihrer Misere, werden aber rasch vom Gefühl der Machtlosigkeit eingeholt, da die Probleme groß sind und die Vernetzten politischen Strukturen nicht zu durchdringen sind. Im Zuge der Verflechtung verschiedenster Kategorien verblassen auch die Grenzen zwischen öffentlich und privat, national und international, Krieg und Frieden usw.

⁸ Shaw zit.nach Chandler, David (2000): Bosnia. Faking Democracy After Dayton, London, Pluto Press, 2nd ed. S.19

Die ‚Politik der Identität‘⁹ stellt eine neue Möglichkeit der politischen Mobilisierung dar, welche der Machtlosigkeit des modernen Staates entgegentreten soll. Sie ist als Antwort auf die stattfindenden globalen Veränderungen zu denken und hebt die Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen hervor. Partikularistische Identitätsmerkmale werden gezielt geschaffen und hervorgehoben, um ein Verschwinden in der globalisierten Welt zu verhindern.

2.3. Die Charakteristika der ‚Neuen Kriege‘

Zu den Charakteristika der ‚Neuen Kriege‘ zählen: die Politik der Identität, die Art der Kriegsführung, die Vielfalt der Streitkräfte, sowie die Kriegsfinanzierung¹⁰, die im Nachfolgenden näher analysiert werden. Miteinander kombiniert lassen sie ein komplexes Bild der ‚Neuen Kriege‘ entstehen und machen die Schwierigkeiten bei der Überwindung dieser Art von Konflikten durchaus verständlich.

⁹ Vgl. Kaldor, Mary (2000): Neue und alte Kriege, Ulrich Beck (Hg.), Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag, 1. Aufl. S. 15ff.

¹⁰ Vgl.Ebd.

2.3.1. ‚Politik der Identität‘

Um den Begriff ‚*Politik der Identität*‘ baut Mary Kaldor ihre Theorie der ‚Neuen Kriege‘ auf. Er ist definiert als

*„Bewegungen, die ihre Gefolgschaft auf der Grundlage ethnischer, rassischer oder religiöser Identität mobilisieren, und zwar zum Zwecke der Erlangung staatlicher Macht“.*¹¹

Der Begriff der Identität erfasst nur den Aspekt der Zuschreibung von bestimmten Merkmalen, es ist „eine Form des Etikettierens“¹². Während sich „Politik“ nur auf die Forderung und das Streben nach staatlicher Macht bezieht ist das „Etikett“ angeboren und unveränderlich¹³.

Etikettierungen werden für politische Zwecke instrumentalisiert um in Zeiten bewaffneter Konflikte die Gewaltbereitschaft zu fördern und eine Institutionalisierung von Unterschieden zu bezwecken. Dies geschieht meist unter dem Deckmantel von ethnischen Begriffen. Dabei stellt die Ethnie eine unveränderbare Konstante dar, die von Natur aus gegeben und nicht übertragbar ist¹⁴. Mit Hilfe der ‚Politik der Identität‘ angezettelte Konflikte, welche auf ethnischen Zuschreibungen beruhen, können somit als ethnische Konflikte beschrieben werden¹⁵, im Unterscheid zu solchen, deren Grundlage andere Etikettierungen bilden.

Die ‚Politik der Identität‘ basiert auf Ausschluss und Fragmentierung. Die Unterscheidung in ‚wir‘ und ‚die Anderen‘ ist auf konstruierten Erinnerungen aufgebaut, die eine glorreiche Vergangenheit propagieren, Heldenepen

¹¹ Ebd. S.121

¹² Ebd. S.122

¹³ Ebd.

¹⁴ Ebd.

¹⁵ Ebd.

schildern, erlebte Ungerechtigkeiten bezeugen und gewonnene Schlachten idealisieren¹⁶. Besonders beliebt war bei Serben der Rückgriff auf die Schlacht am Amselfeld, auf die immer wieder zurückgegriffen wird, um die serbische Bevölkerung als Opfer darzustellen. Die Darstellung der Anderen als Bedrohung ermöglicht die Rechtfertigung für ihre Bekämpfung und Wiederherstellung der Sicherheit für die eigene Gruppe. So eine Form von Politik kann ohne die von ihr geschaffene Minderheit nicht überleben, weil ihr gerade dieser Gegenpart Legitimität verschafft. Die ‚Politik der Identität‘ kann von einem ‚harmlosen‘ Ausschluss und Entrechtung der Minderheit reichen, bis zu regelrechten Vertreibungen und letztendlich dem Völkermord. Entscheidender Faktor ist nicht das Vorhandensein der ‚Politik der Identität‘, sondern ihre Instrumentalisierung und die Ausrichtung auf die Vernichtung.

Anstatt von ‚Etikettierungen‘ spricht Marie-Janine Calic in Anlehnung an Anne Katrin Flohr von ‚*Feindbildern*‘ definiert als

*„...extrem negative Vorstellungen von einem Gegner, die unter Umständen so weit reichen, seine Vernichtung nahezulegen“.*¹⁷ Sie transportieren *„Scheinwissen bzw. treffen Voraussagen über die Charaktereigenschaften und das Verhalten von anderen“.*¹⁸

Wie ‚Politik der Identität‘ werden auch ‚Feindbilder‘ bewusst konstruiert, um Anhänger für die Erreichung eigener Ziele zu gewinnen, dieselben zu rechtfertigen und gleichzeitig den Gegner zu diskreditieren, denn *„Kriege funktionieren nur, wenn das Mitgefühl stirbt“.*¹⁹

¹⁶ Vgl.Ebd.S.124

¹⁷ Calic, Marie-Janine (1996): Krieg und Frieden in Bosnien-Herzegovina, Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag S.57

¹⁸ Ebd.

¹⁹ Ebd.S.111

Entstanden ist diese Art der Politik der Identität als Konsequenz des Zerfalls zentralistischer und autoritärer Staaten, die den herrschenden Eliten Legitimitätsverluste einbrachten und ein Machtvakuum hinterließen. Aus der Leere mussten so schnell wie möglich neue politische Eliten entstehen, die sich von den alten zumindest dem Anschein nach grundsätzlich unterschieden. ‚Politik der Identität‘ basiert auf den Gefühlen der Zusammengehörigkeit und des Ausschlusses. Somit erhalten die ‚Neuen Kriege‘ eine emotionale Dimension, die die Mobilisierung aller Kräfte zum Schutz der eigenen Ethnie möglich machen und gleichzeitig die Ausschaltung der anderen fordert:

*„Er ist nicht Krieg, sondern Existenz- und Vernichtungskampf, denn es geht nicht um die Verteilung irgendwelcher Ressourcen in der Gemeinschaft oder zwischen Gemeinschaften, sondern um die existentielle Frage, wer zur Gemeinschaft gehört und wer nicht. Dafür gibt es keine Regeln, denn alle Regeln setzen die Existenz der Gemeinschaft voraus. Und so kennt denn auch der Kampf um die endgültige Beantwortung dieser Frage keine Regeln“.*²⁰

Wurzeln der ‚Politik der Identität‘ finden sich im Globalisierungsprozess.

Erstens, sind sie im Legitimitätsverlust und dem Gefühl der Machtlosigkeit der herrschenden Eliten zu suchen²¹, welche sich verzweifelt bemühen mittels dieser Art von auf Vorurteilen beruhender Politik, Anhänger zu mobilisieren. Zur Verwirklichung verschiedener Interessen wird die Ethnizität sehr gerne als Abgrenzungsmerkmal instrumentalisiert. Insbesondere im ehemaligen Jugoslawien war dies der Fall, kurz vor und nach dem endgültigen Zerfall des Staates und dem Niedergang der Kommunistischen

²⁰ Preuß, Ulrich K. (2002): Krieg, Verbrechen, Blasphemie. Zum Wandel bewaffneter Gewalt, Berlin, Wagenbach Verlag S.35

²¹ Vgl. Kaldor, Mary (2000): Neue und alte Kriege, Ulrich Beck (Hg.), Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag, 1. Aufl. S.124

Partei Jugoslawiens. In einem Staat, der sich im Prozess des Staatszerfalls befindet und sowohl die Parteien als auch alle Institutionen umgestaltet bzw. neu erschaffen werden müssen, ist dies nicht verwunderlich.

„In Gesellschaften, deren Bürger davon ausgehen, dass man von ihnen ein ganz bestimmtes Wahlverhalten erwartet, und die an die Existenz politischer Alternativen nicht gewöhnt sind und sie wohl auch nicht für beständig halten, ist die Entscheidung für die eigene Nationalität die naheliegendste Option“²².

Zweitens, ist der Wirtschaftssektor zu nennen, in welchem sich eine neue Form der Ökonomie, die so genannte ‚Parallelökonomie‘, entwickelt²³. Hierbei handelt es sich um Arten legaler und illegaler Aktivitäten in Randbereichen der Gesellschaft, die sich im Aufschwung befinden und von so einer Politik eine eventuelle Möglichkeit der Legitimation erwarten. Gesellschaften, die sich gerade im Transitionsprozess befinden, sind besonders anfällig für solche Geschehnisse. Bei kommunistischen Staaten war dies der Fall, weil ehemalige auf Planwirtschaft beruhende Ökonomien einen schnellen Übergang zur Marktwirtschaft meistern mussten. Die Übergangszeit ließ jede Art von Regulierung vermissen²⁴ und stellte die politischen Eliten vor große Herausforderungen. In dieser Zeit florierten Schattenwirtschaft, Korruption und Verbrechen.

Politische Eliten nutzen die ‚Politik der Identität‘ für die Verfolgung ihrer Ziele, sie arbeiten mit den Verbrechern zusammen, um möglichst an der Macht zu bleiben. Die Verbrecher wiederum bedienen sich des Einflusses der Politiker,

²² Kaldor, Mary (2000): Neue und alte Kriege, Ulrich Beck (Hg.), Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag, 1. Aufl. S.127

²³ Vgl.Ebd.S.132

²⁴ Vgl.Ebd.

um ihre Aktivitäten zu legitimieren. Auf diesem Weg kommt ein allzu präsentenes Gefühl der Unsicherheit auf, der die Gesellschaft immer weiter polarisiert, sie unterstützungsbereit macht und somit die Stellungen der Eliten festigt.

Die partikularistische ‚Politik der Identität‘ dehnt sich viel weiter aus, als bis zu den einzelnen Staatsgrenzen. Dank der Globalisierung, im Zuge welcher sich die Geschwindigkeit der Nachrichtenübertragung ebenfalls gesteigert hat, können verschiedene Botschaften bis ans Ende der Welt rasch gelangen und Zuhörer erreichen. Vor allem die Diaspora gewinnt dadurch an Bedeutung, zumal durch die neuen Technologien eine viel größere Anzahl von Menschen für die partikularistischen Ideen mobilisiert werden kann²⁵.

Obwohl die ‚Neuen Kriege‘ meist innergesellschaftliche Konflikte sind, können sie internationale Dimensionen annehmen. Wegen dem bereits erwähnten Verblässen der Grenzen, der Verschmelzung der Ökonomien und anderer Bereiche, leiden vor allem die Nachbarstaaten unter den ‚Neuen Kriegen‘. Sie sind verschiedenen Belastungen ausgesetzt (Flüchtlingsströme, wirtschaftliche Belastungen, usw.), die die Stabilität ihres eigenen Staates gefährden können. Aufgrund humanitärer Katastrophen und massiver Menschenrechtsverletzungen zählen NGOs ebenfalls zu den neuen Akteuren. Daneben können auch weitere internationale Akteure auf verschiedenste Art und Weise in den Konflikt gezogen werden und diesen entweder verschlimmern oder beenden, wie es aus der späteren Analyse des bosnischen Konfliktes ersichtlich wird.

²⁵ Vgl, Ebd. S. 137

2.3.2. Kriegsführung

Hinsichtlich der Kriegsführung unterscheiden sich die „Neuen Kriege“ wesentlich von den alten. Während in den letzteren die gesamte Gesellschaft mobilisiert und die Wirtschaft auf die Produktion von Waffen ausgerichtet wurde, zwecks Stärkung der militärischen Schlagkraft, zeigen die neuen Kriege ein ganz anderes Bild. Sie haben ihre Quellen im Globalisierungsprozess und bleiben deswegen von der Fragmentierung und Dezentralisierung des Staates nicht unberührt²⁶.

Da, wie schon erwähnt, neue Kriege vorwiegend dort ausbrechen, wo der Staat zerbricht, oder sogar schon kollabiert ist, befinden sich die regulären Streitkräfte auch in einer aussichtslosen Situation. Der Staat kann sich ihren Unterhalt nicht mehr leisten, ihre Legitimation geht mit der des Staates verloren und somit sind sie gezwungen, andere Finanzierungswege zu suchen. Wenn zu den wirtschaftlichen Komponenten, auch die politische Spaltung das Heer einholt, dann steht einem Niedergang nichts mehr im Wege.

Sobald die Soldaten gezwungen sind, selbst andere Finanzierungsmöglichkeiten zu suchen und der Staat, für welchen sie ihre Dienste eigentlich leisten, am Verschwinden ist, bricht die Disziplinlosigkeit aus, begleitet von totalem Zusammenbruch der Befehlsstrukturen, dem Legitimationsverlust und der endgültigen Fragmentierung²⁷.

²⁶ Ebd.S.144

²⁷ Ebd. S.148

Sehr schnell ist es wegen diesen Veränderungen unmöglich die regulären Truppen von irregulären zu unterscheiden, was die Lösung des Konflikts deutlich erschwert.

Mit dem Aufkommen ‚Neuer Kriege‘ sind auch neue Arten der Streitkräfte entstanden. Nicht nur reguläre, sondern auch paramilitärische Einheiten nehmen an den kriegerischen Auseinandersetzungen teil, wobei in den meisten Fällen die letzteren sogar überwiegen und das Kriegsgeschehen dominieren.

Mary Kaldor unterteilt die Streitkräfte in folgende Gruppen: paramilitärische Einheiten, Selbstverteidigungseinheiten, ausländische Söldner, Reguläre ausländische Streitkräfte.

Der Gruppe der *paramilitärischen Einheiten* lassen sich die meisten Kriegsteilnehmer der neuen Kriege zuordnen. Sie sind unabhängige Gruppierungen, obwohl sie oft von Regierungen organisiert werden, damit die letzteren selbst nicht zur Verantwortung, für begangene Regelüberschreitungen, herangezogen werden können. Paramilitärische Einheiten haben in der Regel einen Anführer, der über ihre Aktivitäten entscheidet²⁸. Sie stehen oft in enger Verbindung zu extremistischen Parteien. *„Bereits 1991 hatten Parteien begonnen, ihre eigenen Prätorianergarden aufzubauen. So entstanden in Serbien und Kroatien*

²⁸ Vgl. Ebd. S.148

Kampfgruppen, die den rechts-extremen und faschistischen Parteien angehörten“.²⁹

Entlassene Soldaten, Kriminelle, Arbeitslose finden sich in den paramilitärischen Gruppierungen. Sie tragen kaum Uniformen, obwohl die meisten bestimmte Kleidung oder andere Erkennungsmerkmale bevorzugen, um sich als Gruppe auszuzeichnen.³⁰

Selbstverteidigungseinheiten bestehen aus Freiwilligen und dienen der Verteidigung ihrer Ortschaften. Ihnen fehlt oft die nötige Ausstattung, was oft ihre schnelle Auflösung verursacht³¹. Wenn sie es doch schaffen bestehen zu bleiben, sind sie häufig zur Zusammenarbeit mit anderen bewaffneten Einheiten gezwungen und enden als Kriegsteilnehmer³².

Ausländische Söldner werden als Einzelpersonen oder aber ganze Einheiten angeheuert. Sie sind durch Verträge gebunden und nehmen an neuen Kriegen entweder als Kämpfer teil, oder Ausbilder und Berater. In den westlichen Ländern, vor allem den Vereinigten Staaten von Amerika, boomt das Geschäft der privaten Sicherheitsfirmen. Ihre Männer werden von verschiedensten Personen, Regierungen oder Firmen angeheuert³³.

Reguläre ausländische Streitkräfte werden im Auftrag internationaler Organisationen, wie z.B. der Vereinten Nationen, eingesetzt. Obwohl sie

²⁹ Calic, Marie-Janine (1996): Krieg und Frieden in Bosnien-Herzegovina, Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag S.103

³⁰ Vgl. Kaldor, Mary (2000): Neue und alte Kriege, Ulrich Beck (Hg.), Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag, 1. Aufl. S.149

³¹ Vgl.Ebd.S.150

³² Ebd.S.151

³³ Ebd.

nicht direkt am Krieg teilnehmen, werden sie oft in die Kämpfe verwickelt³⁴. Sie sind vor allem für die Überwachung der Situation zuständig. Ihre Aufgaben umfassen ebenfalls u.a. Schutz der Zivilbevölkerung, Begleitung und den Schutz von Hilfskonvois, Überwachung und Durchsetzung von Waffenstillständen usw. Der Einsatz dieser Streitkräfte und ihre Befugnisse sind an Mandate des UN-Sicherheitsrates gebunden. In der Vergangenheit sind sie selbst zu Opfern geworden, weil die nötigen Mandate für den Gewalteinsatz nicht vorhanden waren. Mittlerweile ist diese Problematik auf dem Weg der Beseitigung, was hoffentlich zu einer Effizienzsteigerung der Einsätze beisteuern wird.³⁵

Nicht selten kommt es zur Kooperation zwischen den Gegnern, wenn es um die Kontrolle der „Einkünfte“ geht. Sobald Geld, Konsumgüter oder Aussichten auf Eroberungen im Spiel sind, werden die politischen Ansichten zweitrangig. Dem Anschein nach handelt es sich in den neuen Kriegen um eine Anarchie, aber beim näheren Hinsehen unter dem Deckmantel des Nationalismus werden Fakten sichtbar, welche eine durchaus rationale Handlungsweise der Beteiligten erkennen lassen. So kooperierten die Serben und Kroaten im bosnischen Krieg, als sie die Teilung des gesamten Staatsterritoriums und den darauffolgenden Anschluss an die Mutterländer planten, trotz den Unterschieden in ihren ideologischen Überzeugungen.

Die Kriegsparteien bedienen sich sowohl der Guerilla, als auch Anti-Guerilla Strategien, um die gesetzten Ziele zu erreichen.

³⁴ Ebd. S.152

³⁵ Die Klassifizierung und Charakteristika der Streitkräfte laut Kaldor, Mary (2000): Neue und alte Kriege, Ulrich Beck (Hg.), Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag, 1. Aufl S.145ff.

Beim Guerilla, dem kleinen Krieg, handelt es sich um eine Form asymmetrischer Kriegsführung. Die revolutionäre Kriegsführung, wie sie von Mao Zedong und Che Guevara, entwickelt wurde, basiert auf den Maximen der Überraschung und Mobilität. Die Guerillakämpfer standen großen, gut ausgerüsteten, konventionellen Einheiten gegenüber. In frontalen Zusammentreffen wären sie machtlos gewesen. Nur mit kleineren, schnellen, aber effektiven Angriffen aus dem Hinterhalt, mit der erfolgreichen Unterbrechung der Versorgungswege und der Verstärkung, konnten sie gewinnen. Guerilleros waren deswegen auf die Unterstützung der Bevölkerung angewiesen, wo sie Unterschlupf fanden und leicht untertauchen konnten. Das Leitprinzip der Guerilla war eine revolutionäre Idee, die möglichst weite Bevölkerungsteile mobilisieren sollte.³⁶

Die Antiguerrillastrategie sollte den Methoden der Guerilleros entgegenwirken. Sie zeichnete sich durch Zwangsumsiedlungen und allgemeiner Zerstörung großer Flächen aus. Die Guerilleros sollten auf diesem Weg zum Stillstand gebracht werden. Vor allem groß angelegte Verminungen, sowie der Einsatz von Pflanzenvernichtungsmitteln wurden eingesetzt, um Angriffe aus dem Hinterhalt zu verhindern, oder sie wenigstens zu reduzieren.³⁷

Neue Kriege sind charakterisiert durch die Kombination beider Strategien. Große Schlachten werden hier ebenfalls gemieden, zumal der Krieg über die Bedrohung der Bevölkerung, die Schaffung von weitest verbreiteter

³⁶ Einzelheiten zum „kleinen Krieg“ – dem Guerilla – bei Etzersdorfer, Irene (2007): Krieg. Eine Einführung in die Theorien bewaffneter Konflikte, Wien, Böhlau Verlag S.105ff.

³⁷ Dazu mehr bei Kaldor, Mary (2000): Neue und alte Kriege, Ulrich Beck (Hg.), Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag, 1. Aufl. S.154f.

Unsicherheit und einem permanenten Angstzustand, geführt wird. Landgewinne sollen auf politischem Weg, nicht durch Kämpfe, erzielt werden³⁸. Dies schließt die Gewaltanwendung nicht vollkommen aus. Das primäre Ziel der Angriffe sind Andersdenkende, Zugehörige feindlicher aber auch eigener Gruppen, wenn sie sich der angewendeten Politik der Identität widersetzen.

In den Neuen Kriegen wird die Treue zu einem Etikett gefordert, im Unterschied zu revolutionärer Kriegführung, wo die Idee den Ausgangs- und Kernpunkt des Kampfes darstellt³⁹. Etikettierungen setzten die Homogenisierung der Gesellschaft voraus und machen die Vertreibung weiter Bevölkerungsgruppen zu einer logischen Schlussfolgerung.

*„Wenn sich Staaten in dieser Lage einer unversöhnlichen ethnischen Spaltung befinden und der Konflikt in den bewaffneten Kampf umschlägt, dann geht es nicht (mehr »bloß«) um die richtige Gestalt eines gemeinsamen Staates...Dann geht es,...., immer häufiger um die »Säuberung« des Territoriums von den anderen durch deren Vernichtung oder Vertreibung“.*⁴⁰

Vertreibung ist in den neuen Kriegen die entscheidende Methode der politischen Kontrolle des Territoriums. Diese Methode ähnelt jenen aus der Antiguerrillastrategie, aber hier wird nicht die Umgebung der Guerilleros und die Möglichkeit ihres Rückzugs zerstört, sondern Zustände geschaffen, in welchen mittels Schaffung feindlichen Klimas und dem Schüren von

³⁸ Ebd.S.156f.

³⁹ Ebd.S.156f

⁴⁰ Preuß, Ulrich K. (2002): Krieg, Verbrechen, Blasphemie. Zum Wandel bewaffneter Gewalt, Berlin, Wagenbach Verlag S.44

Hassgefühlen alle nicht zu kontrollierenden Bevölkerungsteile ausgegrenzt, entrechtet, vertrieben oder ermordet werden⁴¹.

Die Bevölkerungsvertreibung kann auf unterschiedlichste Weise geschehen, etwa durch systematische Ermordung der Betroffenen, die so genannte „ethnische Säuberung“ der eigenen Gemeinschaft von den Anderen, das Vernichten der bewohnten Gebiete z.B. durch Verminungen, Granatenbeschuss, Belagerungen und Abschneiden der Versorgungswege usw.⁴² Auf diesem Weg ist der Erfolg der Aktion garantiert, weil alle diese Maßnahmen die fürs Leben notwendigen Dinge bzw. Umstände vernichten. Für betroffene Menschen zählt in dieser Zeit bloß das Überleben. Sie haben die Möglichkeit in eine ungewisse Zukunft zu fliehen oder an demselben Ort zu bleiben und zu sterben. Sehr oft ist es eine Wahl für das kleinere Übel, weil große Anteile von Vertriebenen nie am Bestimmungsort ankommen, sondern einfach vom Erdboden verschwinden.

Neben den physischen gibt es verschiedene psychische Methoden, die den Menschen ein Weiterleben in dem betroffenen Gebiet unmöglich machen. Sie beinhalten alle das Erzeugen von schrecklichen Erinnerungen, die das spätere Leben auf diesem Gebiet verhindern. Hierzu zählen Massenvergewaltigungen, Erniedrigungen, Folter, verschiedene andere Gewalttaten, sowie die Zerstörung von geschichtlichen und kulturellen Monumenten der etikettierten Gruppe⁴³.

⁴¹ Vgl. Kaldor, Mary (2000): Neue und alte Kriege, Ulrich Beck (Hg.), Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag, 1. Aufl. S.157

⁴² Vgl.Ebd.S.158f.

⁴³ Vgl.Ebd.S159

In den ‚Neuen Kriegen‘ werden also über Jahrhunderte entwickelte Beschränkungen der Gewaltanwendung durchaus bewusst eingesetzt, um den Gegner zu bekämpfen, auszurotten oder zu vertreiben. Diese oft als wild, anarchisch bezeichneten Kriege, sind nur dem Anschein nach solche. Auf den zweiten Blick, wird die Rationalität des Handelns der Akteure ersichtlich. Die Gewalt vollzieht hier einen vollkommenen Wandel von der bloßen Methode und des Werkzeugs zum „Modus des Politischen“, zum Zwecke der Stärkung der eigenen Gruppe und Schwächung der gegnerischen. Sie *„...ist innerhalb dieses Krieges nicht ein bloßes Mittel zur Überwältigung des Feindes; sie ist immer auch eine Form der Politisierung und Mobilisierung der eigenen Gruppe, nicht selten expressive Erscheinung von Politik selbst“*.⁴⁴

Die genannten Gewalttaten sind Teil der neuen Kriege, aber erst die Einpflanzung des Hasses gegenüber den Anderen macht sie zu einem unbeschreiblich wirksamen Werkzeug der Politik der Identität, weil die Narben, die sie hinterlässt, sowohl bei dem herrschenden, als auch beim bekämpften Gesellschaftsteil, zu tief bleiben, um einfach und schnell genesen zu können.

2.3.3. Kriegsfinanzierung

‚Neue Kriege‘ sind im Gegensatz zu den alten ‚billige‘ Kriege. Die Akteure können auf eine funktionierende Kriegswirtschaft und ihre Produkte nicht

⁴⁴ Ebd.S.45

zurückgreifen. Sie sind auf private Finanzierungsquellen der Materialbeschaffung angewiesen.

Staaten können sich heute kaum große und aufwendige Flotten, Panzermengen usw. leisten, teilweise haben sie das auch nicht nötig, aus dem Grund, dass andere Techniken bevorzugt werden, wie z.B. von den USA Luftangriffe, bei welchen weniger Soldaten ums Leben kommen.

In den neuen Kriegen werden kaum schwere Waffen eingesetzt. Unter Einsatz von leichten Waffen, wie Raketenwerfern, automatischen Gewehren, Landminen usw. wird gekämpft, denn es gilt den Kampf so lange wie möglich hinauszuzögern, um von der bereits genannten Schattenwirtschaft zu profitieren.

Warlords sind die Hauptpersonen im Kriegsgeschehen. Sie sind sowohl die Anführer paramilitärischer Einheiten, als auch Kriegsunternehmer. Der Krieg ist ihr Geschäft, das sie zur Nutzenmaximierung betreiben. Ihre Einheiten sorgen für die Eintreibung der Gelder auf verschiedene Art und Weise.

Eine weitere Möglichkeit des Profits bietet sich den Warlords gerade durch Vertreibungen an. Sie berauben nicht nur die Hinterlassenschaft der Vertriebenen, sondern auch die für die Letzteren bestimmte humanitäre Hilfslieferungen. Auf eigens dafür eingerichteten Kontrollpunkten kassieren sie „Zölle“, oder lassen einfach ganze Ladungen von Hilfsgütern

verschwinden⁴⁵. Obwohl humanitäre Donationen wohlgemeint sind, halten sie auch häufig den Konflikt am Laufen, sie tragen nicht hauptsächlich zur Verbesserung der Lebensumstände der Zivilisten bei, sondern helfen jenen, welche ihren Bedarf erst entstehen lassen.

Neben der humanitären Hilfe erhalten die Kriegsprofiteure auch Gelder und Waffen aus dem Ausland, von den Diasporagemeinschaften und ausländischen Regierungen, die für einzelne Kriegsteilnehmer Partei ergreifen und somit auch die Gewaltausbrüche fördern⁴⁶.

Die Kriegsakteure sind an verschiedenen legalen, aber meistens illegalen Geschäften beteiligt, welche in den Krisenzeiten einen regelrechten Boom erleben. Erpressung, Plünderung, Raub und organisierte Kriminalität zählen zu ihren Methoden der Geldbeschaffung, wodurch ihr Unterhalt sehr niedrig ausfällt. In den „Neuen Kriegen“ verblassen jedoch die Abgrenzungslinie zwischen Krieg und Verbrechen. So ist oftmals unklar

„...ob das Verbrechen ein Mittel der Politik und des Krieges oder ob die Politik und der Krieg ein Mittel des Verbrechens sind“.⁴⁷

Für den Rest der Gesellschaft bedeutet der Aufschwung dieser Vorgänge einen bitteren Kampf ums pure Überleben. Die Bevölkerung lebt in einem permanenten Angstzustand, sie ist ständigen finanziellen und ebenfalls schon vorher genannten Gefahren ausgesetzt. Belagerungen von Ortschaften, Überfälle auf Konvois etc., verursachen Nahrungsknappheit und eine große Nachfrage im Bereich lebensnotwendiger Produkte. Das sichere

⁴⁵ Vgl. Kaldor, Mary (2000): Neue und alte Kriege, Ulrich Beck (Hg.), Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag, 1. Aufl. S.163

⁴⁶ Vgl.Ebd.S.164

⁴⁷ Preuß, Ulrich K. (2002): Krieg, Verbrechen, Blasphemie. Zum Wandel bewaffneter Gewalt, Berlin, Wagenbach Verlag S.46

Geschäft floriert, da alle eventuell vorhandenen Ersparnisse und Wertsachen für den Erwerb der knappen Güter investiert werden.

Schließlich wird der Krieg zu einem riesigen Geschäft, weil die Finanzierung der Gewalt nicht annähernd so viel kostet wie sie einbringt. Letztendlich ergibt sich aus den neuen Kriegen eine grundlegende Veränderung der Gesellschaftsstruktur, an welcher die Auswirkungen dieser Art des Geschäftes sichtbar sind, die Schicht der Wohlhabenden verschwindet und wird durch Neureiche Kriegsprofiteure ersetzt.

„Die langfristig desaströsen Folgen dieser Kriege sind die Kehrseite der Tatsache, dass ihre kurzfristigen Kosten eher gering sind“⁴⁸,

schreibt Herfried Münkler in seinem Buch „Die neuen Kriege“. Insofern ist die Bezeichnung der neuen Kriege als billig mit Vorsicht zu benutzen, da diese nur einen der vielen Aspekte betrifft. In kriegswirtschaftlicher Sicht mag dies stimmen, langfristige, im Prozess des Wiederaufbaus zu beseitigende, Schäden sind tief greifender. Die Wiederherstellung der Infrastruktur, der medizinischen Versorgung, einer neuen Staatlichkeit, v.a. aber die Abschaffung der Spaltung der Gesellschaft, sind schwer zu überwindende Hürden auf dem Weg in den Frieden.

⁴⁸ Münkler, Herfried (2007) : Die neuen Kriege, Reinbek bei Hamburg, Rowohlt Verlag, 3. Aufl.S. 135

2.4. Kosmopolitismus

Mary Kaldor sieht im Kosmopolitismus die einzige Alternative zum, in der Politik der Identität geforderten und forcierten, Partikularismus. Die kosmopolitische Sichtweise bietet eine Befreiung von alten, überkommenen Betrachtungen der ‚Neuen Kriege‘ als konventionelle, bzw. anarchische. Wie bereits gezeigt, kann ein Festhalten an traditionellen Annahmen den Weg zum Frieden verhindern und die Kämpfe vorantreiben.

Bisher kam es bei Versuchen die Gewalteskalation zu verhindern nur zum Scheitern internationaler Akteure. Ihre Einsätze trugen im Wesentlichen bestenfalls nur zur Einstellung der Kampfhandlungen bei. Die internationale Gemeinschaft hat zu lange gebraucht, um zu einem Konsens, militärische Einsätze betreffend, zu gelangen. Auf dem Souveränitätsprinzip beharrend, konnten sie einer militärischen Intervention nicht zustimmen. Wenn man die neuen Kriege als solche sieht, dann kann dieser Fehler nicht passieren, weil hier der Staat nicht mehr wirklich vorhanden ist. Vielmehr bietet sich die Möglichkeit, durch entsprechende Maßnahmen die Bevölkerung zu schützen, denn *„die Opfer nicht gebührend zu schützen, läuft auf eine stillschweigende Intervention zugunsten derjenigen hinaus, die humanitäre oder Menschenrechte verletzen“*.⁴⁹ Abgesehen davon sind in jeden neuen Konflikt viele ausländische Akteure bereits verwickelt, womit sich die Diskussion von selbst erübrigt⁵⁰.

⁴⁹ Kaldor, Mary (2000): Neue und alte Kriege, Ulrich Beck (Hg.), Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag, 1. Aufl. S.186

⁵⁰ Vgl.Ebd.

Das wichtigste Kriterium für den Erfolg kosmopolitischer Idee ist die Legitimation, begründet auf funktionierender Rechtstaatlichkeit⁵¹. Um zur Legitimation zu gelangen, müssen die kosmopolitischen Werte, wie Multikulturalismus, Demokratie und Toleranz, an die Bevölkerung vermittelt werden⁵². Die Kriegsparteien müssen aus diesen Aktivitäten ausgeschlossen werden, weil ihnen bisherige Maßnahmen der Behandlung als Verhandlungspartner nur Legitimität einbrachten und ihre Eroberungen bestätigten, anstatt sie zu bestrafen, am besten sichtbar an den verschiedenen Friedensplänen zur Beendigung der Kampfhandlungen in BiH. Außerdem sind die Kriegsparteien selten kompromissbereit, weil sie durch Beendigung der Kämpfe mehr verlieren⁵³. Wenn einmal der Stein des Kosmopolitismus ins Rollen gebracht ist, beseitigen die neuen Werte jeden Widerstand und drängen die Partikularisten an den Rand.

Eine Friedensmission muss als solche von der Bevölkerung akzeptiert werden, weil sie nur in diesem Falle als legitim gelten kann, andernfalls droht ihnen die Gleichsetzung mit den Kriegsakteuren. Internationale Truppen haben die Aufgabe ein friedliches Umfeld zu schaffen, in welchem sich die kosmopolitische Idee entfalten kann⁵⁴. Mittels Verfolgung von Kriegsverbrechern und der Gewährleistung des Schutzes gegen Menschenrechtsverletzungen kann den Bürgern klargemacht werden, dass eine andere Perspektive, die des Kosmopolitismus, möglich und von Vorteil ist⁵⁵.

⁵¹ Vgl. Kaldor, Mary (2000): Neue und alte Kriege, Ulrich Beck (Hg.), Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag, 1. Aufl. S.180

⁵² Vgl.Ebd.S.182

⁵³ Vgl.Ebd.S.190

⁵⁴ Vgl.Ebd.S.195

⁵⁵ Vgl.Ebd.S.202

Friedenseinsätze sind mit minimal gehaltener Gewaltanwendung zu vollziehen⁵⁶. Bisher wurde auf die Sicherheit internationaler Truppen mehr Wert gelegt als auf die der Opfer. Mary Kaldor sieht in ihrem Kosmopolitismus-Konzept ganz im Gegenteil jedes Leben als wertvoll an und gibt die Norm vor die Opferzahlen an allen Seiten möglichst niedrig zu halten⁵⁷.

Zur Verwirklichung des Kosmopolitismus sind internationale Gerichtshöfe vonnöten, unterstützt von einer Berufsarmee, die bei der Durchsetzung der rechtlichen Vorgaben hilft. Obwohl solche Institutionen, verkörpert durch die Vereinten Nationen, bereits im Ansatz bestehen, bedarf es eines Umdenkprozesses bei der Wahl richtiger Herangehensweisen an die Bezwingung der neuen Kriege.

⁵⁶ Vgl.Ebd.S.204

⁵⁷ Ebd.

3. Der Wiederaufbauprozess – State- und Nationbuilding nach ‚Neuen Kriegen‘

Wiederaufbau zielt auf die Wiederherstellung und den Neuaufbau ökonomischer, politischer und gesellschaftlicher Strukturen⁵⁸. Es handelt sich um einen komplexen und langwierigen Prozess, der insbesondere nach Zerstörungen durch die ‚Neuen Kriege‘, die internationalen und lokalen Akteure betrifft. *„Für einzelne Gesellschaften wie für die globale Gemeinschaft führt der Verfall des Staates nicht nach Utopia, sondern in die Katastrophe“*.⁵⁹ Aus diesem Grund ist vor allem nach Beendigung eines ‚Neuen Krieges‘, der hier erwähnten Katastrophe, die rasche und effiziente Durchführung eines Wiederaufbauprozesses von immenser Bedeutung.

Finanzielle Mittel reichen alleine nicht aus, wissenschaftliches Know-how ist genauso wichtig um die umfangreichen Projekte des Wiederaufbaus zu bewältigen. Mary Kaldor kritisiert bisherige Methoden, weil sie, anstatt auf einer kosmopolitischen Methode aufzubauen, eher die Institutionalisierung der Macht der Kriegsteilnehmer vollziehen⁶⁰. Insbesondere im Fall Bosniens ist dies gut sichtbar, wo das Daytoner Friedensabkommen eine Teilung des Landes festgeschrieben hat und das ethnische Prinzip legitimiert hat.

⁵⁸ Ebd.S.209

⁵⁹ Fukuyama, Francis (2006): Staaten Bauen. Die neue Herausforderung internationaler Politik, Berlin, Ullstein Buchverlage GmbH S.168

⁶⁰ Vgl. Kaldor, Mary (2000): Neue und alte Kriege, Ulrich Beck (Hg.), Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag, 1. Aufl. S. 214ff.

Finanzielle Mittel sind zwar von existenzieller Bedeutung, aber die Schaffung einer Politik, in welcher sich eine Zivilgesellschaft entfalten kann, ist noch wichtiger. Der *Kosmopolitismus* ist am leichtesten dort zu erreichen, wo die ‚Politik der Identität‘ keine große Anhängerschaft hat, weswegen die Verbreitung des *Kosmopolitismus* in kleinen Ortschaften beginnen muss, um sich langsam ausbreiten zu können.

Jeder Wiederaufbauprozess ist von Reformen abhängig. Sie sollen nicht von internationalen Akteuren durchgesetzt werden, sondern nur mit ihrer Unterstützung; lokale Experten sind diejenigen, welche die Projekte leiten sollten.

„Es sind die örtlichen Kosmopoliten, die den besten Rat über den einzuschlagenden Weg erteilen können; sie müssen hinzugezogen und als Partner behandelt werden“.⁶¹

Allzu oft wählen internationale Akteure die Linie des schwächeren Widerstands, weil sich die lokalen nicht einigen können, jedoch verschlingt dieses Vorgehen nur Unmengen von Geldern, ohne dauerhafte Stabilität zu bringen. Auf die Eigeninitiative der Bevölkerung kommt es an, denn *„der Staat und seine Institutionen müssen ‚von unten‘ wachsen und von der Gesellschaft insgesamt getragen werden“*, weil *„die Entwicklung einer politischen Kultur und von Normen, die letztlich von allen geteilt werden können“⁶²* im Fokus steht.

⁶¹ Kaldor, Mary (2000): Neue und alte Kriege, Ulrich Beck (Hg.), Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag, 1. Aufl. S.196

⁶² Schneckener, Ulrich [Hrsg.](2006): Fragile Staatlichkeit. „States at Risk“ zwischen Stabilität und Scheitern, Baden-Baden, Nomos Verlagsgesellschaft, 1. Aufl. S.378

Korruption und Verbrechen greifen nach Beendigung der Kriege um sich und gefährden den Wiederaufbauprozess. Ihre Beendigung ist nur mit der Schaffung funktionierender Institutionen möglich, v.a. der damit einhergehenden Einführung des Rechts und der Ordnung. Erst mit der Erschaffung eines funktionierenden Justizsystems wird eine Lösung der oben genannten Probleme möglich.

Insgesamt muss es zur Entstehung eines freien öffentlichen Umfelds kommen, das Raum für die Aussöhnung schafft. Daneben sind freie Medien, Zugang zur Bildung, Wiederaufbau der Infrastruktur, Schaffung von Arbeitsplätzen und die Ingangsetzung der heimischen Versorgung wichtig.

Politische Erfolge der Schaffung von Recht und Sicherheit, zusammen mit den wirtschaftlichen zur Schaffung von Arbeitsplätzen und der grundlegenden Versorgung bilden gute Voraussetzungen für einen erfolgreichen Wiederaufbau.

3.1. State- und Nationbuilding

Zur theoretischen Erfassung des Wiederaufbauprozesses dienen die Konzepte des Nation- und Statebuilding, die für große Diskussionen im Rahmen der humanitären Einsätze in den 1990ern gesorgt haben.

Das Aufkommen der ‚Neuen Kriege‘ und die darauffolgenden Versuche sie einzudämmen, ihre Ausbreitung zu verhindern und die Sicherheit

wiederherzustellen sind an der Wissenschaft nicht vorbeigefegt. Die genannten Ereignisse haben Grund zur Auseinandersetzung mit diesen Problematiken geschaffen, gerade weil die Kriege dieser Art durch ihr Facettenreichtum und die hinterlassenen Verwüstungen die Ausweglosigkeit signalisieren.

Nation- und Statebuilding stellen Konzepte für die Überwindung der Hinterlassenschaft ‚Neuer Kriege‘ dar, mit besonderem Blick auf die zukünftigen Entwicklungen und Problemlösungen.

3.1.1. Statebuilding

Im Rahmen der aktuellen politischen Diskussionen gelten ‚schwache‘ und ‚gescheiterte Staaten‘ als eine globale Bedrohung. Sie bieten einen fruchtbaren Nährboden für organisierte Kriminalität, terroristische Aktivitäten usw., aufgrund der chaotischen politischen Situationen, die in ihrem Inneren herrschen. Francis Fukuyama sieht in der Schwäche der Staaten *“ein nationales wie ein internationales Problem ersten Ranges”*.⁶³

Gero Erdmann spricht im Falle des Staatsversagens von dem *‚apokalyptischen Trias‘*. Darunter sind das Staatsversagen, der -verfall und -zerfall eines Staates gemeint. *Staatsversagen* bezieht sich auf „strukturelle

⁶³ Fukuyama, Francis (2006): Staaten Bauen. Die neue Herausforderung internationaler Politik, Berlin, Ullstein Buchverlage GmbH S.9

Handlungs- und Leistungsdefizite des Staates, ohne dass sein Gewaltmonopol oder seine Souveränität über Staatsgebiet und Staatsvolk dauerhaft eingeschränkt wäre“. Staatsverfall stellt die nächste Phase dar und ist um „*die territoriale Einschränkung des Gewaltmonopols und damit auch anderer administrativer Leistungen des Staates*“ erweitert. Die politische Gemeinschaft ist hier noch aktiv. Im Falle eines *Staatszerfalls* kommt es zum totalen Kollaps der staatlichen Autorität.⁶⁴

Der Begriff des ‚Staatsversagens‘ stammt aus den 70ern. Er bezieht sich auf die Unfähigkeit des Staates, die von ihm erforderten Leistungen zu erbringen und Handlungen zu tätigen.

Politisches Staatsversagen kann als „*Folge eines Verzichts auf politische Gestaltung und vorsorgliche Intervention*“⁶⁵ bezeichnet werden, wenn man „*das staatliche Aufgabenpensum primär problemorientiert als Antwort auf gesellschaftliche Herausforderungen*“⁶⁶ betrachtet.

Im Sinne der Abgrenzung der Begriffe ‚*Staat*‘ und ‚*Staatlichkeit*‘ voneinander definiert Ulrich Schneckener den Begriff des ‚*Staates*‘ als „*verkörpert durch eine Regierung und einen bürokratischen Apparat*“, welcher als „*Akteur im engeren Sinne*“ gilt, während die ‚*Staatlichkeit*‘ für ihn einen „*funktionalen Begriff*“ darstellt „*bei dem es um die Erfüllung bestimmter, gemeinwohlorientierter Aufgaben, um das Zustandekommen und die*

⁶⁴ Erdmann, Gero (2003): Apokalyptische Trias: Staatsversagen, Staatsverfall und Staatszerfall – strukturelle Probleme der Demokratie in Afrika, In: Petra Bendel, Aurel Croissant, Friedbert W. Rüb (Hrsg), Demokratie und Staatlichkeit – Systemwechsel zwischen Staatsreform und Staatskollaps, Opladen. Leske + Budrich S.270f.

⁶⁵ Jänicke, Martin (1986): Staatsversagen. Die Ohnmacht der Politik in der Industriegesellschaft, München, Piper Verlag S.55

⁶⁶ Ebd.

*Durchsetzung von Entscheidungen, um die Bereitstellung von Ressourcen sowie um einen politisch-rechtlichen Ordnungsrahmen geht“.*⁶⁷

Wenn man von ‚*fragiler Staatlichkeit*‘ spricht, dann sind „*Staaten, deren Institutionen nicht oder nicht mehr in der Lage sind, bestimmte elementare Leistungen gegenüber ihrer Bevölkerung zu erbringen*“ damit gemeint.⁶⁸ Sicherheit, Wohlfahrt und Legitimität/Rechtsstaatlichkeit sind die drei Funktionen, welche eine Unterscheidung der Formen und Dimensionen ‚*fragiler Staatlichkeit*‘ messbar machen.

Ulrich Schneckener unterscheidet vier Arten ‚*fragiler Staatlichkeit*‘: *konsolidierte bzw. sich konsolidierende Staatlichkeit, schwache Staatlichkeit, versagende oder verfallende Staatlichkeit* und schließlich *gescheiterte bzw. zerfallene Staatlichkeit*. Für die Analyse der Erosion der Staatlichkeit Jugoslawiens und der damit verbundenen Probleme im Zuge des Staatebuilding in BiH sind die letzten zwei Arten relevant und werden folgendermaßen definiert:

In die Kategorie ‚*versagende*‘ oder ‚*verfallende Staatlichkeit*‘ fallen Staaten „*bei denen das staatliche Gewaltmonopol und damit die Gewährleistung von Sicherheit stark beeinträchtigt ist, während sie in einer oder in beiden anderen Funktionen noch eine gewisse Steuerungsfähigkeit besitzen*“⁶⁹; Bei *gescheiterter bzw. zerfallenen Staatlichkeit* „*ist keine der drei Funktionen*

⁶⁷ Schneckener, Ulrich [Hrsg.](2006): Fragile Staatlichkeit. „States at Risk“ zwischen Stabilität und Scheitern, Baden-Baden, Nomos Verlagsgesellschaft, 1. Aufl. S.18

⁶⁸ Ebd. S.21

⁶⁹ Ebd. S.25

*mehr in nennenswerter Weise vorhanden, so dass man von einem völligen Zusammenbruch oder Kollaps von Staatlichkeit sprechen kann“.*⁷⁰

Moderne Staatlichkeit ist durch funktionierende Institutionen und ihre Stabilität gekennzeichnet. Ihre Entstehung verläuft in unterschiedlichen Phasen und umfasst einen langandauernden Prozess, aber *„oft bedarf es einer Krise – entweder einer externen wie Krieg oder Druck vom Ausland oder einer internen wie einer Revolution oder einem wirtschaftlichen Zusammenbruch -, um die politischen Voraussetzungen für große institutionellen Reformen zu schaffen.“*⁷¹ Im Falle Jugoslawiens brachten die Krise und der Zusammenbruch des alten Systems den Republiken die Chance auf die völlige Umstrukturierung ihrer staatlichen Strukturen, jedoch schaffte nur Slowenien den mehr oder weniger schellen Start in Richtung Demokratie, während alle anderen Republiken, wie später im Rahmen der empirischen Analyse zu sehen sein wird, viel härter kämpfen mussten.

In BiH standen die ausländischen Akteure vor einer viel größeren Herausforderung, nämlich der Beilegung der Kämpfe zwischen den Kriegsparteien, um zumindest die hohen Opferzahlen der zivilen Bevölkerung zu senken. Erst nach Beendigung der ständigen Kämpfe konnte mit dem Wiederaufbau begonnen werden.

⁷⁰ Ebd.

⁷¹Fukuyama, Francis (2006): Staaten Bauen. Die neue Herausforderung internationaler Politik, Berlin, Ullstein Buchverlage GmbH S.52

„Um die Gesellschaft zu schützen und öffentliche Angelegenheiten friedlich zu organisieren, bedarf es der Entstehung staatlicher Strukturen.“⁷²

Im Rahmen des Wiederaufbaus ging es hier nicht nur um die Rekonstruktion der staatlichen Strukturen, sondern vielmehr um ihre Neuerschaffung, da sie vor dem Krieg in dieser Form gar nicht vorhanden waren. Das Land zählte nicht zu den Gewinnern nach dem Zerfall des kommunistischen Systems in Jugoslawien, sondern zu den Verlierern. Nach Beendigung des Krieges mussten nicht nur alle Kapazitäten für den Wiederaufbauprozess mobilisiert werden, sondern auch ein Umdenken - weg von der Ideologie des Jugoslawismus - in Richtung Demokratie erreicht werden. Zu diesem Zwecke galt es vor allem die Kriegsparteien sowohl zum Handeln als auch zum Verhandeln förmlich zu zwingen.

*“Statebuilding conflicts involve myriad actors and changing coalitions of actors – e.g. individuals, various corporate actors, like interest groups, or ethnic / identity groups. The goal of post-conflict statebuilding is to change the behavior of actors from mutual slaughter to cooperation and accommodation of conflicting interests”.*⁷³

Um dieses Ziel des Statebuilding zu erreichen bedarf es der intensiven Zusammenarbeit zwischen den lokalen und internationalen Akteuren. Ganz im Sinne des Kosmopolitismus⁷⁴ von Mary Kaldor argumentiert auch Fukuyama dieses Thema betreffend:

⁷² Bürger Alexandra(2007):Nation-building und state-building. Zur empirischen Fruchtbarkeit eines politischen Ordnungskonzepts in Straßner, Alexander/Klein, Margarete [Hrsg.] Wenn Staaten scheitern. Theorie und Empirie des Staatszerfalls. Wiesbaden. VS Verl. Für Sozialwiss. 1. Aufl. S. 13

⁷³ Elges Reinhold zit nach Dabran, Deana (2008): Staatsbildung und Ethnizität Bosnien-Herzegowinas. Eine Untersuchung zum Ethnisch-Nationalen im State-Building-Prozess eines geteilten Staates.“ Wien. Diplomarbeit. S.24

⁷⁴ Vgl. Kapitel 1.5. S22ff.

„Generelle Kenntnisse von ausländischen administrativen Praktiken müssen mit einem weit reichenden Verständnis lokaler Hindernisse, Möglichkeiten, Sitten, Normen und Umstände kombiniert werden. Das bedeutet, dass administrative und institutionelle Lösungen nicht bloß mithilfe von lokalen Vertretern, die die lokalen Institutionen leiten sollen, erarbeitet werden müssen, sondern durch sie.“⁷⁵

Die gewünschte Zusammenarbeit ist jedoch nur sehr schwer zu erreichen, zumal gerade in BiH die Kriegsparteien, statt den lokalen Kosmopoliten, als Verhandlungspartner gelten. Ihre Interessen haben zu dem Ausbruch des Krieges geführt und die Teilung des bosnischen Staates verursacht. Umso wichtiger ist es darauf zu achten, dass ... *„die Außenstehenden der Versuchung widerstehen, den Prozess dadurch zu beschleunigen, dass sie die Fabrik selbst leiten.“*⁷⁶ Doch in BiH, speziell auch in Mostar, ist es durch das Daytoner und andere Abkommen und die Befugnis des Hohen Repräsentanten, sowie des Administrators, wichtige Entscheidungen auch alleine zu treffen genau dazu gekommen.

Neben der funktionierenden Zusammenarbeit ist die Legitimität der Träger des Wiederaufbauprozesses unabdingbar. *„The state is thus a multidimensional actor embedded in society. Both state maintenance and statebuilding depend in legitimacy. For the state to be legitimate in the eyes of the citizens, it must be authoritative and have the capacity to make and enforce decisions definite for all members of society“.*⁷⁷ Der Staat als

⁷⁵ Fukuyama, Francis (2006): Staaten Bauen. Die neue Herausforderung internationaler Politik, Berlin, Ullstein Buchverlage GmbH S.127, eigene Hervorhebung

⁷⁶ Ebd. S. 128

⁷⁷ Elges Reinhold zit. nach Dabran, Deana (2008): Staatsbildung und Ethnizität Bosnien-Herzegowinas. Eine Untersuchung zum Ethnisch-Nationalen im State-Building-Prozess eines geteilten Staates.“ Wien. Diplomarbeit. S.20

Entscheidungsträger hält das staatliche Gewaltmonopol inne womit er im Stande ist für Sicherheit seiner Bürger und Ordnung zu sorgen, die Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit zu ermöglichen und Stabilität zu fördern. Vom Ausmaß, in dem er seine Aufgaben erfüllt, hängt die Anerkennung des Staates in der Gesellschaft ab.

Besonders großes Misstrauen herrscht in Nachkriegszeiten, als Resultat der Unterdrückung, Verfolgung, Folter usw. Umso wichtiger ist die *„Schaffung funktionsfähiger Institutionen, eines Verwaltungsapparates, die Mobilisierung öffentlicher Ressourcen in Form von Steuern und Arbeitskraft sowie die Errichtung eines durchsetzungsfähigen Polizei- und Rechtssystems“*.⁷⁸ Erst wenn diese Aufgaben bewältigt sind, kann man von einer erfolgreichen Entwicklung sprechen.

Insgesamt handelt es sich hierbei um die Sicherheit des Staates sowohl nach außen, als auch nach innen.

*„Eine Regierung steht also vor der Herausforderung, einen territorialen Herrschaftsbereich nach außen zu sichern und ein staatliches Gewaltmonopol sowie eine politische Ordnung nach innen konkurrenzlos durchzusetzen.“*⁷⁹

⁷⁸ Dimensionen des Statebuilding: vgl. Bürger Alexandra(2007):Nation-building und state-building. Zur empirischen Fruchtbarkeit eines politischen Ordnungskonzepts in Straßner, Alexander/Klein, Margarete [Hrsg.] Wenn Staaten scheitern. Theorie und Empirie des Staatszerfalls. Wiesbaden. VS Verl. Für Sozialwiss. 1. Aufl. S.14

⁷⁹ Ebd.

3.1.2. Nationbuilding

Eine Auseinandersetzung mit dem Nationbuilding Konzept ist ohne die Beschäftigung mit seinem Kern, dem Begriff der ‚Nation‘, geradezu unbrauchbar. Im Nachfolgenden wird deswegen näher auf den Begriff der Nation eingegangen, um sein Wesen zu erfassen und einen Übergang zum Gesamtkonzept zu schaffen.

In der Wissenschaft besteht noch keine Einigung darüber wie der Begriff ‚Nation‘ erfasst und genau definiert werden soll. Insofern liefert die hier unternommene Begriffsanalyse einen Überblick der verschiedenen Sichtweisen zu diesem Thema und zielt auf die Beleuchtung verschiedener Eigenheiten desgleichen.

„Eine Nation ist ein geistiges Prinzip, das aus tiefen Verwicklungen der Geschichte resultiert, eine spirituelle Familie, nicht eine von Gestaltungen des Bodens bestimmte Gruppe.“⁸⁰

Bereits diese kurze Definition nennt einen ganz wichtigen Aspekt, nämlich den der Geschichte. Nationen entstehen nicht über Nacht, sie wachsen zusammen, in einem langen Prozess, voll von gemeinsamen Erlebnissen, die verschiedene Individuen zu einer großen Gruppe werden lassen.

„Wie der einzelne ist die Nation der Endpunkt einer langen Vergangenheit von Anstrengungen, von Opfern und von Hingabe.“⁸¹

Eine Gruppe alleine bildet noch keine Nation. Gemeinsam überstandene Krisen und weitere Erfahrungen verbinden die einzelnen Gruppenmitglieder, grenzen sie von anderen Gruppen ab und fördern das Gefühl der Zusammengehörigkeit und Einzigartigkeit, primär durch die kollektive

⁸⁰ Ernest Renan. Was ist eine Nation? Vortrag in der Sorbonne am 11. März 1882. Text zu finden unter http://www.dir-info.de/dokumente/def_nation_renan.html 22.10.2009.

⁸¹ Ebd.

Erinnerung. Die Nation kann nur mit Hilfe ihrer Angehörigen bestehen bleiben, weil nur mit „(...) *der Übereinkunft, dem deutlich ausgesprochenen Wunsch, das gemeinsame Leben fortzusetzen* (...)“⁸² ihr Fortbestehen garantiert wird.

Außer der gemeinsamen Geschichte gehören ebenfalls kulturelle Werte zum Wesen der *kulturell-objektiven Nation*⁸³ bzw. der *Kulturnation*⁸⁴, bestehend aus gemeinsamer Sprache, aber auch Religion und Tradition usw. Der Begriff der Kulturnation geht über die Bindung an Staatsgrenzen hinaus:

*„No person can be born at more than one spot on the map. The actual place of his birth has the size of a bed or a room, not the size of a country.“*⁸⁵

Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Forderung der als eigen betrachteten Gebiete völlig ausgeschlossen ist. Ganz im Gegenteil kann sie als identitätsbildendes Merkmal herausgegriffen und für die Behauptung von Territorialansprüchen instrumentalisiert werden.

Neben der geschichtlich-kulturellen Dimension des Nationsbegriffs ist die politische ebenso bedeutend.

*„Die Nation ist das politisch mobilisierte Volk“.*⁸⁶

⁸² Ebd.

⁸³ Vgl. Bürger Alexandra(2007):Nation-building und state-building. Zur empirischen Fruchtbarkeit eines politischen Ordnungskonzepts in Straßner, Alexander/Klein, Margarete [Hrsg.] Wenn Staaten scheitern. Theorie und Empirie des Staatszerfalls. Wiesbaden. VS Verl. Für Sozialwiss. 1. Aufl. S.16.

⁸⁴ Mehr Details zur Kulturnation bei Wodak, Ruth (1998): Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität. Frankfurt am Main. Suhrkamp. 1. Aufl. S.20ff.

⁸⁵ Deutsch zit. nach Wieland, Carsten (2000): Nationalstaat wider Willen. Politisierung von Ethnien und Ethnisierung der Politik: Bosnien, Indien, Pakistan. Frankfurt am Main [u.a.]. Campus Verl. S.47

Sie verfolgt die Interessen ihrer Angehörigen, sorgt für Sicherheit und Schutz, zum Zwecke ihrer Selbsterhaltung. In diesem Fall ist der Begriff der *politisch-subjektiven Nation*⁸⁷ bzw. der *Staatsnation*⁸⁸ zu verwenden. Er bezieht sich auf die Nation, „*die auf geteilten Werten basiert und auf dem Willen, gemeinsam unter einer bestimmten staatlichen Ordnung leben zu wollen*“.⁸⁹

Die Nationalstaaten sind wie der Name schon sagt das Zuhause der Nationen, das durch die Letzteren eingerichtet und instand gehalten wird. Anderson Benedict definiert die Nation als eine „*vorgestellte politische Gemeinschaft – vorgestellt als begrenzt und souverän*“.⁹⁰ Aus dieser Definition ist die subjektive Komponente des Begriffs Nation gut ersichtlich. Die Gruppenidentität spielt hierbei eine wichtige Rolle, weil die Idee der Nation erst durch das Gefühl der Zugehörigkeit entfaltet werden kann. Trotz der Tatsache, dass sich die Mitglieder einer Nation untereinander nicht kennen, fühlen sie sich in ihrer Vorstellung durch die gemeinsame Nation verbunden. Nationen sind durch Grenzen von anderen Nationen getrennt, was dazu führt, dass sie sich frei entfalten und souverän sein können.⁹¹

⁸⁶ Alter zit. nach Wieland, Carsten (2000): Nationalstaat wider Willen. Politisierung von Ethnien und Ethnisierung der Politik: Bosnien, Indien, Pakistan. Frankfurt am Main [u.a.]. Campus Verl. S.51

⁸⁷ Bürger Alexandra(2007):Nation-building und state-building. Zur empirischen Fruchtbarkeit eines politischen Ordnungskonzepts in Straßner, Alexander/Klein, Margarete [Hrsg.] Wenn Staaten scheitern. Theorie und Empirie des Staatszerfalls. Wiesbaden. VS Verl. Für Sozialwiss. 1. Aufl.S.16

⁸⁸ Mehr Details zur Staatsnation bei Wodak, Ruth (1998): Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität. Frankfurt am Main. Suhrkamp. 1. Aufl. S.20ff.

⁸⁹ Bürger Alexandra(2007):Nation-building und state-building. Zur empirischen Fruchtbarkeit eines politischen Ordnungskonzepts in Straßner, Alexander/Klein, Margarete [Hrsg.] Wenn Staaten scheitern. Theorie und Empirie des Staatszerfalls. Wiesbaden. VS Verl. Für Sozialwiss. 1. Aufl. S.16

⁹⁰ Anderson, Benedict (2005): Die Erfindung der Nation zur Karriere eines folgenreichen Konzepts. Frankfurt am Main [u.a.]. Campus Verl. S.15

⁹¹ Vgl.Ebd. S.15ff.

Nationbuilding Prozesse sind viel komplexer als diejenigen des Statebuilding zumal es sich hierbei nicht nur um die Gestaltung des Staatsapparates handelt, sondern ebenfalls um das Zusammenwachsen der Bevölkerung in eine staatstragende Nation. Nach Bell und Freeman ist *Nationbuilding*:

„(...) both the formation and establishment of the new state itself as a political entity and the processes of creating viable degrees of unity, adaptation, achievement, and a sense of national identity among the people(...)“⁹²,

In BiH scheint ein Nationbuilding nur eine utopische Vorstellung zu sein, da die drei staatstragenden Nationen (bosnische Kroaten und Serben, Bosniaken) gezielt auf der eigenen Besonderheit beharren, anstatt sich auf die Versöhnung und Vergangenheitsbewältigung zu konzentrieren. Zur Überwindung dieser Pattsituation im multiethnischen BiH ... *„müssen andere gemeinschaftsbildende Merkmale greifen, wie etwa der Konsens, in einer friedlichen Einheit leben zu wollen.“⁹³*

Damit das Nationbuilding in BiH Früchte trägt ist viel Geduld notwendig, gerade weil allen voran die Politiker zu der Ansicht gelangen müssen, dass nur diese Lösung zu einem Fortschritt führt. Erst dann ist die Verankerung der gemeinsamen nationalen Identität in der Gesamtbevölkerung zu erwarten.

„Kulturelle Nähe, lebhaftige Kommunikation zwischen den Beteiligten, Sicherheitsinteressen sowie die Hoffnung auf ökonomischen Vorteil

⁹² Bell/Freeman zit nach Bürger Alexandra(2007):Nation-building und state-building. Zur empirischen Fruchtbarkeit eines politischen Ordnungskonzepts in Straßner, Alexander/Klein, Margarete [Hrsg.] Wenn Staaten scheitern. Theorie und Empirie des Staatszerfalls. Wiesbaden. VS Verl. Für Sozialwiss. 1. Aufl. S.15

⁹³ Ottoway zit. nach Ebd.S. 20.

*fördern sowohl die Bereitschaft von Individuen als auch von Gruppen und Staaten, sich an eine Gemeinschaft anzuschließen.*⁹⁴

In BiH wird versucht durch den Beitrittsantrag zur EU eine Lageänderung zu erzielen, jedoch trägt das nicht zur Ausbildung einer gemeinsamen Identität bei. Das Beitrittsgesuch signalisiert zwar einen gemeinsamen Wunsch, täuscht jedoch über die Uneinigkeit im Inneren hinweg.

Welche Strategien und Methoden die internationalen Akteure in BiH angewandt haben, um den Statebuildingprozess anzutreiben und welche Erfolge sie erzielen konnten, wird aus der späteren Analyse am Beispiel der Stadt Mostar ersichtlich.

⁹⁴ Brenner, Christiane (1994): Integrations- und Desintegrationsprozesse in multinationalen Gesellschaften. Einige Überlegungen zu den Theorien Otto Bauers und Karl. W. Deutschs in Schmidt-Hertmann, Eva [Hrsg], Formen des nationalen Bewußtseins im Lichte zeitgenössischer Nationalismustheorien. Vorträge der Tagung des Collegium Carolinum in Bad Wiessee vom 31. Oktober bis 3. November 1991, Band 20, München, Oldenbourg Verlag, S.121

4. Staatszerfall Jugoslawiens

Der Staatszerfall Jugoslawiens war das Ergebnis eines sehr langen Prozesses der Erosion dieses Staates, welcher Jahrzehnte gegen verschiedene Krisen ankämpfen musste um zu überleben und eine Absplitterung einzelner Teilstaaten zu verhindern. Nach langem Ringen um die Rettung des jugoslawischen Staates kam es letztendlich doch zu Unabhängigkeitserklärungen und zum Abkehren von Titos Jugoslawien, das die Krisen nicht mehr bewältigen konnte. Mit den Unabhängigkeitserklärungen brachen auch die Konflikte aus und kosteten hunderttausende Menschen das Leben, ebenso viele wurden vertrieben, verletzt bzw. sind vor dem Wahnsinn kriegerischer Handlungen geflüchtet. Bosnien hatte es am schwersten getroffen, zumal es ein multiethnisches Land war.

Die Konsequenzen dieser Konflikte sind heute noch zu gut sichtbar. Während Slowenien und Kroatien die größten Erfolge bei der Überwindung der Krisenzeiten erreicht haben, sind Bosnien-Herzegowina und Kosovo weit davon entfernt als stabile und autonome Staaten zu gelten.

Die Krisenregion Balkan glänzte während der titoistischen Ära durch eine Jahrzehnte lange Periode des Friedens, in welcher die Angehörigen verschiedener Nationalitäten, Kulturen und Religionen nach dem Motto „Brüderlichkeit und Einheit“ zusammenlebten. Heutzutage ist eine Art Tito-Nostalgie bei vielen Ex-Jugoslawen noch immer spürbar, nicht zuletzt, weil die Jugoslawen während dieser Periode nicht unter fremder Herrschaft standen, sondern in einem Land lebten, das für sie erschaffen wurde.

Krisen, Ereignisse und andere Faktoren sind Teil dieses Kapitels, in welchem es zu untersuchen gilt warum der jugoslawische Staat zerfallen ist, wie dies geschah, was für Konsequenzen der Zerfall für Bosnien hatte, was in Bosnien während des Krieges vorging, um letztendlich zeigen zu können warum der Wegfall Jugoslawiens so gravierend für Bosnien war und der Krieg dieses Gewaltausmaß erreichte, über welchen Journalisten aus aller Welt berichteten. Vor allem werden die Analysen das Verständnis für Schwierigkeiten möglich machen, mit welchen ausländische Helfer und alle anderen internationalen Akteure bei dem Versuch den Konflikt zu beenden bzw. auch nur die Kampfhandlungen zu mildern, konfrontiert wurden.

Der Statebuilding-prozess in Bosnien wurde erst durch die Beendigung der Kampfhandlungen möglich, weswegen dieses Kapitel von besonderer Bedeutung für die Analyse weiterer Entwicklungen unvermeidbar ist.

4.1. Titos Jugoslawien

Titos Jugoslawien ist nach Ende des zweiten Weltkrieges entstanden, als Resultat des Sieges der Partisanen über die deutsche Besatzungsmacht. Bereits früher gab es zahlreiche Versuche die Südslawen zu vereinen in Form des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen (das ab 1918 auch formell als Staat definiert wurde), danach des Königreichs Jugoslawien usw. Kennzeichnend für alle Herrschaftsformen waren die zahlreichen politischen Auseinandersetzungen um Macht und Einfluss.

Von besonderer Bedeutung war der Streit zwischen Kroatien und Serbien, die serbische Dominanz betreffend, welcher im sogenannten ‚Sporazum‘ aus

dem Jahr 1939 mündete. Dieses Übereinkommen erweiterte den Einfluss Kroatiens in Bosnien, da große Teile des Landes an Kroatien fielen, u.a. auch Mostar. Mit dem ‚Sporazum‘ (Übereinkommen) kam es nicht nur zur Ausdehnung des kroatischen Herrschaftsgebiets, sondern auch zur Stärkung des politischen Einflusses, durch die Erlangung der Verwaltungsautonomie.⁹⁵ Letztere bezog sich jedoch nur auf die Innenpolitik, während Außenpolitik, Verteidigung usw. in den Händen der Zentralregierung in Belgrad blieben.⁹⁶ Die Existenz des NDH⁹⁷, an dessen Spitze Ante Pavelic der spätere Führer der Ustascha-Bewegung stand, ist von immenser Bedeutung für bosnische Kroaten und die spätere Entstehung Herceg-Bosnas, des kroatischen ‚Staates‘, während des bosnischen Krieges in den 1990ern.

Mit dem Anfang des zweiten Weltkriegs und dem Einmarsch der Deutschen im Jahr 1941 vergrößerten sich ebenfalls die Probleme in Jugoslawien. Die inneren Auseinandersetzungen verschärfen sich zunehmend, da große Bevölkerungsteile in den Kampf gegen die Besatzung zogen, während sich gleichzeitig andere mit der Besatzungsmacht verbündeten. Die Partisanen⁹⁸, und die Tschetniks⁹⁹ kämpften erbittert um die Vertreibung des Feindes, während die Ustaschas¹⁰⁰ auf der Seite des Okkupators standen. Da die

⁹⁵ Calic, Marie-Janine (1996): Krieg und Frieden in Bosnien-Herzegovina, Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag S. 16

⁹⁶ Pavkovic, Aleksandar (1997): The Fragmentation of Yugoslavia. Nationalism in a Multinational State, London, Macmillan Press S. 31

⁹⁷ Nezavisna Drzava Hrvatska – Unabhängiger Staat Kroatien

⁹⁸ Partisanen: "(...) a resistance movement led by the Communist party and recruiting from all nations and nationalities of Yugoslavia" Ebd. S. 37

⁹⁹ Tschetniks: "(...) were a conservative, royalist Serbian nationalist resistance movement under the leadership of Colonel Dragoljub 'Draza' Mihailovic" Barnett, Neil (2006): Tito, London, Haus, 1. Publ. S. 54

¹⁰⁰ Ustaschas: „(...) a pro-fascist movement ruling the puppet-state of Croatia whose armed forces were made up of Croats and Muslims, trained and equipped by the German army" Pavkovic,

Tschetniks ebenfalls wie die Ustaschas mit dem Feind kollaborierten, war ihre Bekämpfung seitens der Partisanen unvermeidbar. Anstatt eines Krieges existierten auf dem jugoslawischen Gebiet zwei.

Während des Krieges fanden zwei bedeutsame Treffen der Widerstandskämpfer aus ganz Jugoslawien statt. AVNOJ¹⁰¹ hieß die administrative Organisation, die sie zwecks Kontrolle der befreiten Gebiete geschaffen hatten. Am 29. November 1943, am Ende des zweiten Treffens in Jajce wurde eine provisorische Regierung, das Nationalkomitee zur Befreiung Jugoslawiens, geschaffen. Tito wurde zum Premier- und Verteidigungsminister ernannt, außerdem trug er von nun an das Abzeichen eines Marschalls.

Zur Gründung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien kam es erst zwei Jahre später, nach Beendigung des zweiten Weltkrieges. Die Herrschaft der Kommunisten trat mit der Verfolgung der Ustaschas und Tschetniks zum Vorschein. Das partisan'sche Motto *„Brüderlichkeit und Einheit“* stand im Zentrum. Es galt die alten Gegensätze zu überwinden und ein neues Gefühl der Zusammengehörigkeit zu schaffen.

Laut der Verfassung von 1946 bestand Jugoslawien aus sechs Republiken: Bosnien-Herzegovina, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Serbien und Slowenien und zwei Provinzen: Vojvodina und Kosovo. Letztere befanden sich innerhalb Serbiens. Die neue Verfassung garantierte das Recht jeder

Aleksandar (1997): The Fragmentation of Yugoslavia. Nationalism in a Multinational State, London ,Macmillan Press S.37

¹⁰¹ Antifasisticko Vijeće Narodnog Oslobođenja Jugoslavije – Antifaschistischer Rat der Nationalen Befreiung Jugoslawiens

Republik auf Selbstbestimmung und Sezession, jedoch ist dieses Recht de facto nicht existent gewesen. ‚*Brüderlichkeit und Einheit*‘ stellte immer nur ein Ideal dar, das mit allen Kräften angestrebt, jedoch nie erreicht wurde. Alleine die Tatsache, dass zwischen Nationen (z.B. Serben) und Nationalitäten (z.B. Mazedonier) unterschieden wurde, zeugt von der institutionalisierten Diskriminierung und dem Versagen bei der Umsetzung des Idealzustands. Erst in den 1960ern wurden bosnische Muslime als Nation erkannt, was deutlich zeigt, dass Selbstbestimmung im frühen Jugoslawien nur ein Paradoxon war.

4.1.1. Titoismus

Der sogenannte „Titoismus“ ist das Resultat der Abgrenzung Titos von Stalin. Tito war tatsächlich ein Stalinist, aber genau das wurde ihm zum Verhängnis, als er es wagte Stalin zu kritisieren. Er setzte auf die Liberalisierung und führte die Arbeiterselbstverwaltung ein. Stalin duldet keine Kritik zumal er das letzte Wort hatte.

*„What he failed to grasp, or perhaps accept, was that Stalin intended foreign Communists to be vassals, to take orders and not to conduct their own foreign relations, follow radical policies or make ‘suggestions’ to Moscow”.*¹⁰²

Tito plante Albanien und Bulgarien in die Balkanföderation einzubeziehen und somit eine Nation der Südslawen auf der ganzen balkanischen Halbinsel zu schaffen, weswegen ihm Stalin vorwarf ethnischen Nationalismus zu

¹⁰²Barnett, Neil (2006): Tito , London, Haus, 1. Publ. S. 82

betreiben und ihn warnte dies zu unterlassen. *„The fact remains that he was kicked out because, ..., he would not take orders. It was his defiance that brought about the split“*.¹⁰³ Als Grund wurde das Abkehren von der marxistischen Theorie genannt.¹⁰⁴

Reformkommunismus ist der am besten geeignete Begriff, welcher den Titoismus wohl am ehesten charakterisiert. Reformkommunisten wagten den Versuch die von Marx und Engels entwickelten Konzeptionen auf die gegenwärtigen Umstände anzupassen. Jugoslawische Politiker sahen sich selbst als treue Anhänger des Marxismus, allen voran Josip Broz Tito:

*„Sollte ‚Titoismus‘ eine weltanschauliche Richtung werden, würden wir Revisionisten sein; wir würden uns vom Marxismus losgesagt haben. Wir sind Marxisten, ich bin ein Marxist und kann daher kein ‚Titoist‘ sein.[...] Wir, die Kommunisten Jugoslawiens, sehen den Marxismus-Leninismus nicht als etwas an, dem man auf vorgezeichneten Pfaden zu folgen hat, sondern als ein Mittel, das den Umständen entsprechend angewandt werden sollte. [...] Unser Weg ist nicht notwendigerweise der Weg für jeden, noch sollte er überall eingeschlagen werden.“*¹⁰⁵

Die Kritik am Stalinismus diente nicht nur als Abgrenzungskriterium, sie sollte auch die Unterstützung für Reformen sichern, vor allem bei der Bekämpfung der Bürokratie. Der bürokratische Zentralismus wurde als die größte Gefahr für den Sozialismus angesehen. Edvard Kardelj, einer der engsten Gefährten Titos, war der Auffassung, dass der Sozialismus nicht durch den

¹⁰³ Campbell, John C. (1967): Tito's separate road. America and Yugoslavia in world politics New York, NY Harper & Row , 1. ed. S.14

¹⁰⁴ Barnett, Neil (2006): Tito , London, Haus, 1. Publ. S. 85

¹⁰⁵ Tito Zit. Nach Brockmann, Marie Christine (1994): Titoismus als besondere Form des Kommunismus, München, Univ. Diss. S.51

bürokratischen Zentralismus verhindert werden darf, weswegen eine Vertiefung der Demokratie notwendig sei.

Man sieht die Unvollständigkeit der Abgrenzung von Stalin in jeder Tat jugoslawischer Kommunisten. Trotz des großen Bruchs blieb die Sowjetunion ein wichtiger Bezugspunkt für die jugoslawische Elite, ob in positiven oder negativen Sinne sei dahingestellt.

4.1.2. Die Verfassung von 1974

Die vierte jugoslawische Verfassung wurde hauptsächlich von Edvard Kardelj entwickelt, in einer Zeit in der Tito schon alt geworden war. Sie basierte auf dem Konzept vom Absterben des Staates mit der Aufgabe die Rückkehr alter Konzepte unmöglich zu machen und eine neue Regierungsform zu erschaffen. Im Vordergrund stand auch die Notwendigkeit sich von dem sowjetischen Modell zu distanzieren.

Durch Deregulierungen soll der Prozess des Absterbens eingeleitet werden. In seiner Rede über die Fabriken beschrieb Tito den letzteren folgendermaßen: *„Nach der marxistischen Wissenschaft ist der Staat das Produkt der Klassenkonflikte und stirbt ab, wenn die Klassen verschwinden, wenn es niemanden mehr in Unterdrückung zu halten gibt und auch kein Grund mehr dazu besteht. [...] Marx, Engels und Lenin lehren uns, der Staat beginne in dem Augenblick abzusterben, da das Proletariat an die Macht gelange. (...) Dieses Absterben des Staates setzt zunächst bei ,seinen*

*wirtschaftlichen Funktionen' ein, es beginnt mit der Leitung der Produktion durch die Produzenten, mit der allmählichen Übertragung wirtschaftlicher Funktionen vom Staat auf die Arbeiterkollektive, nicht sprunghaft, auf einmal, sondern stufenweise, sonst käme es zur Anarchie“.*¹⁰⁶

Mit dieser Verfassung wurde der jugoslawische Staat von Föderative Volksrepublik Jugoslawien in Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien umbenannt. Es wurden sozialistische Nationalstaaten eingerichtet, womit das sozialistische Prinzip höher als das föderative gestellt wurde. Diese Tatsache zeigt wie paradox die Situation in Jugoslawien in den Jahren der Reformen war. Während auf der einen Seite alle Kräfte für die Einleitung des Prozesses des Absterbens mobilisiert wurden, schuf man auf der anderen Seite viele kleine quasi souveräne Staaten, welche dem vorhin genannten Vorgang Steine in den Weg legten.

Neben der gestärkten Autonomie der Bundesrepubliken kam es ebenfalls zur formalen Festigung der Position Titos, von nun an war er Präsident auf Lebenszeit. Gleichzeitig wurden aber seine Kompetenzen mit der Schaffung der Präsidentschaft des jugoslawischen Staates und des Zentralkomitees des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens eingeschränkt. In beiden Institutionen herrschte das nationale Rotationsprinzip, das jeder Republik die Chance bot, Mitbestimmungsrechte zu nützen und Eigeninitiative zu zeigen. John C. Campbell schreibt zur Schaffung neuer Institutionen folgendes:

¹⁰⁶ Tito Zit. nach Brockmann, Marie Christine (1994): Titoismus als besondere Form des Kommunismus, München, Univ. Diss S.64

*„The existing institutions by no means constitute a free and open system“.*¹⁰⁷

Tatsächlich waren die neuen Institutionen nur für Parteimitglieder frei zugänglich, weil Jugoslawien keinesfalls auf die Schaffung des Pluralismus vorbereitet war. Die späteren Krisen zeugen davon, wie stark die jugoslawischen Kommunisten an der Machtposition hielten und wohin dieses Festhalten führte.

4.2. Krisen und Zerfall Jugoslawiens

Anhand der Definitionen der ‚apokalyptischen Trias‘¹⁰⁸ von Erdmann wird im Nachfolgenden untersucht was in Jugoslawien geschehen ist und wie es dazu kam. Besonderes Augenmerk wird dabei nicht nur auf die politische, sondern auch auf wirtschaftliche und ideologische Umstände, gelegt. Anhand der folgenden Analyse wird gezeigt, warum der Staatszerfall Jugoslawiens zu Kriegen statt friedlichen Staatsbildungen geführt hat.

Mehrere Jahrzehnte lang kämpften die Kommunisten Jugoslawiens für die erfolgreiche Umsetzung der marxistischen Theorie in eine beispielhafte Praxis. Dieses Vorhaben ist trotz allen Bemühungen letztendlich an der Unfähigkeit der kommunistischen Elite Krisen zu überwinden gescheitert, was schließlich zum Staatsversagen geführt hat. Zu einem großen Teil hat

¹⁰⁷ Campbell, John C. (1967): Tito's separate road. America and Yugoslavia in world politics New York, NY Harper & Row , 1. ed. S.140

¹⁰⁸ Vgl. Kap. 2.1.1. S.28

das verbissene Festhalten an der eigenen Ideologie den Niedergang des titoistischen Staates der Südslawen sogar vorangetrieben. Noch vor Titos Tod war allen klar, dass Jugoslawien die Wirtschaftskrise nicht überleben wird zumal die ideologische Krise bereits im Anbruch war. Statt einer Rettung in letzter Minute kam die totale Blockade des Bundes, der Kontrollverlust über die Entscheidungen Sloweniens und Kroatiens, sowie den Unabhängigkeitserklärungen folgend der Staatszerfall.

4.2.1. Wirtschaftskrise

Titos Jugoslawien musste mit mehreren Wirtschaftskrisen kämpfen, welche nicht nur auf die Unfähigkeit jugoslawischer Kommunisten zurückzuführen waren, sondern ebenfalls auf die internationalen Entwicklungen. Insbesondere traf die große Krise der 1970er Jugoslawien. Neben misslungenen Reformen kam der große Ölchock dazu. In Jugoslawien waren die Politiker Entscheidungsträger bei allen wirtschaftlichen Fragen, nicht die Arbeiter, wie es die Diktatur des Proletariats verlangt. Anstatt die Reformen anzukurbeln gewährte Tito den Jugoslawen größere Bewegungsfreiheit, um die Schwierigkeiten zu verschleiern. Die jugoslawische politische Elite reagierte auf die intensiviertere Krise nicht mit wirksamen Maßnahmen, wie Konsumbeschränkungen oder Absenkungen des Lebensstandards. Stattdessen wurden Langzeitkredite aufgenommen, die zur Erhöhung der Staatsverschuldung führten.

Abgesehen von anderen Aspekten der Krise war die, durch die Verfassung aus dem Jahr 1974, garantierte Unabhängigkeit ein weiterer Stolperstein auf

dem Weg der Dezentralisierung. Die Republiken zentralisierten sich nach innen und verlangten die Erweiterung der Dezentralisierung auf der föderalen Ebene. Sie importierten lieber teure Waren aus dem Ausland, als billige aus den Nachbarstaaten. Die Preisunterschiede waren enorm. Das Misstrauen wurde schließlich so groß, dass jede Republik ihre eigene nationale Industrie aufbaute. Unzählige Reformprojekte sind schon im Ansatz gescheitert, weil die Regierung auf ihrer Ideologie beharrte. Schließlich kam es zur Spaltung innerhalb der Partei entlang der Linie der Anhänger der Reformisten und der Verfassung treu Ergebenen. *„Already politically divided into regional party machines as a result of the increasing confederalization of the League of Yugoslav Communists (LCY) that had occurred near the end of the 1970s - and since Tito's death unable to halt the accelerating fragmentation of their ethnically and regionally divided organization – Tito's heirs were ill equipped to grapple with the country's rapidly growing economic difficulties or to take steps necessary to preserve their regime”.*¹⁰⁹

BiH und der Kosovo litten ganz besonders unter der Krise, zumal sie zu den ärmsten Regionen Jugoslawiens gehörten und auf die Hilfe der Nachbarstaaten angewiesen waren.

Die Sichtbarkeit der Unfähigkeit, bzw. der Lähmung der politischen Elite, hatten die Entstehung des stillen Protests zur Folge. Korruption von der niedrigsten bis zur höchsten Ebene wurde geduldet, weil sie ein Mittel zur Vermeidung offener Revolte darstellte. Niedrige Löhne, lange und häufige Krankenstände, waren nur ein Paar von vielen Äußerungen des

¹⁰⁹ Cohen, Lenard J. (1995): .Broken bonds. Yugoslavia's disintegration and Balkan politics in transition, Boulder, Colo. [u.a.], Westview Press, 2. Ed. S.47

Widerstandes gegen die gegebenen Umstände. Es gab keine Aussichten auf eine Besserung.

4.2.2. Die politische Krise

Die politische Krise in Jugoslawien verlief parallel zur ökonomischen. Der Hauptakteur in diesem Krisenszenario war die Sozialistische Republik Serbien, welche als einzige Republik zwei autonome Provinzen einschloss. In dieser Hinsicht war Serbien durch alle Schwierigkeiten doppelt betroffen.

Die Akzeptanz der Verfassung von 1974 bedeutete ein Höherstellen der Provinzen. Sie erhielten eine Stimme in der Präsidentschaft, womit Serbien an Einfluss verlor. Die serbische Krise hatte ihre Anfänge kurz nach der Annahme der Verfassung, welche der serbischen Republik einen quasi föderativen Charakter verlieh. Serbien sah sich mit gezielten Obstruktionen von Seiten der Provinzen konfrontiert und war unzufrieden. Daraus resultierend wurden die Forderungen der serbischen Politiker an die föderale Spitze gerichtet, nach Klarstellung, dass Provinzen keine Republiken sind.

Der Kosovo und Vojvodina hatten keine Absicht ihre Privilegien aufzugeben, sie steigerten sogar ihre Forderungen nach der Proklamierung ihres republikanischen Status. Schlussendlich fällte Tito die Entscheidung, dass die Provinzen keinen offiziellen Republik-Status bekommen sollten, dass sie aber als solche behandelt würden. Von nun an war klar, dass so lange Tito

die letzte Entscheidungsinstanz war, eine Unterdrückung und Einschränkung der Provinzen nicht zustande kommen würde.

Kurz nach Titos Tod geschah genau das zu Erwartende. 1981 wurden Studentenproteste abgehalten. Ihre Forderung war wie vor einigen Jahren, der Republik-Status. Jetzt gab es keinen Tito, der die Gemüter besänftigen würde. Somit war eine höhere Macht vonnöten. Die Polizei stellte die Ordnung wieder her aber nachdem die Gefangenen nicht freigelassen wurden gab es erneute Demonstrationen, diesmal in intensiver Form, waren sie eine echte und reale Bedrohung. Die Gewaltspirale erweiterte sich bis zum Beschluss der Niederschlagung der Proteste durch die Armee und der Verhängung des Ausnahmezustands im Kosovo.

Ein Zusammenhalt der Partei wäre nötig gewesen um Erfolge bei der Krisenbewältigung zu erzielen. Sie war auch in diesem Fall gespalten. Die Republiken erachteten die serbisch-kosovarische Krise als eine außenpolitische und hatten kein Interesse an einer Intervention.

Alle Geschehnisse deuteten auf die Notwendigkeit einer starken Führungspersönlichkeit hin, aber die Kommunisten Jugoslawiens hatten schon vor Jahren dafür gesorgt, dass so eine Machtkulminierung in Form eines neuen Titos unmöglich wurde.

*„The history of the League of Communists can be written as a series of leadership crises, as the Titoists fought to strike a balance between centralism and devolution“.*¹¹⁰

¹¹⁰ Benett, Christopher (1995): Yugoslavia's Bloody Collaps, Causes, Course and Consequences, London, Hurst, 1. Ed. S.132

Unfähig die Herausforderungen zu bewältigen und einen Mittelweg zwischen den zerstrittenen Parteien hervorzubringen, beobachtete die Liga der Kommunisten die Evolution ihres eigenen Untergangs und war ihm machtlos ausgeliefert.

Slobodan Milosevic kam im Jahr 1987 an die Macht, als er die Leitung der Serbischen Kommunistischen Partei übernahm. Er war eine charismatische Persönlichkeit, die Titos Personenkult sehr geschickt kopierte, um an die Spitze Serbiens zu kommen. Er nutzte die Kosovo-Krise um die eigenen Karriereerfolge in die Höhe zu katapultieren.

Während der Krisenjahre in Kosovo wanderten sehr viele Serben aus und suchten sich eine Unterkunft in Serbien. Der Auftakt zu Milosevics Aufstieg war seine aus diesem Anlass abgehaltene Rede in Kosovo, wo er zu den Serben sagte: "...niko ne sme da vas bije..."¹¹¹ Dieser Rede war die Propaganda über Vergewaltigungen serbischer Frauen und Angriffe auf serbische Männer von Seiten der Kosovaren vorausgegangen.

Propaganda war das wirksamste Mittel Milosevics. Nachdem er an die Macht kam, verstaatlichte er serbische Medien, welche von nun an seine Vision des jugoslawischen Staates verkündeten.

An die Spitze gekommen konnte Milosevic alles durchsetzen, was er sich vorgenommen hatte. Bald hatte er es geschafft alle führenden Politiker der Provinzen durch seine Anhänger bzw. Sympathisanten zu ersetzen. Eigens von ihm organisierte, inszenierte Protestmärsche der Serben waren von nun

¹¹¹ Deutsch: Niemand darf euch schlagen.

an auf dem Tagesprogramm, nicht nur in den Provinzen, sondern auch außerhalb. Gefordert wurde die Einhaltung der serbischen Rechte u.a., wobei in Kroatien die Forderung nach der Gleichstellung der Serben mit den Kroaten laut wurden, obwohl sie dort eine ethnische Minderheit darstellten. Milosevics Nationalisten verlangten in allen Republiken das, was sie anderen nicht gewährleisten wollten: die Gleichstellung.

Oberstes Ziel Milosevics war die Wiederherstellung der Zentralisierung, damit alle Serben in einem Land leben können. Da mit der Verfassung von 1974 neben den sechs Republiken auch die autonomen Provinzen eine Stimme bei Abstimmungen zu wichtigen Fragen erhielten, wurde der serbische Einfluss formal geschwächt. Die Forderung nach Zentralisierung deutete auf einen verzweifelten Schritt zur Wiederherstellung der serbischen Dominanz unter dem Deckmantel des Grundrechtsschutzes der serbischen Bevölkerung.

In den Aussagen Franjo Tudjmans und Slobodan Milosevics aus dem Jahr 1990 ist das Verschwinden Jugoslawiens bereits gut ersichtlich. Während Tudjman die Idee der Konföderationsbildung befürwortet: „ *Tito's Yugoslavia does not really exist any more. Whereas we in Croatia and Slovenia want Tito's concept of confederalism, to be developed further, Belgrade wants to return to centralism....Yugoslavia is currently in a phase that cannot last long*“¹¹², hält Milosevic an der Forderung der Zentralisierung fest: „*The approach that Yugoslavia does not exist, that only republics exist...is not acceptable to us...in our opinion, any division into several states that would separate parts of the Serbian people and put them within separate sovereign states cannot be acceptable...in our opinion, a confederation is not a*

¹¹² Cohen, Lenard J. (1995): .Broken bonds. Yugoslavia's disintegration and Balkan politics in transition, Boulder, Colo. [u.a.], Westview Press, 2. Ed. S.197

*state*¹¹³, jedoch argumentieren beide im Namen der Interessen des jeweiligen Landes und nicht im Namen der Jugoslawen.

Bereits von den Unabhängigkeitserklärungen Sloweniens und Kroatiens befand sich Jugoslawien auf dem Pfad einer „versagenden Staatlichkeit“. Als führende Politiker durch Milosevics Kandidaten ersetzt wurden und die Hoffnungen auf Versöhnung und Toleranz unmöglich wurden kam es in Slowenien und Kroatien zu Unabhängigkeitserklärungen, als Ergebnis des Erfolges nationalistischer Parteien und der Wirksamkeit der „Politik der Identität“. Die Phase des Versagens war damit abgeschlossen, vor allem als die Jugoslawische Volksarmee in Slowenien und Kroatien einmarschiert ist, um die Republiken „zur Vernunft“ zu bringen. Die daraus resultierenden Kriege führten zu unterschiedlichen Ergebnissen. Während Slowenien den Weg in Richtung Frieden und Demokratie einschlagen konnte, kam es in Kroatien und Bosnien zum Krieg. Serbien verlor die Entscheidungsbefugnis und stieß auf großen Widerstand, sowohl von Seiten der Nachbarstaaten, als auch der internationalen Staatengemeinschaft. Titos Jugoslawien wurde Anfang der 1990er endgültig im Chaos vergraben, dass insbesondere in Bosnien tiefgreifende Spuren hinterließ.

¹¹³ Ebd.

5. Unabhängigkeit und Krieg in BiH

Mit der Auflösung des BdKJ im Jahr 1990 stand der Herrschaft nationalistischer Parteien nichts mehr im Wege. Die Unwirksamkeit der Reformen bzw. ihre Verhinderung wegen mangelndem Konsens, die schwere wirtschaftliche Lage, die Blockade des Bundes von Seiten der Republiken usw. haben zum Legitimitätsverlust des BdKJ nach sich gezogen und die eigenständige Abspaltung Sloweniens und Kroatiens ermöglicht. Nach den Unabhängigkeitserklärungen im Juni 1991 wurden die bosnischen Politiker gezwungen eine schwerwiegende Entscheidung zu treffen: entweder in einem serbisch-dominierten Restjugoslawien zu bleiben, der Zerstückelung ihres Landes zuzustimmen oder für die Unabhängigkeit zu kämpfen.

5.1. Der Weg in die Unabhängigkeit

BiH war eine der schwächsten Republiken Jugoslawiens. Da sie wirtschaftlich, als auch politisch, fest in die Föderation eingebunden war, befürwortete sie die Reformen, welche den Bund stärken würden, statt die separatistischen Tendenzen, die zur Auflösung Jugoslawiens führten. BiH spielte die Vermittlerrolle bei den Verhandlungen zur zukünftigen Staatsform Jugoslawiens. Im Zentrum Jugoslawiens angesiedelt und von Kroatien und Serbien umgeben, saß BiH auf einem Pulverfass, das kurz davor war zu explodieren.

Im Jahr 1990 brach die Knin-Krise in Kroatien aus, als sich die serbische Minderheit von Kroatien abspalten und Serbien anschließen wollte. Diese Krise beeinflusste auch BiH, wo Serben die zweitgrößte Gruppe bildeten. Die neugegründeten Parteien in BiH, Kroatische Demokratische Allianz (HDZ – Hrvatska Demokratska Zajednica), Serbische Demokratische Partei (SDS – Srpska Demokratska Stranka) und die Partei der Demokratischen Aktion (SDA - Stranka Demokratske Akcije), kämpften von nun an um die Mobilisierung der Anhänger der jeweiligen Nation. Ihre Rechnung ging in dem Sieg bei den ersten freien Wahlen am 18. November und 2. Dezember 1990 auf. Die Kommunisten sind zwar auch zur Wahl angetreten, sie erlebten aber die größte Niederlage, weil 86%¹¹⁴ der Sitze in den zwei Kammern des Parlaments an ihre Gegner fielen.

Nach den Wahlen wurde eine Regierungskoalition gebildet, basierend auf dem allzu bekannten ethnischen Prinzip: mit Alija Izetbegovic (Moslem) als Präsidenten, Momcilo Krajsnik (Serbe) als Parlamentspräsidenten und Jure Pelivan (Kroate) als Ministerpräsidenten. Die Koalition war von kurzer Dauer aufgrund des mangelnden Konsenses, die Staatsform betreffend. Während die Kroaten und Serben eine Aufteilung BiHs in Kantone forderten, beharrten die Muslime auf der Erhaltung der bestehenden Grenzen.

*„The republic’s constitution ... made each of its three groups constituent nations, which meant that no major decision could be carried out without consensus”.*¹¹⁵

¹¹⁴ Calic, Marie-Janine (1996): Krieg und Frieden in Bosnien-Herzegovina, Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag S.85

¹¹⁵ Silber, Laura (1996): The death of Yugoslavia, London [u.a.] , Penguin Books S.209

Das Beharren auf eigenen Vorstellungen verhinderte jede Art von Übereinkunft. Der Streit ging so weit, dass Radovan Karadzic, der Parteiführer der SDS offene Drohungen an den bosnischen Präsidenten richtete:

„You want to take Bosnia-Herzegovina down the same highway of hell and suffering that Slovenia and Croatia are travelling. Do not think that you will not lead Bosnia-Herzegovina into hell, and do not think that you will not perhaps make the Muslim people disappear, because the Muslims cannot defend themselves if there is war – How will you prevent everyone from being killed in Bosnia-Herzegovina?“¹¹⁶

Die Lage spitzte sich zu. Es wurden Barrikaden in überwiegend serbischen Gebieten aufgestellt und ein Artilleriering rund um Sarajewo aufgestellt. Der Countdown zum Kriegsstart lief bereits im vollen Gange. Daraus resultierend entschieden sich die bosnischen Kroaten und Muslime ein Referendum durchzuführen, trotz der Weigerung der Serben daran teilzunehmen.

5.2. Krieg, Teilungen und Friedenspläne

In BiH lebten im Jahr 1991 43,5% Muslime, 31,2% Serben und 17,4% Kroaten, 5,6 % Jugoslawen.¹¹⁷ Die drei Hauptgruppen zählten als gleichberechtigte Nationen im Gegensatz zu vielen weiteren Minderheiten, wie z.B. Roma. Die komplizierte ethnische Zusammensetzung, als auch die

¹¹⁶ Ebd. S.215

¹¹⁷ Vgl. Preuss, Andrijana (2004): Friedenaufbau durch internationale Polizeieinsätze in ethnonationalen Konflikten Bosnien-Herzegowinas am Beispiel der WEU-Polizei in Mostar. Studien zu Konflikt und Kooperation im Osten. Band 11. Egbert Jahn (Hg.) Münster, LIT Verl. S.45

hohe Anzahl der Mischehen machten die Zerstückelung des Landes unmöglich, ebenso entfiel die Möglichkeit im serbisch-dominierten Jugoslawien zu bleiben. Der bosnische Präsident Alija Izetbegovic wählte die Unabhängigkeit, trotz der Gewissheit, dass die Serben ihm militärisch überlegen waren.

Das im letzten Kapitel erwähnte Referendum betreffend die Unabhängigkeit BiHs wurde am 29. Februar und 1. März 1992 durchgeführt. Die entscheidende Frage lautete:

„Sind Sie für ein souveränes und unabhängiges Bosnien-Herzegowina, einen Staat gleichberechtigter Bürger und Völker, von Muslimen, Serben und Kroaten und allen anderen, die darin leben?“¹¹⁸

Von den 63,7% der Beteiligten sprachen sich 99,4%¹¹⁹ für die Unabhängigkeit aus. Bereits am selben Tag fielen die ersten Schüsse, die sich in Windeseile über das ganze Land verteilten. Der Kriegsausbruch verhinderte den Aufbau eines eigenen bosnischen Staates. Die Schaffung funktionierender Institutionen und Demokratisierung wurden undenkbar, zumal der Kampf ums Überleben zur ersten Priorität wurde.

Im März 1992 fanden parallel Kämpfe und Verhandlungen zwecks Grenzfestlegung statt. Bereits am 7. April 1992, am Tag der Anerkennung der Unabhängigkeit BiHs von Seiten der EG und der USA, wurde die ‚*Republika Srpska*‘ – die Serbische Republik – als serbisches Einflussgebiet in BiH ausgerufen. Im Juli 1992 folgte die Proklamierung des kroatischen

¹¹⁸ Vgl. Lovrenovic zit.nach Preuss, Andrijana (2004): Friedensaufbau durch internationale Polizeieinsätze in ethnonationalen Konflikten Bosnien-Herzegowinas am Beispiel der WEU-Polizei in Mostar. Studien zu Konflikt und Kooperation im Osten. Band 11. Egbert Jahn (Hg.) Münster, LIT Verl. S. 48

¹¹⁹ Ebd.

Gegenparts, der ‚Herceg-Bosna‘ in der Westhercegovina. Nach der Schaffung dieser autonomen Einflussphären wurde der Anschluss an die Mutterländer Serbien und Kroatien angestrebt.

In Mostar fand man ein Spiegelbild des gesamtbosnischen Krieges vor. Im März 1992 kämpften die kroatischen und bosnischen Einheiten Seite an Seite gegen die Serben. Auf der bosnisch-kroatischen Seite standen die paramilitärischen Einheiten der HOS¹²⁰, die Kräfte des HVO¹²¹ und der TO¹²². Serbische Kämpfer kamen aus der aufgelösten JNA¹²³ oder waren Freiwillige.

Der HVO war der militärische Arm der HDZ. Seine Truppen bestanden aus etwa 10.000¹²⁴ Mann, und zusätzlich 15.000 regulären kroatischen Soldaten¹²⁵, die aus Kroatien abgezogen wurden, damit sie den Widerstand der bosnischen Kroaten gegen die Serben verstärken. Zusätzlich bekamen sie Verstärkung von örtlichen kroatischen Polizeikräften. Sie unterstanden sie dem Oberbefehl aus Zagreb, um sich später selbständig zu machen.

¹²⁰ Hrvatske Obrambene Snage – Kroatische Verteidigungskräfte

¹²¹ Hrvatsko Vijeće Obrane – Kroatischer Verteidigungsrat

¹²² Teritorijalna Odbrana – Territorialverteidigung

¹²³ Jugoslavenska Narodna Armija – Jugoslawische Volksarmee

¹²⁴ Krech, Hans [Hrsg.](1997): Bewaffnete Konflikte nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes. Der Bürgerkrieg in Bosnien-Herzegowina (1992-1997), Berlin, Köster Verlag, Band 2, 1. Aufl.S.44. Calic spricht von 15 000 bis 20 000 Mann auf dem Gebiet der Westherzegowina und 37 000 und 40 000 Gesamttruppenstärke des HVO am Ende 1992 Calic, Marie-Janine (1996): Krieg und Frieden in Bosnien-Hercegovina, Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag S.99

¹²⁵ Ebd.

Die HOS kamen auch aus Kroatien und wurden von der HSP¹²⁶ aufgestellt. Ihre Einheiten umfassten 5000¹²⁷ Mann. Sie wurden 1991 organisiert und kamen nach Kriegsausbruch nach Bosnien. Sie genossen zwar die volle Autonomie erkannten aber den Oberbefehl des bosnischen Präsidenten an. Die Finanzierung erfolgte aus eigenen Quellen. Im Laufe des Krieges kam es zu Streitigkeiten zwischen dem HVO und der HOS, was in der Ermordung des Führers der HOS durch Angehörige der HVO mündete¹²⁸.

Als der Krieg ausbrach existierte in BiH keine Staatsarmee. Während Kroaten und Serben auf die Verstärkung aus den Mutterländern zählen konnten, war die bosnische Regierung auf sich selbst gestellt und musste schnellstmöglich die Armee des Landes aufstellen. Doch bevor dieser Prozess initiiert wurde, lag die Verteidigung einzelner Ortschaften in den Händen der jeweiligen lokalen Akteure. In Sarajevo waren dies zum Beispiel verschiedene patriotische Verbände und viele andere paramilitärische Gruppierungen.¹²⁹ Erst mit der späteren Konstituierung der Macht der ARBiH wurden die verschiedensten Befehlsstrukturen aufgelöst bzw. die Gruppen fielen unter die zentrale militärische Befehlsstruktur.

Am Anfang des Krieges kämpften sowohl Kroaten, als auch Bosniaken in den obengenannten paramilitärischen Einheiten. Nach der Aufstellung der ARBiH¹³⁰, die im Mai 1992 beschlossen wurde und mit dem Ausbruch der

¹²⁶ Hrvatska Stranka Prava – Kroatische Partei des Rechts

¹²⁷ Krech, Hans [Hrsg.](1997): Bewaffnete Konflikte nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes. Der Bürgerkrieg in Bosnien-Herzegowina (1992-1997), Berlin, Köster Verlag, Band 2, 1. Aufl. S.44

¹²⁸ Vgl.Ebd. S.62

¹²⁹ Vgl. Kaldor, Mary (2000): Neue und alte Kriege, Ulrich Beck (Hg.), Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag, 1. Aufl. S.75

¹³⁰ Armija Bosne i Hercegovine – Armee Bosnien-Herzegowinas

kroatisch-bosniakischen Kämpfe in Mostar kam es zu einer Homogenisierung der kroatischen Einheiten nach dem ethnischen Prinzip. Im Gegensatz zu den Feinden war die Armee BiHs sehr schlecht ausgerüstet, teilweise nur mit Handfeuerwaffen, während die kroatischen und serbischen Gruppierungen auch schwere Geschütze zur Verfügung hatten. Laut Hans Krech besaßen die Bosniaken im September 1992 bloß 2 Panzer, während den Serben 200 zur Verfügung standen!¹³¹

1992 verfügte die bosnische Armee über 50 000¹³² Mann, 1993 bereits über 80 500¹³³, zumal nun auf ihrer Seite auch Freiwillige aus islamischen Ländern und lokale Milizen kämpften, die nur formal ihrem Befehl folgten.¹³⁴ Trotz der Verstärkung konnte man eher Niederlagen, als Erfolge verzeichnen.

Die Armee der bosnischen Serben war die größte mit 100.000¹³⁵ Mann. 33.000¹³⁶ Mann gehörten zum ständigen Personal, 63.000¹³⁷ machten die Rekruten aus. Daneben partizipierten im bosnischen Krieg ebenfalls Tausende von Freiwilligen aus Serbien, Russland und der Ukraine. Die Unterstützung der bosnischen Serben kam direkt aus Belgrad. Diese Voraussetzungen sorgten für die Eroberung des Großteils des gesamtbosnischen Territoriums innerhalb des Jahres 1993.

¹³¹ Vgl. Krech, Hans [Hrsg.](1997): Bewaffnete Konflikte nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes. Der Bürgerkrieg in Bosnien-Herzegowina (1992-1997), Berlin, Köster Verlag, Band 2, 1. Aufl. S.45

¹³² Vgl. Calic, Marie-Janine (1996): Krieg und Frieden in Bosnien-Herzegowina, Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag S.100

¹³³ Ebd.

¹³⁴ Ebd.

¹³⁵ Ebd.S.99

¹³⁶ Ebd.

¹³⁷ Ebd.

Als sich die Kampfhandlungen intensivierten bot sich in BiH ein breites Spektrum an Akteuren verschiedener Arten: Milizen, Bürgerwehren usw.. Laut Calic gab es mindestens 45 solcher Gruppierungen, die nicht dem Befehl der regulären Armeen standen, sondern dem der lokalen Machthaber folgten.¹³⁸

Diese Vielfalt und die Unübersichtlichkeit die Akteure und Befehlswege betreffend, der Seitenwechsel der Akteure usw., sind typische Merkmale der „neuen Kriege“ und sie ermöglichten die Verschleierung von Kriegsverbrechen und erschwerten die Verfolgung der Schuldigen.

Das Jahr 1992 war von permanentem Granatenbeschuss gekennzeichnet. Die bosnische Armee befand sich in der Defensive, zumal die Organisation und Ausrüstung ihrer Streitkräfte dürftig waren. Die serbischen Einheiten umzingelten die wichtigsten Städte u.a. Sarajewo und Mostar und feuerten Hunderte von Granaten auf zivile Objekte. Dieses Vorgehen gehörte zur sogenannten ‚Zermürbungstaktik‘, bei der die *„Demoralisierung des Gegners durch permanenten Beschuss“* als *„ein wesentliches Element der Kriegsstrategie“*¹³⁹ gilt. Das Ziel der Granaten waren vorwiegend zivile Objekte, wobei die meistbesuchten Orte, wie Schulen, Märkte usw. vorgezogen wurden.

Die bosnisch-kroatische Koalition konnte dem Druck nicht standhalten, was letztendlich zum Einmarsch der serbischen Armee in Mostar im April 1993 führte. Kurz darauf verschärfte sich ebenfalls die Lage zwischen den

¹³⁸ Ebd. S.102

¹³⁹ Ebd.S.109

Verbündeten Kroaten und Bosniaken. Nun Brach ein Krieg im Krieg aus. Neben Mostar wurden die Städte Novi Travnik, Vitez und Gornji Vakuf hart umkämpft, jedoch war die Lage in Mostar besonders gravierend, da die bereits stark zerstörte Stadt nun auch geteilt wurde. Die ARBiH wurde vollkommen von der Außenwelt abgeschnitten, als die Truppen des HVO im Juni 1993 die Oberhand gewannen. 75% der Einwohner ergriffen die Flucht.¹⁴⁰ Von nun an kamen zum permanenten Granatenbeschuss Vertreibungen und die ethnische Säuberungen hinzu. Alle männlichen Moslems zwischen sechzehn und sechzig Jahren, sowie ganze Familien von Angehörigen der ARBiH landeten im Lager ‚Heliodrom‘. Alte und gebrechliche Menschen, sowie die Übriggebliebenen wurden aus ihren Häusern und Wohnungen rausgeschmissen und auf die bosnische Seite vertrieben. Ähnliches spielte sich in Vitez, Kiseljak, Capljina und Stolac ab. In den, von Kroaten errichteten, Lagern ‚Dretelj‘, ‚Gabela‘ und ‚Heliodrom‘ landeten bis September 1993 über 10.000 Bosniaken.¹⁴¹

Während sich die Grausamkeiten des Krieges Fortsetzten, zögerten die kroatischen Einheiten nicht alle Anzeichen islamischer Kultur auszuradieren. Neben unzähligen Moscheen, zerstörten die Truppen des HVO ebenfalls nach mehrtägigem Beschuss das Symbol der Stadt, die ‚Alte Brücke‘, um einen kleinen Teil der bosniakischen Einwohner, der noch auf der westlichen Seite der Stadt übriggeblieben war, vom Rest abzuschneiden, denn die ‚Alte Brücke‘ war die einzige von fünf, über der Neretva, die den Krieg gegen die Serben überdauert hatte.

¹⁴⁰ Krech, Hans [Hrsg.](1997): Bewaffnete Konflikte nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes. Der Bürgerkrieg in Bosnien-Herzegowina (1992-1997), Berlin, Köster Verlag, Band 2, 1. Aufl.S.56

¹⁴¹ Petritsch, Wolfgang (2001): Bosnien und Herzegowina 5 Jahre nach Dayton. Hat der Friede eine Chance?, Klagenfurt / Wien/ Ljubljana/ Tuzla/ Sarajewo, Wieser Verlag, 2. Aufl. S.38

In BiH wurde an allen Seiten gekämpft und die Kämpfe nahmen immer gravierendere Ausmaße an, nicht zuletzt wegen der erfolgreichen Propaganda und der einseitigen Berichterstattung, die die Hemmschwelle für Gewaltanwendung abfallen ließen. Die internationalen Akteure arbeiten in der Zwischenzeit an Friedensplänen, die sich als schwierig erwiesen, zumal die Hauptverantwortlichen für den Krieg auch die vorgesehenen Verhandlungspartner waren. Daneben kam es zur Aufstellung der UNPROFOR¹⁴², der internationalen Friedenstruppen, die 10216 Blauhelm-Soldaten umfasste, jedoch kein Mandat zum Eingreifen in die Kampfhandlungen besaß¹⁴³.

Der erste Friedensplan wurde vom Vermittler der Europäischen Gemeinschaft David Owen und dem Unterhändler der Vereinten Nationen Cyrus Vance ausgearbeitet und zur Verhandlung vorgelegt. Der *Vance-Owen-Plan* sah die Bildung von zehn Kantonen vor, begleitet von der weitgehenden Dezentralisierung. Jeweils drei Kantone würden von Serben bzw. Bosniaken dominiert sein, zwei Kantone waren für die Kroaten gedacht und schlussendlich ein gemischter bosnisch-kroatischer Kanton. Der Plan legitimierte die ethnische Teilung BiHs und wurde von den Repräsentanten aller drei Seiten unterzeichnet, jedoch lehnte das Parlament der Serbischen Republik den Plan ab, womit dieser zur Geschichte gehörte.

„Unabhängige, nichtnationalistische Kräfte vor allem in bosniakisch kontrollierten Gebieten, Sozialdemokraten, zentralbosnische Franziskaner, die in vielen Städten aktiven serbischen Bürgerräte, Intellektuelle aus Sarajewo und anderen Teilen der Landes kritisierten den Plan ebenfalls. Ihrer Meinung nach akzeptierte die internationale

¹⁴² United Nations Protection Force

¹⁴³ Vgl. Krech, Hans [Hrsg.](1997): Bewaffnete Konflikte nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes. Der Bürgerkrieg in Bosnien-Herzegowina (1992-1997), Berlin, Köster Verlag, Band 2, 1. Aufl.S.51

*Gemeinschaft mit dem Vance/Owen-Plan die ethnisch definierten Ziele der Kriegstreiber.*¹⁴⁴

Statt auf die Menschen aus den ‚Oasen der Zivilisation‘, wie sie Mary Kaldor genannt hat, zu hören, befolgten die internationalen Vermittler von Anfang an den Weg der Teilung und Spaltung BiHs.

Als der Friedensplan gescheitert ist und die Kämpfe erneut zunahmen, wurden mit der Resolution 824 des UN-Sicherheitsrats die Städte Sarajewo, Tuzla, Zepa, Gorazde, Bihac und Srebrenica zu UN-Schutzzonen erklärt.

Der nächste Friedensplan folgte sehr rasch, diesmal Entworfen von EG-Vermittler Owen und UN-Vermittler Stoltenberg. Der *Owen-Stoltenberg-Plan* sah eine Dreiteilung BiHs vor, bestehend aus drei ethnischen Zonen und einer in Sarajewo angesiedelten Zentralregierung. Das serbische Territorium sollte 51, das bosniakische 32 und das kroatische 17 Prozent umfassen. Erstmals wurde die Verwaltung der Städte Sarajewo und Mostar durch die UNO bzw. EU in Erwägung gezogen. Erstaunlicherweise sollten die drei „Republiken“ auch ein Sezessionsrecht erhalten. Es überrascht nicht, dass die Serben und Kroaten den Vertrag unterzeichnet haben, während die Bosniaken ihn ablehnten. Ähnlich dem vorangegangenen und bereits gescheiterten Vance-Owen-Plan, wäre mit dem Owen-Stoltenberg-Plan eine *„Aufteilung des Staates Bosnien-Herzegowina in drei Staaten“* gesichert und *„die serbischen und kroatischen Eroberungen vertraglich den Eroberern zugesprochen“*¹⁴⁵. Der Erfolg dieses Plans hätte das Ende BiHs

¹⁴⁴ Petritsch, Wolfgang (2001): Bosnien und Herzegowina 5 Jahre nach Dayton. Hat der Friede eine Chance?, Klagenfurt / Wien/ Ljubljana/ Tuzla/ Sarajewo, Wieser Verlag, 2. Aufl.S.39

¹⁴⁵ Krech, Hans [Hrsg.](1997): Bewaffnete Konflikte nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes. Der Bürgerkrieg in Bosnien-Herzegowina (1992-1997), Berlin, Köster Verlag, Band 2, 1. Aufl. S.90

hervorgebracht, seine Ablehnung ermöglichte den weiteren Kampf um die Erhaltung BiH. Krech schildert sogar die amerikanische Sicht, nach der dieser Plan sogar eine Eskalation des Krieges verursacht hat, die sich durch die Intensivierung der Angriffe der Kroaten auf Mostar äußerte, mit dem Ziel der Eroberung der Stadt noch vor dem Friedensschluss¹⁴⁶.

Am 1. März 1994 wurden die Kämpfe zwischen den Kroaten und Bosniaken formal mit der Gründung der ‚Föderation von Bosnien und Herzegowina‘ im Rahmen des Washingtoner Abkommens beendet. In diesem Abkommen ist die Entscheidung für die Errichtung einer EU-Verwaltung in Mostar ebenfalls enthalten:

*„Until the Constitution of the Federation enters into force, the present administrative arrangements will continue in effect everywhere in the Republic of Bosnia and Herzegovina, unless the committee decides otherwise by consensus and except in the Mostar City Municipality, which the two sides agree will be governed by an EU Administrator for up to two years”.*¹⁴⁷

Mit der Schaffung der Föderation wurde die Herceg-Bosna formal aufgelöst, in Wirklichkeit bestand sie ungehindert fort. Dies äußerte sich durch die Verwendung der kroatischen Währung Kuna als Zahlungsmittel, aber auch die kroatischen Gesetze, die in diesem Bereich der Stadt galten.

Im April 1994 wurde die Balkan-Kontaktgruppe aufgestellt, die einen neuen Plan für BiH entwarf. Der *Kontaktgruppenplan* sah eine Zweiteilung BiHs vor, laut welcher 51 Prozent des Gesamtterritoriums an die Föderation und 49

¹⁴⁶ Ebd.S.91

¹⁴⁷ Washingtoner Abkommen. Der Text abzurufen unter:
http://www.usip.org/library/pa/bosnia/washagree_03011994.html#frame. (12.03.2009)

Prozent an die serbische Republik gehen sollten. Kroaten und Bosniaken stimmten dem Plan zu, die Serben lehnten ihn ab, da sie große Teile der von ihnen eroberten Gebiete hätten an die Föderation abtreten müssen.

Trotz dem Scheitern des Kontaktgruppenplans wurde die EUAM¹⁴⁸, mit dem ehemaligen Bremer Bürgermeister Hans Koschnik an der Spitze, ins Leben gerufen. Er trat sein Amt am 23. Juli 1994 an. Die Aufgabe enthielt den Fokus auf die Einleitung des Wiederaufbaus, sowie die Vereinigung der gespaltenen Stadt. Die EU-Administration erzielte zwar die Beendigung der Kämpfe *„...es blieb aber eine unsichtbare Mauer, eine Demarkationslinie bestehen, die zunächst nur wenige überschritten“*.¹⁴⁹

Obwohl sich die Lage in Mostar aus der militärischen Sicht entspannte, verschärfte sich die Lage im Rest BiHs. Der Höhepunkt des Krieges wurde im Juli 1995 erreicht, als die UN-Schutzzonen Srebrenica und Zepa von Serben erobert wurden. Die Eroberungen an sich waren nicht schockierend, zumal diese Ortschaften bereits seit langem umzingelt waren. Die Tatsache, dass die Blauhelmsoldaten, die von der UNO selbst proklamierten Schutzzonen, nicht verteidigten, sorgte für Aufsehen, da es insbesondere in Srebrenica zu Massenhinrichtungen, -vergewaltigungen, Folterungen und Vertreibungen kam. Noch heute werden neue Massengräber entdeckt, in welchen aus Srebrenica verschleppte Menschen ‚entsorgt‘ wurden.

Zur Wende im bosnischen Krieg kam es erst mit der Einschaltung der NATO, nachdem klar wurde, dass die UNO und die EU, nicht fähig waren, die anhaltenden Kriegsverbrechen zu unterbinden. Zuzüglich zum NATO-

¹⁴⁸ Administration der Europäischen Union

¹⁴⁹ Petritsch, Wolfgang (2001): Bosnien und Herzegowina 5 Jahre nach Dayton. Hat der Friede eine Chance?, Klagenfurt / Wien/ Ljubljana/ Tuzla/ Sarajewo, Wieser Verlag, 2. Aufl. S.45

Borbardement der serbischen Stellungen aus der Luft, setzte man eine großangelegte Offensive der bosnisch-kroatische Kräfte ein. Diese Methode führte zur raschen Rückeroberung der von Serben besetzten Gebiete. Die neuen militärischen Erfolge schufen neuen Nährboden für Friedensverhandlungen, die im Daytoner Vertrag mündeten.

Der Friedensvertrag von Dayton ist ein spezielles und einzigartiges Konstrukt, das von allen bisher abgeschlossenen Friedensverträgen abweicht und nur in BiH existiert. Aus diesem Grund wird er im Nachfolgenden näher unter die Lupe genommen.

5.2.1. Der Friedensvertrag von Dayton

Der Friedensvertrag von Dayton – *The General Framework Agreement for Peace in Bosnia and Herzegovina (GFAP)* – genannt nach dem Ort, in welchem die Verhandlungen stattfanden, wurde in Paris, am 14. Dezember 1995, von den Präsidenten Izetbegovic, Tudjman und Milosevic unterzeichnet. Dieser Friedensvertrag brachte neben der endgültigen Entscheidung über die Einstellung der bewaffneten Konfliktaustragung auch die Schaffung einer neuen demokratischen Staatsordnung. BiH wird einer einjährigen UNO-Übergangsverwaltung unterstellt, mit dem Ziel der Entmilitarisierung, der Schaffung vertrauensbildender Maßnahmen, der Flüchtlingsrückführung und der Aufstellung lokaler Polizeikräfte. Darüber hinaus enthält der Vertrag auch zahlreiche Bestimmungen der Aufgaben und Kompetenzen internationaler Akteure, auf die im Nachfolgenden näher eingegangen wird.

Verfassungsrechtlich¹⁵⁰ gilt BiH von nun an als ein einheitlicher souveräner Staat, der aus drei Teilen besteht: der kroatisch-bosniakischen Föderation mit 51% des Territoriums, der Serbischen Republik mit 49% der Gesamtfläche und des Brcko-Distrikts. (siehe Abbildung 1, nächste Seite)

Die Zentralregierung mit dem dreiköpfigen Staatspräsidium, das nach dem allzu bekannten ethnischen Rotationsprinzip organisiert ist, verfügt nur über die Bereiche Außenpolitik, Repräsentation BiHs nach Außen, Staatsbürgerfragen, Außenhandel ua. Die Entitäten – Föderation und Serbische Republik – hingegen agieren autonom und haben eigene Verfassungen. Sie entscheiden sowohl über die Entitätsbürgerschaftsfragen, Verteidigung, Finanzen, als auch die Wirtschaftsfragen usw.

„Alle Kompetenzen, die nicht ausdrücklich den Bundesgewalten zugewiesen sind, werden von den Teilstaaten wahrgenommen...“¹⁵¹

Neben den zwei Entitäten besitzen auch die zehn Kantone, in welche die Föderation geteilt ist (siehe Abbildung 2), eigene Verfassungen und entscheiden über die Ressorts Gesundheitspolitik, Bildungswesen, Menschenrechte usw.

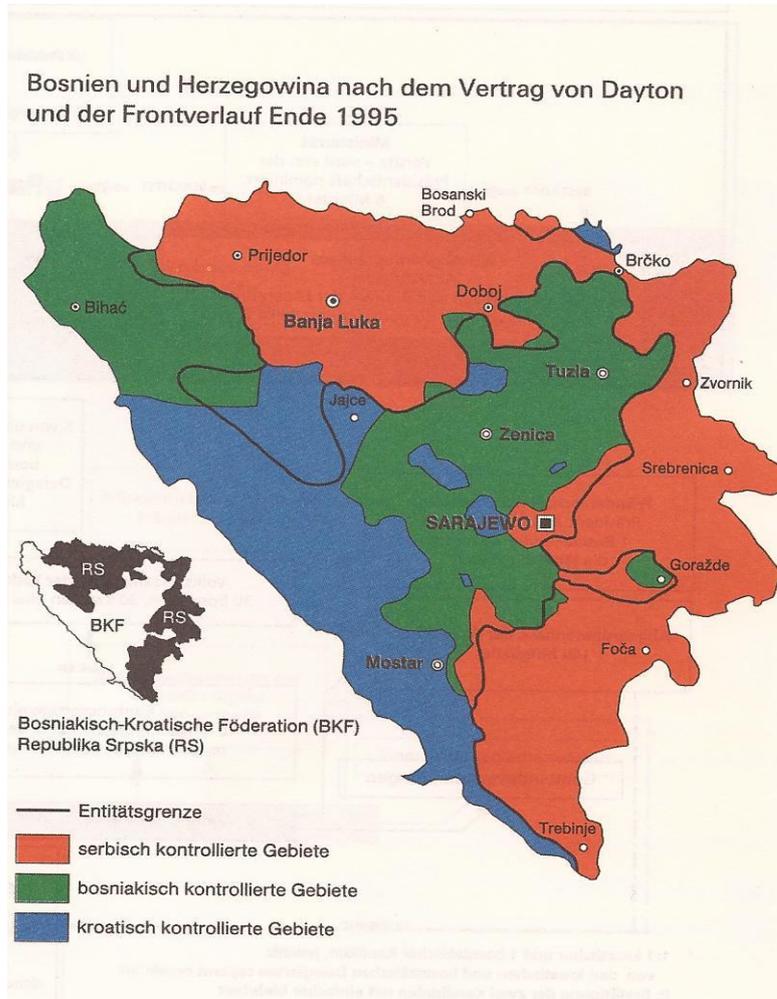
Die Kommunen bilden die kleinsten Verwaltungseinheiten in der Föderation. Wie man sieht ist die Zentralregierung in BiH sehr schwach, da Macht und

¹⁵⁰ Die Verfassung BiHs ist im Annex 4 des Daytoner Friedensvertrags enthalten; Der Text zu finden unter: http://www.usip.org/files/file/resources/collections/peace_agreements/dayton.pdf (12.03.2009)

¹⁵¹ Calic, Marie-Janine (1996): Krieg und Frieden in Bosnien-Herzegovina, Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag S.253

Einfluss, in den Händen der kleineren Staatseinheiten, den Entitäten und Kantonen liegen:

Abbildung 1: Karte BiHS nach dem Daytoner Friedensvertrag

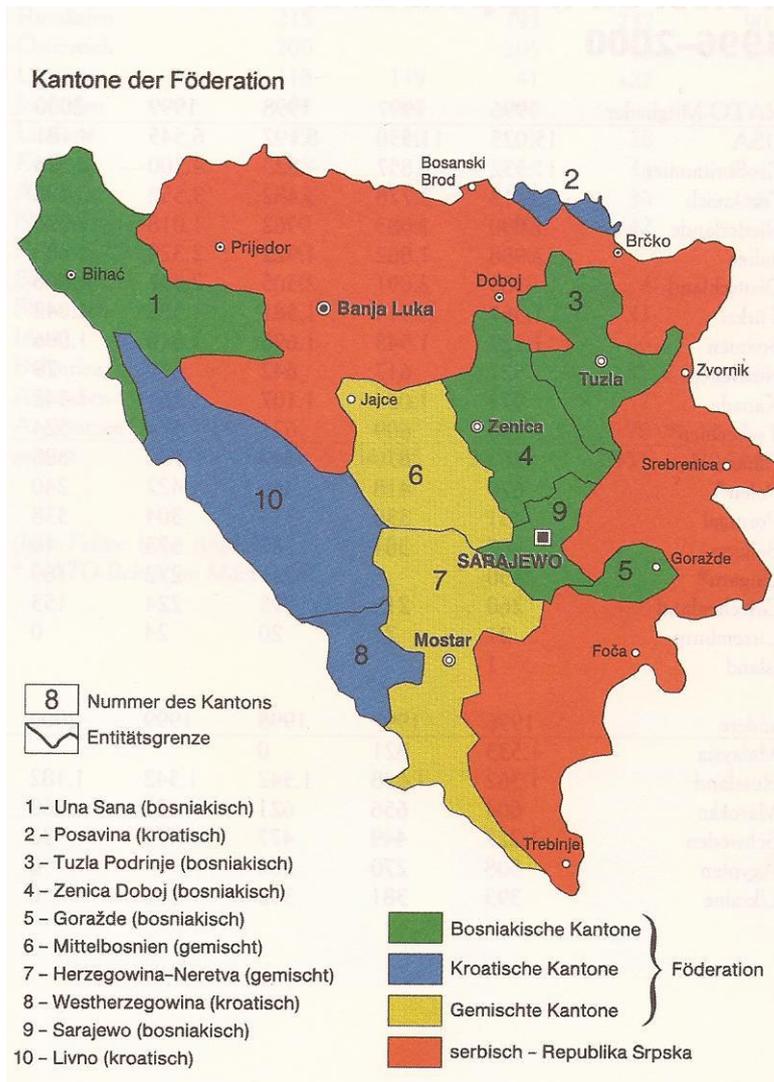


Quelle: Petritsch Wolfgang 2001, Tafel VI

„In Bosnien-Herzegowina steht die Machtpyramide dergestalt auf dem Kopf, daß zentrale Staatsorgane keine Macht haben, regionale einige und kantonale Organe fast alle Macht“¹⁵².

¹⁵² Oshlies, Wolf (2004): Das politische System Bosnien-Herzegowinas, in Ismayr, Wolfgang [Hrsg.] Die politischen Systeme Osteuropas, Opladen, Leske + Budrich, 2. Aufl. S.740

Abbildung 2: Die Kantone der Föderation



Quelle: Petritsch Wolfgang 2001, Tafel XI

Die höchste Entscheidungsinstanz hält der Hohe Repräsentant - HR - inne. Diese Funktion und das entsprechende Amt – OHR¹⁵³ - wurden mit dem Daytoner Friedensabkommen geschaffen. Der HR wird vom PIC¹⁵⁴ mit der

¹⁵³ Office of the High Representative

¹⁵⁴ Peace Implementation Council; wurde später durch die „Internationale Konferenz über das Ehemalige Jugoslawien“ abgelöst. Nähere Details zum PIC bei Scott, Giovanni (2004): Friedensbildung in Mostar. Die Rolle der internationalen NRO. Berlin, freie Universität, Diss. 2002. Konflikttransformation. Berghof Forschungszentrum für konstruktive Konfliktbearbeitung [Hrsg.], Münster, Lit Verlag, Band 4. S. 75

Zustimmung des Sicherheitsrats der UN ernannt. Er agiert im Dienste der Internationalen Gemeinschaft, mit dem Ziel der Erleichterung der Umsetzung an ihn gestellter Aufgaben. Im Annex 10, dem *Agreement on Civilian Implementation*, sind das Mandat und die umfassenden Aufgaben des HR enthalten.

Die Aktivitäten des HR umfassen die Aufgaben der Überwachung der Implementierung des Friedensprozesses, Rekonstruktion der Infrastruktur, Kontrolle der Einhaltung der Menschenrechte, darüber hinaus des Aufbaus neuer politischer Institutionen, der Ankurbelung der Zusammenarbeit zwischen den politischen Parteien, sowie der Abhaltung von freien und fairen Wahlen (in Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen). Neben diesen Verpflichtungen ist der HR auch angehalten die Koordinierung zwischen den verschiedenen an der zivilen Implementierung Beteiligten Organisationen, Agenturen und anderen Akteuren zu übernehmen. Außerdem muss er regelmäßig Berichte der UN und EU, den USA, der Russischen Föderation ua., vorlegen.

Da wohl von den Parteien die größte Gefahr einer Blockade des Friedensprozesses, wie schon in der Vergangenheit erlebt, ausgeht, muss der HR die Kommunikation am Laufen halten, um so eine Einigung erzielen zu können.

Der zweitwichtigste Akteur bei der zivilen Implementierung des Friedensvertrags von Dayton ist die OSZE¹⁵⁵. Ihre Aufgaben beinhaltet der Annex 3 – *Agreement on Elections*. Wie der Name des Annexes schon sagt, ist die OSZE hauptsächlich mit der Regulierung und Kontrolle der Wahlen beauftragt. Die OSZE wird angehalten *“to supervise, in a manner to be determined by the OSCE and in cooperation with other international*

¹⁵⁵ Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

organizations the OSCE deems necessary, the preparation and conduct of elections".¹⁵⁶ Hierzu zählt auch die Erstellung des Entwurfs des Wahlprogramms, womit die OSZE die höchste Entscheidungsbefugnis, die Wahlen betreffend, erhielt. Sie ist vor allem mit überwachenden Aufgaben betraut. Neben der oben genannten Aufgabe soll sie ebenfalls zur Entfaltung von vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen beitragen (Artikel II, Annex 1B).

Das Daytoner Friedensabkommen räumt den internationalen Organisationen enorme Befugnisse ein. Als Konsequenz dessen wird den lokalen Akteuren, durch die Macht des HR, die Verantwortung aus den Händen gerissen. Die Festschreibung der ethnischen Teilung führt zwangsläufig zu regelmäßigen Blockaden, was wiederum das Einschreiten des HR verlangt. Somit entsteht ein ‚Teufelskreis‘ aus Unfähigkeit der Kompromissfindung und den Versuchen diese zu beseitigen.

¹⁵⁶ http://www.usip.org/library/pa/bosnia/dayton_annex11.html

6. European Union Administration of Mostar (EUAM)

In diesem Kapitel wird die Arbeit der EUAM unter der Führung von Hans Koschnik näher betrachtet. Zu diesem Zweck wird zunächst auf die damals vorherrschende Situation in Mostar eingegangen. Danach werden die Mission der EUAM, insbesondere ihre Legitimation, Ziele und Aufgaben während dieser Periode analysiert. Schließlich wird der Wiederaufbauprozess in Mostar während dieser Periode unter die Lupe genommen.,

6.1. Mostar nach der formellen Kampfbeendigung

Mostar war vor dem Krieg eine moderne, multikulturelle Stadt in welcher Menschen verschiedener Religionszugehörigkeiten in Frieden miteinander lebten.

“The architectural manuscript of Mostar expresses an encounter of civilizations, into which the roads from the west and the east, from the north and the south were flowing. Islam and Christianity met here, achieving harmony without imposing it...”¹⁵⁷

In der Gemeinde Mostar und dem Stadtbezirk lebten 126.628 Menschen, während die Stadt selbst 75.865 Einwohner beheimatete. Von den 75.865 Einwohnern waren 34,18% Muslime, 28,73% Kroaten, 18,64% Serben,

¹⁵⁷ Šego Krešimir zit.nach Yarwood, John (1999): Rebuilding Mostar – urban reconstruction in a war zone, Liverpool, Liverpool univ. Press, 1. Publ. S. 3

15,23% Jugoslawen und 3,22% andere.¹⁵⁸ Zwei Gemeinden, Zahum und Donja Mahala, waren überwiegend kroatisch bzw. bosniakisch, während die restlichen eine bunte Mischung verschiedener Ethnizitäten aufwiesen.¹⁵⁹ Von großer Toleranz unter den drei großen Volksgruppen zeugte auch die hohe Anzahl der ‚Mischehen‘, nämlich ein Drittel aller geschlossenen Ehen¹⁶⁰, 16% aller bosnischen Kinder kamen aus solchen Beziehungen.¹⁶¹

Im Gegensatz zur großen Toleranz und Vielfalt in den Städten, herrschte auf dem Land das Festhalten an der eigenen Ethnizität, sowie Vorurteile gegenüber Angehörigen anderer Ethnien.¹⁶²

Für Mostar war der Kriegsausbruch vergleichbar mit einem tödlichen Schuss, insbesondere derjenige zwischen Bosniaken und Kroaten, nicht nur wegen der systematischen Zerstörung der Infrastruktur¹⁶³, sondern auch wegen den großen Veränderungen der Bevölkerungsstruktur.

¹⁵⁸ Die Daten gelten für das Jahr 1991 und stammen aus Preuss, Andrijana (2004): Friedenaufbau durch internationale Polizeieinsätze in ethnonationalen Konflikten Bosnien-Herzegowinas am Beispiel der WEU-Polizei in Mostar. Studien zu Konflikt und Kooperation im Osten. Band 11. Egbert Jahn (Hg.) Münster, LIT Verl. S. 44

¹⁵⁹ Vgl. Yarwood, John (1999): Rebuilding Mostar – urban reconstruction in a war zone, Liverpool, Liverpool univ. Press, 1. Publ. S.3

¹⁶⁰ Ebd. Jens Schneider spricht in Anlehnung an Bürger Mostars sogar in diesem Kontext von „zwei Drittel aller jungen Ehen“. Schneider in Koschnick, Hans[u.a.](1995): Brücke über die Neretva. Der Wiederaufbau von Mostar. München, dtv Verlag S.12

¹⁶¹ Vgl. Calic, Marie-Janine (1996): Krieg und Frieden in Bosnien-Herzegovina, Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag S.45

¹⁶² Preuss, Andrijana (2004): Friedenaufbau durch internationale Polizeieinsätze in ethnonationalen Konflikten Bosnien-Herzegowinas am Beispiel der WEU-Polizei in Mostar. Studien zu Konflikt und Kooperation im Osten. Band 11. Egbert Jahn (Hg.) Münster, LIT Verl., S. 45

¹⁶³ 60% der Gebäude waren nach der formellen Beendigung der Kämpfe angeschlagen und 50% zerstört. Koschnick in Filipovic, Zoran / Koschnick, Hans (1995): Entseeltes Land - über Bosnien, Kulturzerstörung und unsere Zukunft , Freiburg im Br / Wien (u.a.), Herder Verlag, S. 10

Sowohl in den westlichen (kroatisch dominiert), als auch östlichen (bosniakisch dominiert) Stadtteil strömten Tausende von Vertriebenen aus ganz Bosnien.

“...Thousands of shells were fired into this harmony from all kinds of weapons, a knife cut into it ... with one single aim of exterminating the Croatian and Moslem being.”¹⁶⁴

Besonders extrem war die Situation im Ostteil der Stadt, wo die Einwohnerzahl im Laufe des Konflikts auf das doppelte anwuchs.¹⁶⁵ Auf beiden Seiten verringerte sich die Anzahl der Serben und Angehöriger anderer Ethnien extrem, die entweder aus der Stadt flüchteten oder Opfer von Vertreibungen wurden.¹⁶⁶ Die Teilung der Stadt wurde zu einem reinen bosniakisch-kroatischen Thema.

“The level of physical destruction and ethnic segregation in Mostar made the city stand out as a rather unique and specific case”.¹⁶⁷

Eine moderne und multiethnische Stadt wurde zu einer riesigen Ruine, bestehend aus zwei scharf voneinander getrennten, nach dem ethnischen Prinzip organisierten Einheiten, in welchen kein Raum für Diskussionen blieb. Die ethnische Reinheit wurde mit Hilfe der Vertreibung, Ermordung, Verschleppung erzielt, kurz gesagt durch *ethnische Säuberungen* auf beiden

¹⁶⁴ Šego Krešimir zit.nach Yarwood, John (1999): Rebuilding Mostar – urban reconstruction in a war zone, Liverpool, Liverpool univ. Press, 1. Publ. S. 3

¹⁶⁵ Ebd. S. 4

¹⁶⁶ In den von Kroaten verwalteten Gemeinden von 15,5 bzw. 13,3% im Jahr 1991 auf 3,5 bzw. 1,4% im Jahr 1997. In den von Bosniaken Verwalteten Gemeinden von 18,9 bzw. 8,3% im Jahr 1991 auf 1,1 bzw. 0,4% im Jahr 1997. Die Daten sind erhältlich unter: <http://www.bbs.bund.de/mostar/bevoelkerung.htm> 25.11.2009.

¹⁶⁷ Bjelakovic/Strazzari zit.nach Preuss, Andrijana (2004): Friedensaufbau durch internationale Polizeieinsätze in ethnonationalen Konflikten Bosnien-Herzegowinas am Beispiel der WEU-Polizei in Mostar. Studien zu Konflikt und Kooperation im Osten. Band 11. Egbert Jahn (Hg.) Münster, LIT Verl. S.58

Seiten, wobei das Ausmaß der Vertreibungen der Kroaten aus bosniakischen Gebieten viel geringer ausfiel als umgekehrt.¹⁶⁸

Gleichzeitig war Mostar zu einem Paradies für Verbrecher geworden. Während die Menschen auf beiden Seiten mittels Propaganda gegeneinander aufgehetzt wurden, blühten der Schwarzhandel und die Schmuggelgeschäfte. *“The Mafiosi on all sides have always cooperated with each other in secret, whilst publicly mouthing nationalist sentiments. Money is a great unifier, and unity will come when the profit margin justifies it.”*¹⁶⁹ Während also Mostar in der Anarchie versank, kämpften die kriminellen Banden für die Erhaltung ihrer Geschäfte. Für die Bürger Mostars bedeutete diese Tatsache die Verdoppelung der Gefahr und Unsicherheit, zumal keine Hoffnung auf Besserung bestand.

*„Wenn so lange Zeit Krieg herrscht wie hier und dabei die staatliche Ordnungsmacht zerfallen ist, also niemand mehr da ist, der für die Einhaltung von Recht sorgt, entwickeln sich allmählich Verhältnisse, in denen es zwar den meisten sehr schlecht, einigen mit krimineller Energie aber sehr gut geht.“*¹⁷⁰

Die Verdoppelung hielt bei der Gefahr nicht an, es entstanden in der ganzen Stadt Parallelstrukturen: zwei Stadthälften mit jeweils eigenen dominierenden Ethnien, zwei Armeen und Polizeien, zwei Bürgermeister, zwei voneinander getrennte Rechtsprechungen usw.. Die ethnische Teilung verlief von der

¹⁶⁸ Vgl. Lovrenovic zit.nach Preuss, Andrijana (2004): Friedensaufbau durch internationale Polizeieinsätze in ethnonationalen Konflikten Bosnien-Herzegowinas am Beispiel der WEU-Polizei in Mostar. Studien zu Konflikt und Kooperation im Osten. Band 11. Egbert Jahn (Hg.) Münster, LIT Verl.S.52f.

¹⁶⁹ Yarwood, John (1999): Rebuilding Mostar – urban reconstruction in a war zone, Liverpool, Liverpool univ. Press, 1. Publ. S.5

¹⁷⁰ Koschnick, Hans[u.a.](1995): Brücke über die Neretva. Der Wiederaufbau von Mostar. München, dtv Verlag S.88

obersten politischen Staatsebene bis in die meisten Haushalte BiHs, nicht nur Mostars.

6.2. Das Memorandum of Understanding¹⁷¹ – Mandat, Ziele und Aufgaben der EUAM

Das *Memorandum of Understanding* (MoU) wurde am 05. Juli 1994 von Seiten der Mitgliedstaaten der EU, WEU, den Bürgermeistern Ost- und Westmostars Safet Orucevic und Mijo Brajkovic, dem Präsidenten BiHs Alija Izetbegovic, dem Vertreter der FBiH Haris Silajdzic und dem Vertreter der bosnischen Kroaten Jadranko Prlic, unterzeichnet. Es war das wichtigste Dokument, nach dem Washingtoner Abkommen, die Zukunft der Stadt betreffend. Resultierend aus der Unfähigkeit lokaler Politiker sich über wichtige Fragen zu einigen führte es zur internationalen Administration der Stadt, die einen völlig neuen Schritt in der Geschichte des internationalen Friedensaufbaus darstellte.

*„With the European Administration in Mostar a new, post-Cold War, international agenda for peace-building was put into practice. This extended the sphere of international involvement in post-conflict situations from keeping warring sides apart to taking the lead in developing long-term political solutions in a multi-ethnic environment”.*¹⁷²

¹⁷¹ Im Bosnischen: Konačni nacrt – Sporazum o upravljanju Mostarom od strane Evropske Unije

¹⁷² Reichel, Sarah (2000): Transitional Administrations in former Yugoslavia : A repetition of failures or a necessary learning process towards a universal peace building tool after ethno-political war? S.1. Als HTML-Dokument abrufbar unter: http://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2009/1937/pdf/p00_305.pdf. (18.04.2011); Vgl. „Es geht bei

Die Idee hinter der EUAM war nicht die Verwaltung der Stadt zu übernehmen, sondern gemeinsam mit lokalen Stadtverwaltungen des West- und Ostmostar eine Einigung und Verbesserung zu erzielen.¹⁷³

Hans Koschnick, ehemaliger Bürgermeister von Bremen, wurde vom Europäischen Rat am 18. April 1994 zum Administrator ernannt. Sein Amt trat er am 23. Juli 1994 an und stellte sich somit der schweren Aufgabe der Vereinigung Mostars.

Das MoU enthält folgende *Ziele*: Dauerhafte Lösung der Frage der einheitlichen, unabhängigen und multiethnischen Stadtverwaltung; Abhaltung demokratischer Wahlen bereits vor dem Auslaufen des EU Mandats; Schaffung normaler Lebensumstände für alle Bürger Mostars; Instandsetzung der Infrastruktur; Sicherstellen des Menschenrechtsschutzes; Schaffung von Möglichkeiten für die Rückkehr der Vertriebenen; Unterstützung bei der Beschaffung der humanitären Hilfe, der Vorbereitung und Verwirklichung von Programmen zur Wirtschaftsrekonstruktion, der Wahrung der öffentlichen Ordnung, der Instandsetzung aller öffentlichen Funktionen in der Stadt, sowie der Sicherung nationaler, religiöser und kultureller Identität aller Menschen auf dem Gebiet unter der EU Verwaltung im Sinne der Verfassung der Föderation BiH.¹⁷⁴

diesem Projekt in Mostar um den Versuch einer neuen, anderen Form von Sicherheitspolitik.“
Koschnick, Hans[u.a.](1995): Brücke über die Neretva. Der Wiederaufbau von Mostar. München, dtv Verlag S.33

¹⁷³ Yarwood bezeichnet die EUAM als Administration „over“ und nicht „of“ Mostar, mit Betonung auf das Weiterbestehen der lokalen bosniakischen und kroatischen Stadtverwaltungen. Yarwood, John (1999): Rebuilding Mostar – urban reconstruction in a war zone, Liverpool, Liverpool univ. Press, 1. Publ. S.23

¹⁷⁴ Vgl. MoU, Artikel 2. Siehe Anhang

Das oberste Ziel und somit auch die wichtigste Aufgabe der EUAM war die *Findung einer dauerhaften Lösung für die Verwaltung der Stadt Mostar*, welche die Erfüllung anderer Ziele ermöglichen und erleichtern sollten.

Die Mission der EUAM sollte maximal zwei Jahre dauern und konnte jederzeit auf Beschluss des Europäischen Rats beendet werden.¹⁷⁵ Neben der zeitlichen Begrenzung wurde das Einflussgebiet der EUAM ebenfalls festgeschrieben, nämlich auf das Gebiet des Gemeindebezirks Mostar.¹⁷⁶

Der Administrator sollte in Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren handeln, die sich mit der Unterzeichnung des MoU zur Unterstützung offiziell verpflichtet hatten.¹⁷⁷

Die ungewöhnliche Übernahme der Verwaltung einer Stadt, anstelle der reinen finanziellen und fachlichen Unterstützung beruhte auf der Tatsache, dass der Erfolg der EUAM als Voraussetzung für den Erfolg dieser Form von Politik für ganz BiH gesehen wurde.

“(...)Mostar sollte zum Modellfall werden für die Entwicklung in ganz Bosnien-Herzegowina nach Abschluß eines Friedensvertrages.”¹⁷⁸

Alles, was in Mostar geschah war von dreifacher Bedeutung: für die Stadt Mostar war es die einzige Chance zu überleben, für ganz BiH ein Experiment

¹⁷⁵ Ebd., Artikel 4.

¹⁷⁶ Ebd., Artikel 5.1.

¹⁷⁷ Vgl.Ebd. Artikel 3.

¹⁷⁸ Müller zit.nach Preuss, Andrijana (2004): Friedensaufbau durch internationale Polizeieinsätze in ethnokonationalen Konflikten Bosnien-Herzegowinas am Beispiel der WEU-Polizei in Mostar. Studien zu Konflikt und Kooperation im Osten. Band 11. Egbert Jahn (Hg.) Münster, LIT Verl. S.65

dessen Erfolg Aussichten auf die Umsetzung auf gesamtstaatlicher Ebene bot und letztendlich für die EU die perfekte Gelegenheit eine neue Form gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik zu testen.

6.3. Die Struktur der EUAM

Die oberste Autorität in der Stadt war der Administrator, der sowohl die Leitung der EUAM übernahm, als auch die Verwaltung Mostars. Laut Artikel 7 des MoU sollte er alle zur Erfüllung der Ziele notwendigen Befugnisse erhalten, die er unter Berücksichtigung der Wünsche und Meinungen lokaler Akteure und Bürger Mostars anzuwenden hatte. Artikel 7 unterstellt den Administrator direktem Befehl des Europäischen Rates, dem er regelmäßig Bericht erstatten muss, und schreibt die enge Zusammenarbeit mit der Regierung BiHs, der FBiH und anderen internationalen Organisationen, vor.

Ein internationales Expertenteam, sowie ein Beirat bestehend aus lokalen Beratern arbeiteten eng mit dem Administrator zusammen, um möglichst schnelle und effiziente Ergebnisse liefern zu können.

Die Mitgliedsstaaten wählten je einen Experten für die Besetzung der freien Stellen im Rahmen der EUAM selbst, diese wiederum wurden dann vom Europäischen Rat bestätigt. Der Administrator hatte überhaupt keinen Einfluss auf die Zusammensetzung seines Teams.

Dieser Tatsache zum Trotz kam ein gut funktionierendes Team zusammen.¹⁷⁹

Der lokale Beirat setzte sich aus jeweils fünf Vertretern der Bosniaken und Kroaten, sowie fünf weiteren Vertretern anderer Ethnien von welchen mindestens drei der Letzteren serbische Vertreter waren. Der Beirat kam wöchentlich zusammen.¹⁸⁰ Nach Absprache mit dem Beirat und nach Einsicht der Verfassung (Kapitel IX, Artikel 10) war der Administrator befugt verschiedene und zusätzliche Vorschriften zu verabschieden, wenn er diese als notwendig für das Funktionieren der Stadtverwaltung erachtete.¹⁸¹

Für die EUAM arbeiteten ebenfalls verschiedene Berater für folgende Bereiche: Presse, Flüchtlinge, humanitäre Fragen, Rechtsfragen, Diplomatie und Militärfragen. Die interne Verwaltung beherbergte außerdem die Leiter der Bereiche Personal, Logistik und Transport.¹⁸²

Die EUAM bestand aus sieben Abteilungen, verteilt nach Fachgebieten: Stadtverwaltung; Finanzen und Steuern; Wiederaufbau; Wirtschaftsinfrastruktur und Transport; Bildung und Kultur; Öffentliche

¹⁷⁹ Vgl. Amtsblatt der Europäischen Union (1996): Absatz 46 und 54 aus Preuss, Andrijana (2004): Friedensaufbau durch internationale Polizeieinsätze in ethnonationalen Konflikten Bosnien-Herzegowinas am Beispiel der WEU-Polizei in Mostar. Studien zu Konflikt und Kooperation im Osten. Band 11. Egbert Jahn (Hg.) Münster, LIT Verl. S.69

¹⁸⁰ Vgl. Reichel, Sarah (2000): Transitional Administrations in former Yugoslavia : A repetition of failures or a necessary learning process towards a universal peace building tool after ethno-political war? S.15Als HTML-Dokument abrufbar unter: http://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2009/1937/pdf/p00_305.pdf. 18.04.2011

¹⁸¹ Vgl. MoU, Artikel 10 Absatz 3

¹⁸² Yarwood, John (1999): Rebuilding Mostar – urban reconstruction in a war zone, Liverpool, Liverpool univ. Press, 1. Publ. S.19.

Ordnung und Gesundheits- und Sozialwesen. An der Spitze jeder Abteilung stand ein EU Beamter und je nach Bedarf ein bis zwei Bürger aus Mostar. Der Administrator hatte die Möglichkeit die Struktur der Organisation und die Aufgabenverteilung nach Absprache mit dem Ministerrat der EU jederzeit zu verändern.¹⁸³

Die einzelnen Abteilungen arbeiteten selbstständig ohne feste Administrationsstrukturen. Entscheidungen wurden ad hoc getroffen, jedoch wurde dem Administrator regelmäßig Bericht über neueste Entwicklungen erstattet.¹⁸⁴

Die EUAM beschäftigte Anfangs 39 Mitarbeiter aus 12 Mitgliedsstaaten der EU, Schweden, Österreich und der Schweiz. Mit der Zeit erhöhte sich diese Zahl auf 70. Hinzu kamen 6 Mitarbeiter von der European Community Monitoring Mission (ECMM), 300 lokale Angestellte. und 182 Angehörige des WEU Polizeikontingents.¹⁸⁵

Auch mit der United Nations Protection Force (UNPROFOR) arbeitete der Administrator zusammen, hatte jedoch keinen Einfluss auf ihre Tätigkeit. Die Zusammenarbeit hing vom Willen des jeweiligen Kommandeurs ab.¹⁸⁶

Das Budget der EUAM betrug für die Jahre 1994,1995 und 1996 insgesamt 144 Millionen Euro, die hauptsächlich aus dem EU Gesamtbudget kamen.

¹⁸³ Vgl. MoU, Artikel 9

¹⁸⁴ Yarwood, John (1999): Rebuilding Mostar – urban reconstruction in a war zone, Liverpool, Liverpool univ. Press, 1. Publ. S.19f.

¹⁸⁵ Vgl. Reichel, Sarah (2000): Transitional Administrations in former Yugoslavia : A repetition of failures or a necessary learning process towards a universal peace building tool after ethno-political war? S.14. Als HTML-Dokument abrufbar unter:
http://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2009/1937/pdf/p00_305.pdf. (18.04.2011)

¹⁸⁶ Ebd.S.15

Weitere 35 Millionen machten indirekte Kosten aus. Verteilt auf die Einwohner der Stadt bedeutete das Kosten in der Höhe von 2400 bzw. 2985 Euro pro Person.¹⁸⁷

6.4. Der Wiederaufbauprozess in Mostar

Der Wiederaufbauprozess in Mostar stand von Anfang an unter dem Schatten der gegensätzlichen Interessen ehemaliger Konfliktparteien, der Kroaten und Bosniaken. Wie unterschiedlich ihre Einstellungen zur EUAM waren wird aus den nachfolgenden Zitaten des Bürgermeisters von Ostmostar Safet Oručević und dem zweiten Mann in der Verwaltung von Westmostar Mile Puljić ersichtlich:

*„Wir haben für die einheitliche, multiethnische Stadt Mostar gekämpft. Dafür sind unsere Menschen gestorben. Wir betrachten die EU-Mission als Schritt in diese Richtung. Deshalb werden wir sie unterstützen.“*¹⁸⁸

*„Der Westen der Stadt ist der kroatische Korpus. Das darf uns niemand wegnehmen. Wir haben mit den anderen nie zusammengelebt, und jetzt besteht eine psychologische Mauer zwischen beiden Seiten.“*¹⁸⁹

¹⁸⁷ Vgl. Reichel, Sarah (2000): Transitional Administrations in former Yugoslavia : A repetition of failures or a necessary learning process towards a universal peace building tool after ethno-political war? S.17 Als HTML-Dokument abrufbar unter: http://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2009/1937/pdf/p00_305.pdf. 18.04.2011 und Preuss, Andrijana (2004): Friedensaufbau durch internationale Polizeieinsätze in ethnonationalen Konflikten Bosnien-Herzegowinas am Beispiel der WEU-Polizei in Mostar. Studien zu Konflikt und Kooperation im Osten. Band 11. Egbert Jahn (Hg.) Münster, LIT Verl. S.69 beruhend auf Informationen des Amtsblatt der Europäischen Union (1996), Absatz 31-34

¹⁸⁸ Safet Oručević zit. Nach Koschnick, Hans[u.a.](1995): Brücke über die Neretva. Der Wiederaufbau von Mostar. München, dtv Verlag S.85

Die zwei von Grund auf unterschiedlichen Meinungen sollten die Entwicklungen in Mostar sowohl während der EUAM als auch in der nachfolgenden Zeit prägen.

6.4.1. Der physikalische Wiederaufbau

Hans Koschnick versuchte bei allen diskutierten Fragen einen Konsens zwischen den verfeindeten Gegnern zu finden. So musste er vor der Eröffnung der provisorischen ehemaligen Tito-Brücke, die zwei bosniakische Teile der Stadt verband, den Kroaten den Bau der Potoci-Brücke, die zwei kroatische Gebiete verbinden sollte, versprechen, damit die Eröffnung stattfinden konnte. Einerseits war allgemein bekannt, dass der bosniakische Teil mehr Zerstörungen erlitten hatte und somit mehr Unterstützung benötigte, andererseits forderten die Kroaten eine gleichmäßige Aufteilung der Mittel, welcher Koschnick zustimmen musste damit der Anschein der Bevorzugung der einen Partei vor der anderen gemieden bleibt.¹⁹⁰ Diese Vorgehensweise führte dazu, dass 40% der zur Verfügung stehenden Mittel in den kroatischen Teil der Stadt investiert wurden, obwohl dieser zu weitaus niedrigerem Ausmaß beschädigt war als der bosniakische.¹⁹¹

3500 leicht beschädigte *Häusern* in beiden Stadtteilen konnten renoviert werden und 2000 *Wohnungen* in Ostmostar sollten bis Ende 1995 mit

¹⁸⁹ Mile Puljić zit. Nach ebd.S. 86

¹⁹⁰ Vgl. Koschnick, Hans[u.a.](1995): Brücke über die Neretva. Der Wiederaufbau von Mostar. München, dtv Verlag S. 89f.

¹⁹¹ Scotto, Giovanni (2004): Friedensbildung in Mostar. Die Rolle der internationalen NRO. Berlin, freie Universität, Diss. 2002. Konflikttransformation. Berghof Forschungszentrum für konstruktive Konfliktbearbeitung [Hrsg.], Münster, Lit Verlag, Band 4. S.115

Fensterglas ausgestattet werden. Im März 1995 verfügten alle Bezirke über Wasser und bereits im November 1994 über Strom.¹⁹²

Zwölf *Grundschulen* und drei *Kindergärten* sowie diverse historische Gebäude wurden wiederaufgebaut.¹⁹³

Telekommunikationsnetze wurden wieder instandgesetzt aber die Gründung der gemeinsamen Post und Telekommunikationsorganisation wurde bis Ende 1995¹⁹⁴ bzw.nie verwirklicht.

Öffentliche Transportmittel und –unternehmen wurden ebenfalls in Betrieb genommen, jedoch verbanden sie nicht die beiden Stadtteile miteinander. Sie bleiben ethnisch geteilt und boten ihre Services nur auf den jeweils eigenen Gebieten an dh. Die Busse der Verkehrsbetriebe des Ostteils fuhren nur im Ostteil der Stadt und die des Westteils nur im Westteil.¹⁹⁵

Alle diese Maßnahmen trugen zur Normalisierung des alltäglichen Lebens für die Bürger Mostars bei, sie sorgten aber gleichzeitig für die Entstehung größerer Probleme aus politischer Sicht.

Obwohl der Wiederaufbau von öffentlichen und privaten Einrichtungen das Bild der zerstörten Stadt Mostar deutlich verbesserte und sie zum neuen Leben erweckte warf dieses Vorgehen auch einen großen Schatten der ethnischen Teilung auf sie.

¹⁹² Vgl. Special Report No 2/96 concerning the accounts of the Administrator and the European Union Administration, Mostar (EUAM) accompanied by the replies of the Commission and the Administrator of Mostar (96/C 287/01) Punkt 21, 19 und 20. abrufbar unter [http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:31996Y0930%2801%29:EN:HTML\(31.12.2011\)](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:31996Y0930%2801%29:EN:HTML(31.12.2011))

¹⁹³ Vgl.Ebd. Punkt 27

¹⁹⁴ ¹⁹⁴ Vgl.Ebd. Punkt 25

¹⁹⁵ Vgl.Ebd. Punkt 23

„Die EU finanzierte nämlich die Verdoppelung aller öffentlichen Einrichtungen und stellte damit Gelder für die Konsolidierung der Trennung der Stadt bereit.“¹⁹⁶

6.4.2. Die Wiederherstellung der Bewegungsfreiheit

Zum Zwecke der Normalisierung des Lebens für die Mostarer musste für die Bewegungsfreiheit aller Bürger auf dem ganzen Stadtgebiet gesorgt werden. Diese Unternehmung erwies sich als äußerst schwierig, zumal bis zum endgültigen Kriegsende im Jahr 1995 sporadischer Granatenbeschuss auf Mostar von Seiten der bosnischen Serben anhielt. In einer geteilten Stadt wie Mostar war es eine besondere Herausforderung.

Am 29. May 1994 wurde ein Abkommen über die Bewegungsfreiheit unterschrieben, welches eine begrenzte Zahl der Übergänge für Handelsverkehr nach Ostmostar ermöglichte¹⁹⁷. Später durften pro Tag jeweils 250 Personen¹⁹⁸ aus jedem Stadtteil die Demarkationsgrenze

¹⁹⁶ Scotto, Giovanni (2004): Friedensbildung in Mostar. Die Rolle der internationalen NRO. Berlin, freie Universität, Diss. 2002. Konflikttransformation. Berghof Forschungszentrum für konstruktive Konfliktbearbeitung [Hrsg.], Münster, Lit Verlag, Band 4. S.115 Vgl. Auch (...)”the international community and the EU continued to fund separate institutions and projects that supported ethnic separatism.” Reunifying Mostar: Opportunities for Progress, ICG Balkans Report N°90, 19 April 2000.S. 6 Abrufbar unter: http://www.crisisgroup.org/library/documents/report_archive/A400020_19042000.pdf (09.11.2009)

¹⁹⁷ Human Rights Questions: Human Rights Situations and Reports of special Rapporteurs and Representatives. Situation of Human Rights in former Yugoslavia. United Nations General Assembly 49th Session Agenda Item 100 (c) A/49/641/, S/1994/1252 vom 4. Nov.1994 Punkt 77. <http://www.unhchr.ch/Huridocda/Huridoca.nsf/0/bf24564af8a0bcc080256700040dfcd?Opendocument> (30.12.2011)

¹⁹⁸ Zu diesen Personen zählten Frauen, Kinder, und alte Menschen.

überqueren, vorausgesetzt sie hatten die Erlaubnis dazu¹⁹⁹. Die allgemeine Sicherheitslage sorgte jedoch dafür, dass die Anzahl der Bereitwilligen oft nicht erreicht wurde: *„Die Quote wird nicht ausgeschöpft, weil die Bewohner aus dem Osten Angst und die aus dem Westen drüben nichts verloren haben“*²⁰⁰.

Der Kontrollpunkt befand sich an der Stelle des ehemaligen HIT Einkaufszentrums, wo die Passierscheine von Polizisten beider Seiten kontrolliert wurden²⁰¹.

Trotz ihrer Zusagen die Bewegungsfreiheit zu garantieren weigerten sich die bosnischen Kroaten ihre Worte in die Tat umzusetzen:

*„The Herzegovinian Croats have been quickly learning to sign agreements but not to respect them“*²⁰².

Mit dem Madrider Übereinkommen vom 24. Oktober 1995 einigten sich die Parteien die Zahl der Übergänge zu erhöhen und die unbegrenzte Bewegungsfreiheit im Jahr 1996 zu garantieren. Nichts geschah in dieser Hinsicht. Erst nach der Unterzeichnung des Römer Abkommens am 18.

¹⁹⁹ Vgl. . Special Report No 2/96 concerning the accounts of the Administrator and the European Union Administration, Mostar (EUAM) accompanied by the replies of the Commission and the Administrator of Mostar (96/C 287/01) Punkt 21, 19 und 20. abrufbar unter [http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:31996Y0930%2801%29:EN:HTML\(31.12.2011\)](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:31996Y0930%2801%29:EN:HTML(31.12.2011)) Punkt 14

²⁰⁰ Bosnien: Hans Koschnicks Mission in Mostar droht zu scheitern. Geld ja, Versöhnung nein, Norbert Mappes-Niedick, die Zeit , 18. November 1994. <http://www.zeit.de/1994/47/Geld-ja-Versoehnung-nein> (09.11.2009)

²⁰¹ Vgl. Schneider, Jens in . Koschnick, Hans[u.a.](1995): Brücke über die Neretva. Der Wiederaufbau von Mostar. München, dtv Verlag S.82

²⁰² Koschnick zit. Nach Reunifying Mostar: Opportunities for Progress, ICG Balkans Report N°90, 19 April 2000. S 4 http://www.crisisgroup.org/library/documents/report_archive/A400020_19042000.pdf (09.11.2009)

Februar 1996 und seinem Inkrafttreten wurden die Barrikaden von der Demarkationslinie entfernt.²⁰³

Trotz allen diesen Maßnahmen verschlechterte sich die Situation weiter. Bereits am 22. Oktober 1994 verabschiedete der Administrator ein das Dekret die Ausweisungen betreffend:

„ Alle Ausweisungsverfügungen gegen gegenwärtige Bewohner von Häusern und Wohnungen dürfen nicht ausgeführt werden, selbst wenn die Ausweisungen von zuständigen öffentlichen oder militärischen Behörden verfügt wurden.“²⁰⁴

Das Dekret veränderte nicht viel an der Situation, da die Vertreibungen weiter anhielten. Der Administrator hatte keine Möglichkeit dieses Vorgehen zu verhindern. Er stand zu starken Gegnern gegenüber.

„Dekrete helfen mir nur dann etwas, wenn ich auch die Macht habe, sie durchzusetzen.“²⁰⁵

Im Jahr 1996 wurden 76 Fälle der Vertreibungen von Bosniaken aus dem Westteil der Stadt berichtet²⁰⁶. An der Durchführung der geplanten ethnischen Säuberung des Westmostar war die Polizei dieser Seite manchmal direkt beteiligt.²⁰⁷

Insgesamt konnte die EUAM die Schaffung des interethnischen Vertrauens nicht im Rahmen ihrer Mission erfüllen, vielmehr blieben und verschärften sich die Umstände.

²⁰³ Vgl. Preuss, Andrijana (2004): Friedensaufbau durch internationale Polizeieinsätze in ethnonationalen Konflikten Bosnien-Herzegowinas am Beispiel der WEU-Polizei in Mostar. Studien zu Konflikt und Kooperation im Osten. Band 11. Egbert Jahn (Hg.) Münster, LIT Verl. S.98

²⁰⁴ . Koschnick, Hans[u.a.](1995): Brücke über die Neretva. Der Wiederaufbau von Mostar. München, dtv Verlag S. 111

²⁰⁵ Ebd. S.230

²⁰⁶ Vgl. Sir Martin Garrod, Head of Regional Office of OHR zit. nach Reunifying Mostar: Opportunities for Progress, ICG Balkans Report N°90, 19 April 2000. S 18
http://www.crisisgroup.org/library/documents/report_archive/A400020_19042000.pdf (09.11.2009)

²⁰⁷ Ebd.

*„...extremists kept ethnic tension high through the expulsion of non-Croat citizens from west Mostar, through terrorist attacks and violent ethnically motivated acts, and through fear and hate inducing statements in the media...“*²⁰⁸

Nach der Beendigung der EUAM gipfelte die Krise um die Bewegungsfreiheit mit dem Vorfall in der Liska-Straße am 3. Februar 1997, bei dem eine Gruppe von Bosniaken am muslimischen Feiertag Bajram die Gräber besuchen wollte und von Kroaten angegriffen wurde. Ein Bosniake wurde getötet, neunzehn verletzt.²⁰⁹ Video und Fotoaufnahmen hielten Bilder der westmostarer Polizei fest, die in die Menge schießt.²¹⁰

Dieses Inzident wurde von einer Welle von Vertreibungen der Bosniaken aus dem Westen der Stadt begleitet, andere wurden von der Rückkehr in ihre Häuser im Westen abgehalten, während die Wohnung eines Kroaten im Osten der Stadt von Vertriebenen Bosniaken aus dem Westen besetzt wurde.²¹¹

Fünf Polizisten wurden vom Hohen Gericht Westmostars wegen Missbrauchs während der Amtsausübung verklagt, jedoch nur drei wurden zu eineinhalb Jahren auf Bewährung verurteilt.²¹²

Von Seiten der internationalen Akteure bekamen die Kroaten keine Strafe, obwohl die Kürzung ihrer Mittel vom Vizebürgermeister Safet Orucevic

²⁰⁸ Reunifying Mostar: Opportunities for Progress, ICG Balkans Report N°90, 19 April 2000. S. 6
http://www.crisisgroup.org/library/documents/report_archive/A400020_19042000.pdf (09.11.2009)

²⁰⁹ Vgl.Ebd.S.19

²¹⁰ Ebd.

²¹¹ Ebd. S.19f.

²¹² Vgl.Ebd.S.22

gefordert wurde,²¹³ vielmehr wurde der Prozess der Aufstellung der gemeinsamen Polizei mit neuen Verträgen vorangetrieben.

*„In giving weight to signed agreements and plans, but not protecting at the same time equal human rights, the US, EU and UN have, in effect, sanctioned the idea that the use of force and violation of human rights is an acceptable method of reaching political goals.“*²¹⁴

Die endgültige Bewegungsfreiheit wurde erst am 02. Februar 1998 mit der Einführung der einheitlichen Nummernschildern für alle Fahrzeuge auf dem bosnischen Gebiet erreicht werden, sie ersetzen die bisherigen mit ethnischen Symbolen versehenen Nummernschilder: das ‚s‘ in der serbischen Republik, das ‚Schachbrett‘ auf kroatischem Gebiet und ‚Lilien‘ auf bosniakischen Fahrzeugen:

*„Um die Bewegungsfreiheit wirklich durchzusetzen, mussten einheitliche, die Herkunftsorte nicht verratende Nummernschilder eingeführt werden.“*²¹⁵

6.4.3. Die Zusammenführung der Polizei

Mit der Unterzeichnung des MoU verpflichteten sich sowohl Bosniaken, als auch Kroaten zur Aufstellung einheitlicher Polizeikräfte, der *Unified Police Force Mostar* (UPFM). Artikel 12 unterstellt die zukünftigen Polizeikräfte dem

²¹³ Ebd.

²¹⁴ Ein ehemaliger Menschenrechtsbeamte der OSZE zit. Nach ebd.

²¹⁵ Petritsch, Wolfgang (2001): Bosnien und Herzegowina 5 Jahre nach Dayton. Hat der Friede eine Chance?, Klagenfurt / Wien/ Ljubljana/ Tuzla/ Sarajewo, Wieser Verlag, 2. Aufl., S.108

Administrator.²¹⁶ Die gemeinsame Polizei Mostars sollte mit der Unterstützung der WEU-Polizei ins Leben gerufen werden. Artikel 13 des MoU enthielt das notwendige Mandat: die WEU-Polizei erhielt die Aufgabe den Administrator über Fragen der öffentlichen Ordnung zu beraten²¹⁷. Darüber hinaus sollte die WEU-Polizei dem Administrator mit Rat zur Seite stehen sowohl im Auswahlverfahren, als auch bei der Ausbildung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mittel²¹⁸ (betreffend .wahrscheinlich die einheitlichen Polizeikräfte). Zusätzlich sollte die WEU-Polizei die Tätigkeiten der lokalen Polizeien kontrollieren und überwachen, u.a. die Durchführung der Gerichtsurteile, Bewachung und Transport der Häftlinge, Bewachung umstrittener Gebiete, Streifengänge usw.²¹⁹ An der Spitze der WEU-Polizei steht der Kommissar, welcher dem Befehl des Administrators untersteht und dem er direkt verantwortlich ist.²²⁰

Der Grundstein für die UPFM wurde früh gelegt. Die Fortsetzung gestaltete sich jedoch viel schwieriger. Bereits im September 1994 wurde der erste Anschlag auf den Administrator verübt. Die abgefeuerte Panzerfaust kam von der kroatischen Seite, verfiel jedoch ihr Ziel. Vier Leute wurden verhaftet, später jedoch wieder freigelassen.²²¹

Zu diesem Zeitpunkt waren noch keine WEU-Polizisten vor Ort. Ihre Entsendung verzögerte sich bis Dezember 1994, als die ersten 100²²²

²¹⁶ Vgl. MoU Artikel 12

²¹⁷ Vgl.Ebd. Artikel 13.1

²¹⁸ Vgl.Ebd.

²¹⁹ Vgl.Ebd.

²²⁰ Vgl.Ebd. 13.2

²²¹ Vgl. Koschnick, Hans[u.a.](1995): Brücke über die Neretva. Der Wiederaufbau von Mostar. München, dtv Verlag, S. 91f.

²²² Vgl. Reichel, Sarah (2000): Transitional Administrations in former Yugoslavia : A repetition of failures or a necessary learning process towards a universal peace building tool after ethno-political war? S.15 http://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2009/1937/pdf/p00_305.pdf. 18.04.2011

Beamten in Mostar eintrafen. Für die Dauer der EUAM war der Einsatz von 182 WEU-Polizisten vorgesehen²²³.

Zu den anfänglichen organisatorischen und logistischen Problemen kamen lokale Schwierigkeiten dazu. Die undurchdringbare Entscheidungs- und Befehlsstruktur der kroatischen Polizei bereitete der EUAM die größten Sorgen:

“I have a strong impression that at my meetings I do not see people who really decide, which is especially true of negotiations dealing with the police. In these four months, I never met on the Croat side a single person who said he was responsible for policing in west Mostar, a man who could issue an order. It is possible that such a person exists on the Croat side but, although I asked about him many times, I still do not know who he is. It is clear, however, that there are certain people on the Croat side who decide policy but not in line with what has been agreed, i.e. not in line with the Memorandum of Understanding signed by both sides.”²²⁴

Das politische Netzwerk der illegalen ‚dritten kroatischen Entität‘ Herceg-Bosna wird durch die Führung der HDZ repräsentiert. Sie steht wiederum in Verbindung mit lokalen Kommandeuren und Bandenanführern. Sie verfügt über die notwendigen finanziellen Mittel, kontrolliert die Polizei und die

²²³ Die Anzahl der notwendigen Polizisten wurde von der „WEU Police Group in Mostar“, einem am 25. Mai 1994 in Mostar eingetroffenen Polizeiexpertenteam und einem Vertreter der WEU-Präsidentschaft, festgelegt. Vgl. Preuss, Andrijana (2004): Friedensaufbau durch internationale Polizeieinsätze in ethnokonationalen Konflikten Bosnien-Herzegowinas am Beispiel der WEU-Polizei in Mostar. Studien zu Konflikt und Kooperation im Osten. Band 11. Egbert Jahn (Hg.) Münster, LIT Verl., S. 88

²²⁴ Sir Martin Garrod, Personalchef der EUAM zit nach Orucevic, Safet: Mostar: Europe’s Failure. Bosnia Report. Published by The Bosnian Institute, Issue 15, April-June 1996. <http://www.bosnia.org.uk/bosrep/aprjun96/mostar.cfm> (17.11.2009)

lokalen Medien, was sie zu einem sehr starken Gegner macht.²²⁵ Zum Zweck der Fortführung ihrer Mission war aber die EUAM gezwungen den Wiedervereinigungsprozess voranzutreiben.

Mitte Dezember 1994 waren 116 WEU-Polizisten in Mostar²²⁶ und die *erste Phase* konnte anfangen. Die WEU-Polizisten übernahmen ihre erste Aufgabe: erste Streifengänge und die Beobachtung der Polizeistation von Ostmostar.²²⁷ Die Kroaten hingegen ließen die Beobachtung ihrer Station nicht zu.²²⁸ Erst nach monatelangen Verhandlungen wurde die Implementierung der ersten Phase am 30. März 1995 von allen Seiten, inklusive den Kroaten, beschlossen. Im Juni 1995 wurden die kombinierten Streifengänge initiiert, bei welchen die WEU-Polizisten mit den Beamten des Ostens bzw. des Westens die Bulevar-Straße, an der Demarkationslinie, parallel bewachten.²²⁹

Die zweite Phase startete am 18. September 1995 mit der Unterzeichnung des „*Übereinkommens über die Implementierung der Zweiten Phase für die Aufstellung der UPFM*“²³⁰ von den beiden Bürgermeistern und Polizeichefs Ost- und Westmostars²³¹. Nun sollte ein gemeinsames Polizeihauptquartier

²²⁵ Vgl. "The EU Administration of Mostar – a balance after one year" in Reunifying Mostar: Opportunities for Progress, ICG Balkans Report N°90, 19 April 2000. , S. 5
http://www.crisisgroup.org/library/documents/report_archive/A400020_19042000.pdf (09.11.2009)

²²⁶ Vgl. Preuss, Andrijana (2004): Friedensaufbau durch internationale Polizeieinsätze in ethnonationalen Konflikten Bosnien-Herzegowinas am Beispiel der WEU-Polizei in Mostar. Studien zu Konflikt und Kooperation im Osten. Band 11. Egbert Jahn (Hg.) Münster, LIT Verl., S.89

²²⁷ Vgl. Ebd.

²²⁸ Vgl. Ebd.

²²⁹ Vgl. Ebd. S.90f.

²³⁰ Vgl. Hummer, Waldemar (1999): Mostar – Ein Beispiel internationaler Stadtverwaltung durch die Europäische Union, in : Benedek, Wolfgang/Isak, Hubert/Kicker, Renate [Hrsg.]: Development and developing international and european law: Essays in honour of Konrad Ginther on the occasion of his 65th birthday, Frankfurt am Main, Europäischer Verlag der Wissenschaften, S. 392

²³¹ Vgl. Reichel, Sarah (2000): Transitional Administrations in former Yugoslavia : A repetition of failures or a necessary learning process towards a universal peace building tool after ethno-political

entstehen und die Rekrutierung und Ausbildung lokaler Polizisten für die gemeinsamen Kräfte erfolgen.²³²

Die Umsetzung gestaltete sich jedoch als äußerst schwierig, wegen Einwänden von Seiten der Kroaten.²³³ Dazu kamen weitere interethnische Spannungen. Die anhaltenden, bereits beschriebenen, Vertreibungen und Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, sowie ethnisch motivierte Bombenanschläge von beiden Seiten²³⁴ störten den Entwicklungsprozess.

Die Krise gipfelte nach der Erschießung eines bosniakischen Jungen an der Demarkationslinie, seitens kroatischer Polizisten, in einer Reihe von Schießereien und Granatenangriffen an der Demarkationslinie²³⁵. Nachdem zwei bosniakische Polizisten verwundet und ein kroatischer ermordet wurden, verweigerten die beiden lokalen Polizeien weitere Streifengänge²³⁶.

Eine Entspannung der Lage brachte das *Treffen in Rom* am 17. Und 18. Februar 1996, bei welchen die lang geplanten gemeinsamen Streifengänge

war? S.29 http://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2009/1937/pdf/p00_305.pdf. 18.04.2011 laut Hummer wurde es von den beiden Bürgermeistern und dem Administrator unterschrieben. Vgl. Hummer, Waldemar (1999): Mostar – Ein Beispiel internationaler Stadtverwaltung durch die Europäische Union, in : Benedek, Wolfgang/Isak, Hubert/Kicker, Renate [Hrsg.]: Development and developing international and european law: Essays in honour of Konrad Ginther on the occasion of his 65th birthday, Frankfurt am Main, Europäischer Verlag der Wissenschaften, S. 392

²³² Vgl. Preuss, Andrijana (2004): Friedensaufbau durch internationale Polizeieinsätze in ethnonationalen Konflikten Bosnien-Herzegowinas am Beispiel der WEU-Polizei in Mostar. Studien zu Konflikt und Kooperation im Osten. Band 11. Egbert Jahn (Hg.) Münster, LIT Verl., S.93.

²³³ Vgl. Reichel, Sarah (2000): Transitional Administrations in former Yugoslavia : A repetition of failures or a necessary learning process towards a universal peace building tool after ethno-political war? S.29 http://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2009/1937/pdf/p00_305.pdf. 18.04.2011

²³⁴ Reunifying Mostar: Opportunities for Progress, ICG Balkans Report N°90, 19 April 2000 , S. 19 http://www.crisisgroup.org/library/documents/report_archive/A400020_19042000.pdf (09.11.2009)

²³⁵ Vgl. ethnonationalen Konflikten Bosnien-Herzegowinas am Beispiel der WEU-Polizei in Mostar. Studien zu Konflikt und Kooperation im Osten. Band 11. Egbert Jahn (Hg.) Münster, LIT Verl., S. 95

²³⁶ Ebd.

beschlossen wurden²³⁷. Zusätzlich schlug der kroatische Präsident Franjo Tudjman die Entsendung von 100²³⁸ kroatischen Polizisten vor, um den Vereinigungsprozess voranzutreiben. Die bosnische Regierung willigte ein ebenfalls 100 eigener Polizisten zur Verfügung zu stellen.²³⁹ Diese Maßnahmen sollten zur Stabilisierung der Lage beitragen und den Zusammenführungsprozess vorantreiben²⁴⁰.

Die gemeinsamen Streifengänge wurden am 20. Februar 1996 wirklich in die Tat umgesetzt. Von nun an bestand eine Streife aus zwei WEU-Polizisten, einem kroatischen, einem bosnischen, einem bosniakischen mostarer und einem kroatischen mostarer Polizeibeamten, und einem Übersetzer.²⁴¹

Der neue Erfolg hielt jedoch nicht lange an, da es innerhalb kürzester Zeit wieder zum Kollaps der UPFM kam.²⁴² Die Probleme zeigten sich unter anderem auch mit der Weigerung kroatischer Polizei ihre Beamten zum Einzug in das im April eröffnete Joint Operation Center zu bewegen.²⁴³

Das Mandat der WEU näherte sich seinem Ende, weswegen die Übergabe an die International Police Task Force (IPTF) vorbereitet wurde. Zur Zeit des

²³⁷ Reichel, Sarah (2000): Transitional Administrations in former Yugoslavia : A repetition of failures or a necessary learning process towards a universal peace building tool after ethno-political war? S.29 http://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2009/1937/pdf/p00_305.pdf. 18.04.2011

²³⁸ Vgl.Ebd. Andrijana Preuss berichtet über 101 Beamten aus Kroatien. Vgl. Preuss, Andrijana (2004): Friedensaufbau durch internationale Polizeieinsätze in ethnonationalen Konflikten Bosnien-Herzegowinas am Beispiel der WEU-Polizei in Mostar. Studien zu Konflikt und Kooperation im Osten. Band 11. Egbert Jahn (Hg.) Münster, LIT Verl., S. 96

²³⁹ Vgl.Ebd.

²⁴⁰ Vgl. Preuss, Andrijana (2004): Friedensaufbau durch internationale Polizeieinsätze in ethnonationalen Konflikten Bosnien-Herzegowinas am Beispiel der WEU-Polizei in Mostar. Studien zu Konflikt und Kooperation im Osten. Band 11. Egbert Jahn (Hg.) Münster, LIT Verl., S. 97

²⁴¹ Vgl.Ebd. und auch Reichel, Sarah (2000): Transitional Administrations in former Yugoslavia : A repetition of failures or a necessary learning process towards a universal peace building tool after ethno-political war? S.29 http://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2009/1937/pdf/p00_305.pdf. 18.04.2011

²⁴² Vgl. Ebd. S. 100

²⁴³ Vgl. Reichel, Sarah (2000): Transitional Administrations in former Yugoslavia : A repetition of failures or a necessary learning process towards a universal peace building tool after ethno-political war? S.29

Abzugs der WEU bestand die UPFM aus 209 Polizisten (132 Bosniaken und 77 Kroaten).²⁴⁴

Die endgültige Vereinigung der Polizeikräfte wurde im Juli 1997 mit dem „Übereinkommen über die Einführung der Polizei für das Kanton Herzegowina-Neretva“²⁴⁵ erreicht. *Punkt zwei* dieses Übereinkommens sah den Aufbau des Polizeihauptquartiers in Mostar. Bei der Stellenvergabe sollte darauf geachtet werden, dass die Aufteilung eine gleich hohe Anzahl der Kroaten und Bosniaken umfasst. *Punkt fünf* bestimmt die Beherbergung der Polizisten in gemeinsamen Gebäuden.

6.4.4. Der administrative Wiederaufbau und das „Interim Statut“

Der administrative Aufbau Mostars wurde mit dem Daytoner Abkommen in Form der Stadt Mostar als administrativer Einheit und sechs Bezirken, jeweils drei bosniakische und kroatische, festgelegt. Während die Stadt, die Aufgaben betreffend Finanzen und Steuern, sowie die Aufsicht über Stadtplanung, öffentlichen Transport und den Flughafen, übernehmen sollte, erhielten die Bezirke alle anderen Kompetenzen²⁴⁶.

Die administrative Struktur Mostars war Thema bei einer Reihe von Gesprächen bis zum Ende des Jahres 1995 und dem Anfang 1996. Im

²⁴⁴ Preuss, Andrijana (2004): Friedensaufbau durch internationale Polizeieinsätze in ethnonationalen Konflikten Bosnien-Herzegowinas am Beispiel der WEU-Polizei in Mostar. Studien zu Konflikt und Kooperation im Osten. Band 11. Egbert Jahn (Hg.) Münster, LIT Verl., S.100

²⁴⁵ Sporazum o uvodjenju policije u Hercegovacko Neretvanjsku Zupaniju Kanton

²⁴⁶ Reunifying Mostar: Opportunities for Progress, ICG Balkans Report N°90, 19 April 2000 , S. 7 http://www.crisisgroup.org/library/documents/report_archive/A400020_19042000.pdf (09.11.2009)

Rahmen dieser Gespräche tauchte die Idee über die ‚Zentrale Zone‘ auf²⁴⁷. Diese ‚Zentrale Zone‘ sollte nur der Verwaltung der einheitlichen Stadtverwaltung obliegen und allen Bürgern Mostars zugängliche städtischen Institutionen beherbergen.²⁴⁸ Bei den Verhandlungen zum neuen Statut für die Stadt kam es zu heftigen Diskussionen in Bezug auf die Grenzziehung²⁴⁹. Insbesondere wurde die Größe der ‚Zentralen Zone‘ thematisiert. Das Gebiet, das auf die ‚Zentrale Zone‘ entfiel erstreckte sich zwischen dem Neretva-Fluss und der Demarkationslinie, und umfasste ebenfalls die drei Dämme am Neretva-Fluss, die Trinkwasserquellen und den Flughafen²⁵⁰. Der kroatische Bürgermeister verlangte die Verkleinerung der Zone, weil sie das gesamte Stadtzentrum umfasste, und der bosnische Bürgermeister wollte sie auf die Größe des Stadtgebiets vergrößern.²⁵¹

Das „*Interim Statut*“ wurde letztendlich vom Administrator am 7. Februar 1996 per Dekret verabschiedet, weil die Verhandlungen zu keinem Ergebnis führten.

Der *Artikel 2* des „*Interim Statuts*“ definiert die *Stadt Mostar* und ihre *Stadtbezirke* als frei selbstverwaltet durch ihre von den Bürgern gewählten Organe.²⁵² Die Stadt ist weiter die alleinige Organisation verantwortlich für

²⁴⁷ Ebd. S.8

²⁴⁸ Vgl. Ebd.

²⁴⁹ Vgl. Reichel, Sarah (2000): *Transitional Administrations in former Yugoslavia : A repetition of failures or a necessary learning process towards a universal peace building tool after ethno-political war?* S. 30

²⁵⁰ Vgl. *Reunifying Mostar: Opportunities for Progress*, ICG Balkans Report N°90, 19 April 2000 , S. 8 http://www.crisisgroup.org/library/documents/report_archive/A400020_19042000.pdf (09.11.2009)

²⁵¹ Ebd.

²⁵² Vgl. *Official Gazette of the City of Mostar No.1*, published by European Union Administrator of Mostar, Editor in Chief Hans Koschnick, 20, February 1996.S.5 (eigene, nicht offizielle Übersetzung, sowohl von diesem, als auch von den nächsten Punkten des „*Interim Statuts*“)

die Selbstverwaltung²⁵³. Sowohl die Stadt, als auch die Bezirke sind Rechtssubjekte und können vor Gericht klagen oder verklagt werden.²⁵⁴

Das Gebiet der *Stadt Mostar* besteht aus *sechs Stadtbezirken* und der *Zentralen Zone*²⁵⁵. Die Stadtbezirke tragen folgende temporäre Namen: Mostar-Nord, Mostar-Altstadt, Mostar-Südost, Mostar-Süd, Mostar-Südwest und Mostar-West²⁵⁶.

Die Stadt ist ausschließlich zuständig für folgende *Bereiche*: Finanzen und Steuern; Stadtplanung; Infrastruktur (Wasser- und Elektrizitätsversorgung); Wirtschaft; öffentliches Transportsystem, inklusive der Eisenbahn; Mostar Flughafen, während alle anderen Bereiche von den Stadtbezirken zu übernehmen sind²⁵⁷.

Die Organe der Stadt sind der Stadtrat und der Bürgermeister²⁵⁸.

Der *Stadtrat* soll die Zusammensetzung der Stadtbevölkerung reflektieren²⁵⁹. Von den insgesamt 48 Mitgliedern sollen jeweils 16 von Bosniaken und Kroaten besetzt werden und 16 von der Gruppe der anderen. Von den 16 Sitzen aus der Gruppe der anderen sollen 11 unbesetzt bleiben auf unbestimmte Dauer²⁶⁰.

Der *Bürgermeister* repräsentiert die Stadt²⁶¹, er ist für das ordnungsgemäße Funktionieren der Stadtverwaltung verantwortlich und leitet sie als

²⁵³ Ebd. Artikel 6

²⁵⁴ Ebd. Artikel 3

²⁵⁵ Ebd. Artikel 5.2

²⁵⁶ Ebd. Artikel 5.3

²⁵⁷ Ebd. Artikel 7.2a-f und Artikel 7.3

²⁵⁸ Ebd. Artikel 14

²⁵⁹ Ebd. Artikel 16.1

²⁶⁰ Ebd. Artikel 16.2

²⁶¹ Ebd. Artikel 38

Vorgesetzter aller Angestellten²⁶². Jeder Staatsangehöriger der FBiH kann als Bürgermeister kandidieren²⁶³. Die Wahl erfolgt durch den Stadtrat nach dem Prinzip der Mehrheitswahl²⁶⁴ und gilt für eine Amtszeit bis zu den nächsten nationalweiten lokalen Wahlen, jedoch bis höchstens einem Jahr²⁶⁵.

Der *stellvertretende Bürgermeister*, vertritt den Bürgermeister während seiner Abwesenheit. Er muss einer anderen ethnischen Gruppe angehören als der Bürgermeister und wird aus dem Rest der Kandidaten von der Liste für die Wahl des Bürgermeisters gewählt.²⁶⁶

Die *Organe der Stadtbezirke* sind der städtische *Bezirksrat* und der *Leiter des Stadtbezirks*²⁶⁷. Bei der Personalwahl ist die ethnische Zusammensetzung des Stadtbezirks zu berücksichtigen²⁶⁸.

Der *städtische Bezirksrat* repräsentiert die Bewohner des jeweiligen Bezirks²⁶⁹ und besteht aus 25 Mitgliedern, deren ethnische Zusammensetzung, die der Bewohner des Bezirks, laut der Bevölkerungszählung aus dem Jahr 1991, reflektiert.²⁷⁰ Der Bürgermeister muss über Sitzungen des Bezirksrates informiert werden und kann persönlich an ihnen teilnehmen oder einen Vertreter schicken, außerdem ist er im Falle einer expliziten Aufforderung zur Teilnahme verpflichtet²⁷¹.

²⁶² Ebd. Artikel 39

²⁶³ Ebd. Artikel 41.1

²⁶⁴ Ebd. Artikel 41.2

²⁶⁵ Ebd. Artikel 42

²⁶⁶ Ebd. Artikel 44

²⁶⁷ Ebd. Artikel 51

²⁶⁸ Ebd. Artikel 55

²⁶⁹ Ebd. Artikel 56.1

²⁷⁰ Ebd. Artikel 56.3

²⁷¹ Ebd. Artikel 57

Der städtische Bezirksrat wählt den Präsidenten des Bezirksrats und seinen Vertreter²⁷², sowie den Bezirksleiter und seinen Vertreter²⁷³. Er diskutiert und entscheidet über alle wichtigen Themen der Stadtbezirke im Rahmen seiner Kompetenzen und kontrolliert die Bezirksverwaltung bei der Implementierung seiner Entscheidungen²⁷⁴.

Der *Leiter des Stadtbezirks* ist der Leiter der Bezirksverwaltung²⁷⁵. Er bereitet Entscheidungen des städtischen Bezirksrates vor und setzt sie um²⁷⁶. Weiters repräsentiert er die Interessen des Stadtbezirks vor der Stadt und höheren staatlichen Autoritäten im Rahmen seiner Kompetenzen²⁷⁷.

Die *Zentrale Zone* beherbergt Ministerien und Administrationen der Föderation, des Kantons und der Stadt und ebenfalls andere supralokale Institutionen²⁷⁸. Die Organe der Zentralen Zone sind der Stadtrat und der Bürgermeister²⁷⁹. Alle Bestimmungen für die Stadt gelten ebenfalls für die Zentrale Zone²⁸⁰. Der Bereich für die Sicherung der Infrastruktur (H.E. Salakovac, H.E. Grabovica, H.E. Mostar, Studenac, Radobolja, Südquelle, Flughafen), wird ebenfalls von diesen Organen verwaltet²⁸¹.

Die Verabschiedung des „Interim Statuts“ sorgte für Proteste der HDZ. Der kroatische Bürgermeister verkündigte den Abbruch aller Beziehungen zur EU

²⁷² Ebd. Artikel 58

²⁷³ Ebd. Artikel 60.5

²⁷⁴ Ebd. Artikel 59

²⁷⁵ Ebd. Artikel 60.1

²⁷⁶ Ebd.

²⁷⁷ Ebd.

²⁷⁸ Ebd. Artikel 63

²⁷⁹ Ebd. Artikel 64.1

²⁸⁰ Ebd.

²⁸¹ Ebd. 64.2

und rief die kroatischen Bürger zur Demonstration auf.²⁸² Statt einer Demonstration kam es vor dem Sitz der EUAM zu einem Aufstand, bei welchem die aufgebrachte Menge Hans Koschnick in seinem Auto festhielt und drohte ihn zu hängen.²⁸³ Die Demonstranten besetzten ebenfalls die Büroräume der EUAM bis zum Zeitpunkt als die IFOR eintraf und den Aufstand beendete, im Gegensatz zur kroatischen Polizei die untätig zuschaute.²⁸⁴

Resultierend aus den bereits beschriebenen Gewaltakten an der Demarkationslinie und der zusätzlichen Gefährdung des Lebens von Hans Koschnick kam es zum *Rome Agreement* am 18. Februar 1996. Statt einer Kritik am Vorgehen der HDZ und der kroatischen Polizisten kam die Zusage über die Verkleinerung der Zentralen Zone zustande. Mit dieser Entscheidung gab die EU den kroatischen Forderungen recht und beschämte den Administrator, der durch sein Dekret den Kroaten gegenüber standhaft blieb:

„Dadurch wurde nicht nur der gewaltsame Widerstand der Kroaten gegen eine einheitliche Zentralzone in Mostar ‚belohnt‘, sondern auch die Autorität Koschnicks so untergraben (...).“²⁸⁵

Koschnick akzeptierte zwar die Entscheidung über die Verkleinerung der Zentralen Zone²⁸⁶ (neue Grenzen der Zentralen Zone siehe Abbildung 3),

²⁸² Vgl. Reunifying Mostar: Opportunities for Progress, ICG Balkans Report N°90, 19 April 2000.S.9 http://www.crisisgroup.org/library/documents/report_archive/A400020_19042000.pdf (09.11.2009)

²⁸³ Ebd.

²⁸⁴ Ebd.

²⁸⁵ Hummer, Waldemar (1999): Mostar – Ein Beispiel internationaler Stadtverwaltung durch die Europäische Union, in : Benedek, Wolfgang/Isak, Hubert/Kicker, Renate [Hrsg.]: Development and developing international and european law: Essays in honour of Konrad Ginther on the occasion of his 65th birthday, Frankfurt am Main, Europäischer Verlag der Wissenschaften. S. 384f. Vgl auch Reunifying Mostar: Opportunities for Progress, ICG Balkans Report N°90, 19 April 2000.S.9 http://www.crisisgroup.org/library/documents/report_archive/A400020_19042000.pdf (09.11.2009)

²⁸⁶ Genaue Grenzen der Zentralen Zone, inklusive Straßennamen, siehe Anhang Amendment to the Amendment to the Interim Statute of the City of Mostar of 20 February 1996.

entschied sich aber ebenfalls seine Arbeit in Mostar zu beenden und trat im März 1996 von seinem Posten als Administrator zurück.

6.5. Das Ende der EUAM

Koschnicks Nachfolger für die Zeit bis zum Auslaufen der EUAM im Juli 1996 wurde der ehemalige Bürgermeister von Valencia Ricard Perez Casado.

Während dieser Periode wurde an der Umsetzung des Interim Statuts gearbeitet. Die ersten Wahlen fanden am 30. Juni 1996 statt. Die ‚Bürgerliste für die Vereinte Stadt Mostar‘, mit dem Bürgermeister von Ostmostar Safet Orucevic an der Spitze, gewann die Wahl mit 48% der Stimmen, während die HDZ nur 45% erreichte.²⁸⁷ Als Reaktion darauf weigerte sich die HDZ das Wahlergebnis anzuerkennen und verhinderte somit die weitere Arbeit an der Vereinigung der Stadt, obwohl das Wahlergebnis vom EU Ombudsmann für gültig erklärt wurde.²⁸⁸

Nach der Wahl lief das Mandat der EUAM am 23. Juli 1996 aus, diese Tatsache ließ keine großen Veränderungen zu:

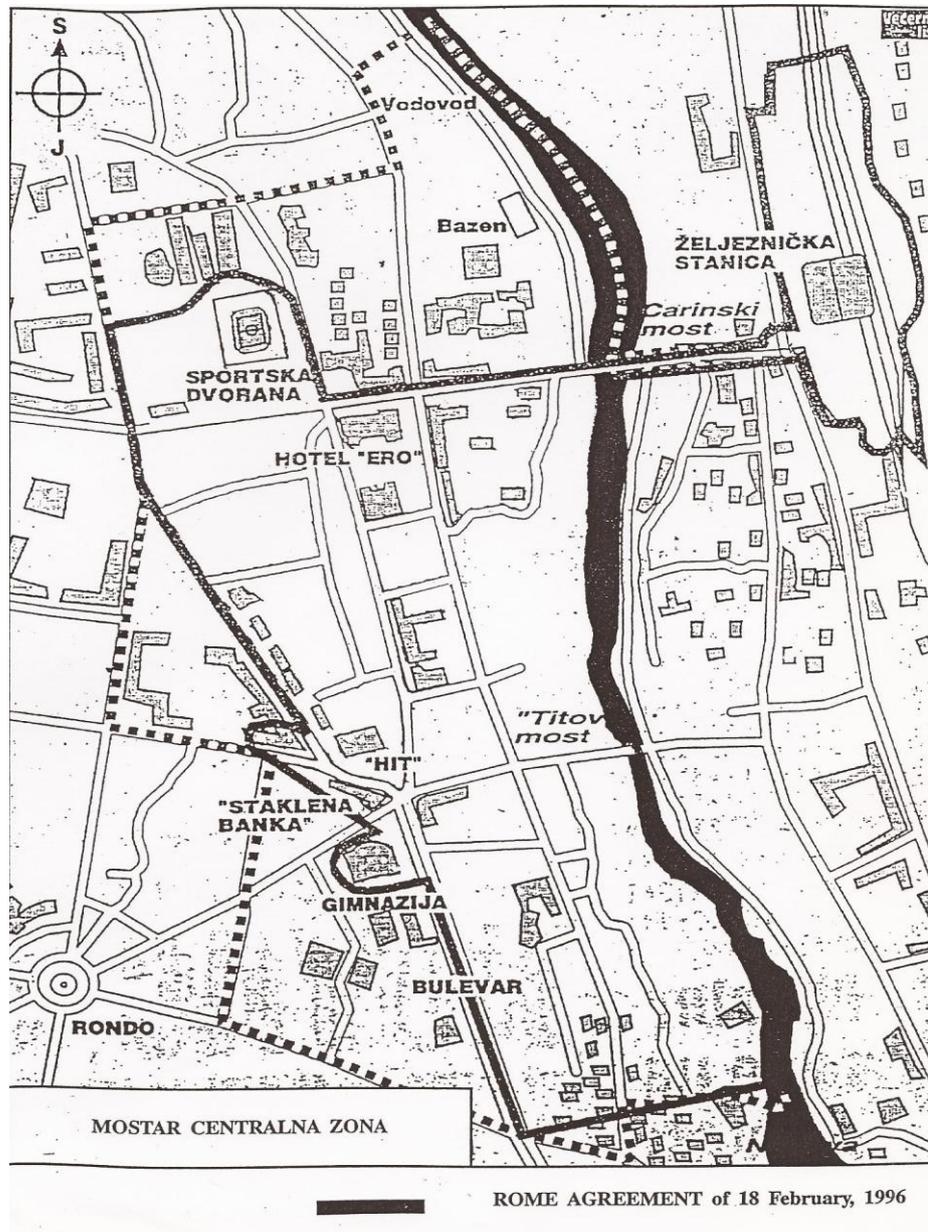
“The end of the mandate followed very soon after the election and left us no time” .

Mostar wurde in die Verantwortung des Hohen Repräsentanten übertragen. Für die Übergangszeit wurde Sir Martin Garrod, ehemaliger Stabschef der EUAM zum Sondergesandten der EU.

²⁸⁷ Vgl. Reunifying Mostar: Opportunities for Progress, ICG Balkans Report N°90, 19 April 2000.S.12 http://www.crisisgroup.org/library/documents/report_archive/A400020_19042000.pdf (09.11.2009)

²⁸⁸ Vgl. Ebd. S.13

Abbildung 3: Die Karte der zentralen Zone, mit vorgenommenen Veränderungen nach dem „Rome Agreement“



Quelle: Official Gazette of the City of Mostar No.1, 20. February 1996, Map 2, S. 39

Der bisherigen Vorgehensweise folgend unterminierten die Mostarer Akteure die Macht ihrer internationalen ‚Vorgesetzten‘, indem die Bezirke die Kompetenzen der Zentralen Zone beschnitten. Dies kam besonders mit der

Vergabe von Baugenehmigungen von Seiten der Bezirke zum Ausdruck, was eigentlich in den Aufgabenbereich der Zentralen Zone fiel²⁸⁹. Obwohl viele andere illegale Bauten entstanden waren, demonstrierte der Einbruch durch unbekannte Personen in das neu renovierte ehemalige Gerichtsgebäude die Ohnmacht der EU diese Arten von Verbrechen zu unterbinden²⁹⁰. Die erwähnten Personen brachen ein in den Neubau, der als der Sitz der gemeinsamen städtischen und kantonalen Behörden gedacht war, und versehrten es mit der Schrift ‚Higher Court of the Republic of Herzeg-Bosna‘²⁹¹. Das Gebäude wurde dann auch tatsächlich der Sitz des Westmostarer Gerichts²⁹².

In Hinsicht auf den weiteren Aufbau der gemeinsamen Institutionen wurden zwar Verträge unterschrieben, aber sie kamen nie zustande. Die ethnische Teilung Mostars blieb bis zur administrativen Vereinigung der Stadt mit dem neuen Statut aus dem Jahr 2004 bestehen. Auch dieses Statut wurde vom Hohen Repräsentanten Paddy Ashdown verabschiedet aus Mangel an Konsens zwischen der HDZ und der SDA.

²⁸⁹ Building Bridges in Mostar. International Crisis Group Report N°150, 20. November 2003, S. 2
http://www.crisisgroup.org/~media/Files/europe/150_building_bridges_mostar.pdf (09.11.2009)

²⁹⁰ Vgl. Reunifying Mostar: Opportunities for Progress, ICG Balkans Report N°90, 19 April 2000.S..14
http://www.crisisgroup.org/library/documents/report_archive/A400020_19042000.pdf (09.11.2009)

²⁹¹ Vgl. Ebd.

²⁹² Vgl. Ebd.

7. Schlusswort

Die Stadt Mostar leidet immer noch unter der Plage der ethnischen Teilung, obwohl die Administration der Stadt in der Zwischenzeit vereinigt wurde.

Die EUAM mit dem Administrator Hans Koschnick konnte wichtige Schritte in Richtung Normalisierung des Lebens für die Bürger Mostars erzielen, vor allem beim physikalischen Wiederaufbau der Stadt, aber sie scheiterte kläglich bei der Zusammenführung der Polizei und der Implementierung administrativer Institutionen.

“The EUAM was involved in Mostar at a challenging time, but was successful in working with local citizens to redevelop and support basic infrastructure and community services, freedom of movement and the development of the Interim Statute. Its achievements, however, were simply the foundation for more enduring solutions and reforms to come, which together would fulfill the goals and spirit of the Dayton Agreement.”²⁹³

Tatsächlich befand sich die EUAM in einer äußerst schweren Lage. Der Krieg war formell zwar beendet aber seine Hinterlassenschaft, nämlich das Misstrauen zwischen den Kroaten und Muslimen und die anhaltenden Vertreibungen, blieb erhalten. Nichts desto trotz mussten Veränderungen vorangetrieben werden. Die Mittel zur Durchsetzung von Entscheidungen fehlten dem Administrator, er konnte zwar Dekrete verabschieden aber nicht für die Implementierung. Von Anfang an basierte die Strategie auf der Forderung des Konsenses zwischen den beiden verfeindeten Parteien, die zur regelmäßigen Stagnierung führte, weil die getroffenen Maßnahmen nicht denen der Kroaten entsprachen. Sie forderten Gleichbehandlung in allen

²⁹³ : Commission for Reforming the City of Mostar: Recommendations of the Commission Report of the Chairman. 15. December 2003, S.51 <http://www.ohr.int/archive/report-mostar/pdf/Reforming%20Mostar-Report%20%28EN%29.pdf> (15.11.2009)

Fragen und schafften es sie zu bekommen, obwohl sie offensichtlich nicht dem Sinn und Zweck der EUAM entsprach und den Vereinigungsprozess blockierte und verlangsamte. Das Versagen der EUAM in Hinsicht auf die Vereinigung der Stadt ist nicht auf den Administrator selbst zurückzuführen, sondern vielmehr an seine Vorgesetzten, die dem größtenteils gewalttätigen Druck der Kroaten nachgaben, vor allem in Folge des Rome Agreements, und so zum Verlust der Integrität des Administrators beitrugen.

*„This concession in the face of violent resistance undermined international efforts in Mostar for years to come.“*²⁹⁴

Obwohl die einheitlichen Institutionen formiert wurden, blieben sie parallel verwaltet. Das Interim-Statut blieb eine Farce, weil es zwar da war, aber nie vollständig implementiert wurde.

*„Unfortunately, virtually all of the provisions of the Interim Statute of the City of Mostar remained mere declarations on paper, and none were implemented in accordance with the original intentions contained in the Statute. The City of Mostar has never come to life nor exercised the basic predispositions of its competencies.“*²⁹⁵

Der politische Diskurs wird nicht von den Interessen der Bürger Mostars bestimmt, sondern von der Frage: „Who is the master of Mostar?“²⁹⁶ Während die Bosniaken in der Föderation und der Hauptstadt dominieren und die Serben ihre eigene Entität die Republika Srpska haben, halten die Kroaten an der Stadt Mostar fest, dem Zentrum ihrer illegalen Entität Herceg-

²⁹⁴ Bieber, Florian (2008): Local Institutional Engineering: A Tale of Two Cities, Mostar and Brcko, in: Peace Without Politics? Ten Years of International State-Building in Bosnia, The Routhledge Series on Peacekeeping, edited by David Chandler, first published in 2006, USA and Canada, Routledge, S.116

²⁹⁵ Commission for Reforming the City of Mostar: Recommendations of the Commission Report of the Chairman. 15. December 2003, S.13 <http://www.ohr.int/archive/report-mostar/pdf/Reforming%20Mostar-Report%20%28EN%29.pdf> (15.11.2009)

²⁹⁶ Seid efendi Smajkic, zit.nach Bosnia: A Test of political Maturity in Mostar, Europe Briefing N°54, Sarajevo/Brussels, 27 July 2009 S. 6 http://www.crisisgroup.org/library/documents/europe/balkans/b54_bosnia_a_test_of_political_maturity_in_mostar.pdf (09.11.2009)

Bosna. Die Lösung der Mostar-Frage ist direkt verbunden mit der Lösung der Frage über die Zukunft der Föderation, weil sie den Rahmen für weitere Lösungen bildet.

“The future of the Federation lies in Mostar. If the international community can successfully unite Mostar, then the Federation will function. Without unification of the city, serious efforts to integrate HDZ strongholds into the Federation will fail.”²⁹⁷

Da, wie oben schon erwähnt, in der Föderation die Bosniaken überwiegen fühlen sich die Kroaten benachteiligt und äußern durch Blockaden der Entscheidungen ihre Unzufriedenheit mit der aktuellen Lage:

“I think the best solution would be three entities in Bosnia whose people would then decide how to live together. In my opinion you can make a temporary federation, but it will be very difficult to make it last.”²⁹⁸

Diese Umstände heben die Probleme in Mostar auf die staatliche Ebene, weil sie ihren Ursprung in der Beschaffenheit des Staates und der beiden Entitäten haben.

“The real disputes are over Mostar’s role in the Croat community, the Croat’s position in Bosnia and Herzegovina, and most generally, how majority rule and minority rights can coexist in a multi-ethnic environment. These problems mirror those that afflict BiH as a whole, and the prescription for the city’s ills points the way toward country wide reform. A full resolution to Mostar’s problems cannot be found within its

²⁹⁷ Reunifying Mostar: Opportunities for Progress, ICG Balkans Report N°90, 19 April 2000 , S. 3
http://www.crisisgroup.org/library/documents/report_archive/A400020_19042000.pdf (09.11.2009)

²⁹⁸ Mijo Brajkovic zit. Nach Ebd. S.10

city limits; it can only be part of a general reform of the state and the entities.”²⁹⁹

Das Daytoner Abkommen war vor allem als ein Mittel zur Kriegsbeendigung gedacht und den Frieden hat es BiH tatsächlich gebracht, jedoch sorgte seine Umsetzung für tiefe ethnische Spaltung des Staates durch die Dominanz der ethnisch motivierten ehemaligen Kriegsparteien, der SDS, HDZ und SDA. Die aktuelle politische Lage basiert theoretisch auf dem Konsens zwischen den Parteien, die tatsächliche Lage demonstriert eher das Gegenteil.

*„The peace agreement balances the reality of division with structures of cooperation and integration, and is based on the hope that over time the imperative of integration in the country and the region will be the dominant factor”*³⁰⁰.

Jede Veränderung braucht Zeit, aber sie sollte auch sinnvoll genutzt werden. Die allgemeine Lage in BiH hat sich zwar gebessert, jedoch ist kein souveräner Staat zustande gekommen, vielmehr ist BiH ein fremdbestimmtes Protektorat geworden. Die wichtigsten Veränderungen wurden vom HR getroffen, wie z.B. die Vereinigung der Streitkräfte, die Einführung der gemeinsamen Währung usw.

*„The absence of consensus of BiH ethnic parties was compensated by the decisions and laws made by the OHR in the ten post-Dayton years”*³⁰¹.

²⁹⁹ Bosnia: A Test of political Maturity in Mostar, Europe Briefing N°54, Sarajevo/Brussels, 27 July 2009 S. 1
http://www.crisisgroup.org/library/documents/europe/balkans/b54_bosnia_a_test_of_political_maturity_in_mostar.pdf (09.11.2009)

³⁰⁰ Carl Bildt zit.nach Bose, Sumantra (2008):The Bosnian State a Decade after Dayton in: Peace Without Politics? Ten Years of International State-Building in Bosnia, The Routhledge Series on Peacekeeping, edited by David Chandler, first published in 2006, USA and Canada, Routledge, S.27

³⁰¹ Pejanovic, Mirko (2007): The Political Devepolment of Bosnia and Herzegovina in the Post-Dayton Period, Sarajevo, TKD Sahinpasic, S. 217

Dies beruht einerseits auf der Stärke des HR und seinen ‚Bonn-Powers‘ und der Schwäche des bosnischen Staates und der Unfähigkeit der nationalistischen Parteien gemeinsame Entscheidungen zu treffen, andererseits in der mangelnden Identifikation der Staatsbürger BiHs mit dem neuen Staat³⁰² .

“Rather than state-building, it would appear that ten years of international regulation under the framework established by the Dayton agreement have done little either to build the capacity of the BiH state or to legitimate it in the eyes of the population.”³⁰³

Hinzu kommt die Tatsache, dass die Unterzeichnung des Dayton Abkommens eine Reaktion auf den Druck von außen war³⁰⁴ , nicht das Resultat eines Kompromisses zwischen den Parteien³⁰⁵, somit werden alle Forderungen der internationalen Gemeinschaft auch als fremdaufgezwungen und illegitim betrachtet³⁰⁶ .

³⁰² in Bezug auf das Fehlen der Bürgerkultur: “Mangelnde demokratische Kultur in den sozialistischen Zeiten trug dazu bei, dass zwischen der Gesellschaft und dem Staat keine Kommunikation zustande kam und so etwas wie eine Bürgerkultur auch nicht ansatzweise aufgebaut wurde(...)Da die nationalen Gemeinschaften mit den staatlichen Gebilden nicht übereinstimmten, formierten sich die primären Loyalitäten zur eigenen Volksgruppe und die sekundären – wenn überhaupt – zum Staat als Ordnungsprinzip.“ Zeljko Ivankovic/Dunja Melcic (2007): Der bosniakisch kroatische “Krieg im Kriege“ in Der Jugoslawien-Krieg, Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen, 2.aktualisierte und erweiterte Auflage, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, S.416f.

³⁰³ Chandler, David (2008): From Dayton to Europe in Peace Without Politics? Ten Years of International State-Building in Bosnia, The Routhledge Series on Peacekeeping, edited by David Chandler, first published in 2006, USA and Canada, Routledge, S.40

³⁰⁴ Vgl. „Der Haß halt alle Wunden offen“ Sommer, Theo in Die Zeit Online 51/1995, 15. Dezember 1995, http://www.zeit.de/1995/51/Der_Hass_haelt_alle_Wunden_offen (09.11.2009)

³⁰⁵ Vgl. Pejanovic, Mirko (2007): The Political Devepolment of Bosnia and Herzegovina in the Post-Dayton Period, Sarajevo, TKD Sahinpasic, S. 215

³⁰⁶ Bosnia: A Test of political Maturity in Mostar, Europe Briefing N°54, Sarajevo/Brussels, 27 July 2009 S.1
http://www.crisisgroup.org/library/documents/europe/balkans/b54_bosnia_a_test_of_political_maturity_in_mostar.pdf (09.11.2009)

An allen diesen Hürden sind bisherige Verfassungsänderungsversuche gescheitert. Der Grundstein für Veränderungen wurde gelegt, weitere Entwicklungen bleiben abzuwarten.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Karte BiHS nach dem Daytoner Friedensvertrag.....80

Abbildung 2:Die Kantone der Föderation.....81

Abbildung 3: Die Karte der zentralen Zone, mit vorgenommenen
Veränderungen nach dem „Rome Agreement.....114

Abkürzungsverzeichnis

ARBiH	Armija Bosne i Hercegovine – Armee Bosnien-Herzegowinas
AVNOJ	Antifašističko Vijeće Narodnog Oslobođenja Jugoslavije – Antifaschistischer Rat der Nationalen Befreiung Jugoslawiens
BdKJ	Bund der Kommunisten Jugoslawiens
BiH	Bosna i Hercegovina – Bosnien-Herzegowina
ECMM	European Community Monitoring Mission
EG	Europäische Gemeinschaft
EU	Europäische Union
EUAM	European Union Administration of Mostar
FbiH	Federacija Bosne I Hercegovine – Föderation Bosnien-Herzegowinas

GFAP	The General Framework Agreement for Peace in Bosnia and Herzegovina
HOS	Hrvatske Obrambene Snage – Kroatische Verteidigungskräfte
HDZ	Hrvatska Demokratska Zajednica – Kroatische demokratische Allianz
HR	Hoher Repräsentant
HSP	Hrvatska Stranka Prava – Kroatische Partei des Rechts
HVO	Hrvatsko Vijeće Obrane – Kroatischer Verteidigungsrat
LCY	League of Yugoslav Communists
MoU	Memorandum of Understanding
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NDH	Nezavisna Drzava Hrvatska – Unabhängiger Staat Kroatien

IPTF	International Police Task Force
OHR	Office of the High Representative
OSCE/OSZE	Organization for Security and Cooperation in Europe Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PIC	Peace Implementation Council
SDA	Stranka Demokratske Akcije – Partei der demokratischen Aktion
SDS	Srpska Demokratska Stranka – Serbische demokratische Partei
TO	Teritorijalna Odbrana – Territorialverteidigung
UN	United Nations
UNO	United Nations Organisation

UNPROFOR United Nations Protection Force

UPFM Unified Police Force Mostar

USA United States of America

WEU Westeuropäische Union

Literaturverzeichnis

Anderson, Benedict (2005): Die Erfindung der Nation zur Karriere eines folgenreichen Konzepts. Frankfurt am Main [u.a.]. Campus Verl.

Barnett, Neil (2006): Tito , London, Haus, 1. Publ

Benett, Christopher (1995): Yugoslavia's Bloody Collaps, Causes, Course and Consequences, London, Hurst, 1. Ed.

Bieber, Florian (2008): Local Institutional Engineering: A Tale of Two Cities, Mostar and Brcko, in: Peace Without Politics? Ten Years of International State-Building in Bosnia, The Routhledge Series on Peacekeeping, edited by David Chandler, first published in 2006, USA and Canada, Routledge, S.114-127

Bose, Sumantra (2008):The Bosnian State a Decade after Dayton in: Peace Without Politics? Ten Years of International State-Building in Bosnia, The Routhledge Series on Peacekeeping, edited by David Chandler, first published in 2006, USA and Canada, Routledge, S. 16-29

Brenner, Christiane (1994): Integrations- und Desintegrationsprozesse in multinationalen Gesellschaften. Einige Überlegungen zu den Theorien Otto Bauers und Karl. W. Deutschs in Schmidt-Hertmann, Eva [Hrsg], Formen des nationalen Bewußtseins im Lichte zeitgenössischer Nationalismustheorien. Vorträge der Tagung des Collegium Carolinum in Bad Wiessee vom 31. Oktober bis 3. November 1991, Band 20, München, Oldenbourg Verlag, S.113-125

Brockmann, Marie Christine (1994): Titoismus als besondere Form des Kommunismus, München, Univ. Diss

Bürger, Alexandra(2007):Nation-building und state-building. Zur empirischen Fruchtbarkeit eines politischen Ordnungskonzepts in Straßner, Alexander/Klein, Margarete [Hrsg.] Wenn Staaten scheitern. Theorie und Empirie des Staatszerfalls. Wiesbaden. VS Verl. Für Sozialwiss. 1. Aufl., S.13-30

Calic, Marie-Janine (1996): Krieg und Frieden in Bosnien-Herzegovina, Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag

Campbell, John C. (1967): Tito's separate road. America and Yugoslavia in world politics New York, NY Harper & Row , 1. Ed.

Chandler, David (2000): *Bosnia. Faking Democracy After Dayton*, London, Pluto Press, 2nd ed.

Chandler, David (2008): *From Dayton to Europe in Peace Without Politics? Ten Years of International State-Building in Bosnia*, The Routledge Series on Peacekeeping, edited by David Chandler, first published in 2006, USA and Canada, Routledge, S.30-43

Clausewitz, Carl von (2005): *Vom Kriege* (Erstdruck Berlin 1832/34), Frankfurt am Main und Leipzig, Insel Verlag, 1.Aufl.

Cohen, Lenard J. (1995): *Broken bonds. Yugoslavia's disintegration and Balkan politics in transition*, Boulder, Colo. [u.a.], Westview Press, 2. Ed

Dabran, Deana (2008): *Staatsbildung und Ethnizität Bosnien-Herzegowinas. Eine Untersuchung zum Ethnisch-Nationalen im State-Building-Prozess eines geteilten Staates.*“ Wien. Diplomarbeit.

Erdmann, Gero (2003): *Apokalyptische Trias: Staatsversagen, Staatsverfall und Staatszerfall – strukturelle Probleme der Demokratie in Afrika*, In: Petra Bendel, Aurel Croissant, Friedbert W. Rüb (Hrsg),

Demokratie und Staatlichkeit – Systemwechsel zwischen Staatsreform und Staatskollaps, Opladen. Leske + Budrich

Etzersdorfer, Irene (2007): Krieg. Eine Einführung in die Theorien bewaffneter Konflikte, Wien, Böhlau Verlag

Filipovic, Zoran / Koschnik, Hans (1995): Entseeltes Land – über Bosnien, Kulturzerstörung und unsere Zukunft , Freiburg im Br / Wien (u.a.), Herder Verlag

Fukuyama, Francis (2006): Staaten Bauen. Die neue Herausforderung internationaler Politik, Berlin, Ullstein Buchverlage GmbH

Hobbes, Thomas (1970): Leviathan (Erstdruck 1651). Stuttgart. Reclam Verlag

Hummer, Waldemar (1999): Mostar – Ein Beispiel internationaler Stadtverwaltung durch die Europäische Union, in : Benedek, Wolfgang/Isak, Hubert/Kicker, Renate [Hrsg.]: Development and developing international and european law: Essays in honour of Konrad Ginther on the occasion of his 65th birthday, Frankfurt am Main, Europäischer Verlag der Wissenschaften

Ivankovic, Zeljko / Melcic, Dunja (2007): Der bosniakisch kroatische "Krieg im Kriege" in Der Jugoslawien-Krieg, Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen, 2.aktualisierte und erweiterte Auflage, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, S.415-438

Jänicke, Martin (1986): Staatsversagen. Die Ohnmacht der Politik in der Industriegesellschaft, München, Piper Verlag

Jovic, Dejan (2003): Jugoslavija. Drzava koja je odumrla. Uspon, kriza i pad Cetvrte Jugoslavije (1974.-1990.), Beograd, Samizdat B92

Kaldor, Mary (2000): Neue und alte Kriege, Ulrich Beck (Hg.), Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag, 1. Aufl.

Koschnick, Hans[u.a.](1995): Brücke über die Neretva. Der Wiederaufbau von Mostar. München, dtv Verlag

Krech, Hans [Hrsg.](1997): Bewaffnete Konflikte nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes. Der Bürgerkrieg in Bosnien-Herzegowina (1992-1997), Berlin, Köster Verlag, Band 2, 1. Aufl.

Münkler, Herfried (2007) : Die neuen Kriege, Reinbek bei Hamburg, Rowohlt Verlag, 3. Aufl.

Oschlies, Wolf (2004): Das politische System Bosnien-Herzegovinas, in Ismayr, Wolfgang [Hrsg.] Die politischen Systeme Osteuropas, Opladen, Leske + Budrich, 2. Aufl.

Pavkovic, Aleksandar (1997): The Fragmentation of Yugoslavia. Nationalism in a Multinational State, London ,Macmillan Press

Pejanovic, Mirko (2007): The Political Devepolment of Bosnia and Herzegovina in the Post-Dayton Period, Sarajevo, TKD Sahinpasic

Petritsch, Wolfgang (2001): Bosnien und Herzegowina 5 Jahre nach Dayton. Hat der Friede eine Chance?, Klagenfurt / Wien/ Ljubljana/ Tuzla/ Sarajewo, Wieser Verlag, 2. Aufl.

Preuss, Andrijana (2004): Friedensaufbau durch internationale Polizeieinsätze in ethnonationalen Konflikten Bosnien-Herzegowinas am Beispiel der WEU-Polizei in Mostar. Studien zu Konflikt und Kooperation im Osten. Band 11. Egbert Jahn (Hg.) Münster, LIT Verl.

Preuß, Ulrich K. (2002): Krieg, Verbrechen, Blasphemie. Zum Wandel bewaffneter Gewalt, Berlin, Wagenbach Verlag

Rogel, Carole (1998): The breakup of Yugoslavia and the war in Bosnia, Westport, Greenwood Press

Schneekener, Ulrich [Hrsg.](2006): Fragile Staatlichkeit. „States at Risk“ zwischen Stabilität und Scheitern, Baden-Baden, Nomos Verlagsgesellschaft, 1. Aufl.

Scotto, Giovanni (2004): Friedensbildung in Mostar. Die Rolle der internationalen NRO. Berlin, freie Universität, Diss. 2002. Konflikttransformation. Berghof Forschungszentrum für konstruktive Konfliktbearbeitung [Hrsg.], Münster, Lit Verlag, Band 4

Silber, Laura [u.a] (1996): The death of Yugoslavia, London [u.a.] , Penguin Books

Straßner, Alexander [Hrsg.] (2007): Wenn Staaten scheitern. Theorie und Empirie des Staatszerfalls. Wiesbaden. VS Verl. Für Sozialwiss. 1. Aufl.

Wieland, Carsten (2000): Nationalstaat wider Willen. Politisierung von Ethnien und Ethnisierung der Politik: Bosnien, Indien, Pakistan. Frankfurt am Main [u.a.]. Campus Verl.

Wodak, Ruth (1998): Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität. Frankfurt am Main. Suhrkamp. 1. Aufl.

Yarwood, John (1999): Rebuilding Mostar – urban Reconstruction in a war zone. Townplanning review special studies 3, Urban Renewal Bosnia and Hercegovina Mostar, Liverpool, Liverpool Univ. Press, 1. publ.

Internetseiten, Dokumente und Verträge

Agreement on Mostar (Rome Agreement)

http://www.ohr.int/dwnld/dwnld.html?content_id=3571 (17.11.2009)

Bosnia: A Test of political Maturity in Mostar, Europe Briefing N°54, Sarajevo/Brussels, 27 July 2009 S. 6
http://www.crisisgroup.org/library/documents/europe/balkans/b54_bosnia_a_test_of_political_maturity_in_mostar.pdf (09.11.2009)

Bosnien: Hans Koschnicks Mission in Mostar droht zu scheitern.“ Geld ja, Versöhnung nein“, Norbert Mappes-Niedick, die Zeit , 18. November 1994.
<http://www.zeit.de/1994/47/Geld-ja-Versoehnung-nein> (09.11.2009)

Building Bridges in Mostar. International Crisis Group Report N°150, 20. November 2003
http://www.crisisgroup.org/~media/Files/europe/150_building_bridges_mostar.pdf (09.11.2009)

Commission for Reforming the City of Mostar: Recommendations of the Commission Report of the Chairman. 15. December 2003
<http://www.ohr.int/archive/report-mostar/pdf/Reforming%20Mostar-Report%20%28EN%29.pdf> (15.11.2009)

„Der Haß halt alle Wunden offen“ Sommer, Theo in Die Zeit Online 51/1995, 15. Dezember 1995,
http://www.zeit.de/1995/51/Der_Hass_haelt_alle_Wunden_offen
(09.11.2009)

Ernest Renan. Was ist eine Nation? Vortrag in der Sorbonne am 11. März 1882

http://www.dir-info.de/dokumente/def_nation_renan.html (22.10.2009).

Human Rights Questions: Human Rights Situations and Reports of special Rapporteurs and Representatives. Situation of Human Rights in former Yugoslavia. United Nations General Assembly 49th Session Agenda Item 100
© A/49/641/, S/1994/1252 vom 4. Nov.1994
<http://www.unhchr.ch/Huridocda/Huridoca.nsf/0/bf24564af8a0bcc080256700>

0040dfcd?Opendocument (30.12.2011)

Memorandum of Understanding on the European Union Administration of Mostar – Konačni Nacr: Sporazum o upravljanju Mostarom od strane Evropske Unije Siehe Anhang

Official Gazette of the City of Mostar No.1, published by European Union Administrator of Mostar, Editor in Chief Hans Koschnick, 20, February 1996.

Reichel, Sarah (2000): Transitional Administrations in former Yugoslavia : A repetition of failures or a necessary learning process towards a universal peace building tool after ethno-political war? Als HTML-Dokument abrufbar unter: http://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2009/1937/pdf/p00_305.pdf. (18.04.2011)

Reunifying Mostar: Opportunities for Progress, ICG Balkans Report N°90, 19 April 2000.
http://www.crisisgroup.org/library/documents/report_archive/A400020_19042000.pdf (09.11.2009)

Orucevic, Safet: Mostar: Europe's Failure. Bosnia Report. Published by The Bosnian Institute, Issue 15, April-June 1996.
<http://www.bosnia.org.uk/bosrep/aprjun96/mostar.cfm> (17.11.2009)

Special Report No 2/96 concerning the accounts of the Administrator and the European Union Administration, Mostar (EUAM) accompanied by the replies of the Commission and the Administrator of Mostar (96/C 287/01)

<http://eur->

lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:31996Y0930%2801%29:EN:HTML(31.12.2011)

The General Framework Agreement for Peace in Bosnia and Herzegovina

http://www.usip.org/files/file/resources/collections/peace_agreements/dayton.pdf (12. 03.2009)

„Übereinkommen über die Einführung der Polizei für das Kanton Herzegowina-Neretva - Sporazum o uvodjenju policije u Hercegovacko Neretvanjsku Zupaniju Kanton siehe Anhang

Washington Agreement

http://www.usip.org/library/pa/bosnia/washagree_03011994.html#frame. (12.03.2009).

Anhang

Memorandum of Understanding – Sporazum o upravljanju Mostarom od strane Evropske Unije

KONAČNI NACRT
SPORAZUM O UPRAVLJANJU MOSTAROM
OD STRANE EVROPSKE UNIJE

Zemlje članice Evropske Unije djelujući u okviru Unije u potpunom savezu s Evropskom Komisijom,
 Zemlje članice Zapadno Evropske Unije,
 koje će se u daljnjem tekstu nazivati Pošiljaocem,
 s jedne strane,
 te
 Republika Bosna i Hercegovina,
 kao i
 Federacija Bosne i Hercegovine,
 lokalna uprava istočnog Mostara,
 lokalna uprava zapadnog Mostara i
 bosansko-hercegovački Hrvati
 s druge strane,
 koje će se u daljnjem tekstu nazivati Primaocima,
 propisno predstavljeni,
 koje će se zajedno u daljnjem tekstu nazivati Ugovornim stranama,

uzevši u obzir,

- poziv što su ga Evropskoj Uniji uputile ugovorne strane sporazuma potpisanog u Washingtonu 18. marta 1994. da što prije moguće organizuje svoje rukovođenje Građskom upravom Mostara,

- odgovarajuće odredbe ustava Federacije Bosne i Hercegovine,

- svesrdnu želju Evropske Unije da pridonese uspostavljanju mira u tom kraju te vraćanju normalnim uslovima života stanovništva,

prisjetivši se odluke Vijeća ministara Evropske Unije donesene 18. aprila 1994., koja je među ostalim, potvrdila postavljenje Evropsko-unijskog (E.U.) Upravnika,

sporazumjeli su se kako slijedi:

Član 1.

Uspostavljanje E.U. Uprave

Građskim upravom Mostara će rukovoditi Evropska Unija u skladu s uslovima ovog Sporazuma.

Član 2.

Ciljevi i načela E.U. Uprave

Ciljevi i načela E.U. Uprave su:

- pružiti stranama vremena da se iznađe trajno rješenje kako rukovoditi mostarskom Gradskom upravom. Evropsko-unijska Uprava neće prejudicirati način na koji će se konačno utanačiti status Mostara,
- pridonositi opštoj klimi koja će voditi do razrade i stabilizacije trajnog dogovora svih strana da se postigne jedinstvena, samostalna i višenacionalna uprava gradom,
- pridonijeti održavanju demokratskih izbora, koji će se morati održati prije nego što prestane E.U. Uprava,
- pomoći da se povrate normalni uslovi života za sve građane grada Mostara,
- pomoći da se obnove komunalije,
- pomoći da se osigura zaštita ljudskih prava
- pomoći da se stvore mogućnosti za povratak vlastitim domovima svih raseljenih građana Mostara,
- pomoći da se organizuje i pruža humanitarna pomoć,
- pomoći u pripremanju i ostvarenju programa rekonstrukcije privrede,
- pomoći da se osigura održavanje javnog reda.
- pomoći da se ponovo uspostave sve javne funkcije u gradu.
- pomoći da se osigura nacionalni, vjerski i kulturni identitet svih ljudi na području pod E.U. Upravom u skladu s Ustavom Federacije Bosne i Hercegovine.

Član 3.

Podrška E.U. Upravniku

Primaoci se obavezuju da će pružiti svesrdnu podršku E.U. Upravniku u obnašanju njegovih dužnosti i saradivati s njime u dobroj namjeri da se ostvare ciljevi i načela ranije izabžena u članu 2.

Član 4.

Rok trajanja

1. Gradskom upravom Mostara će rukovoditi E.U. Uprava u roku od najviše dvije godine od dana kad službeno preuzme dužnost E.U. Upravnik. Vijeće ministara E.U. zadržava pravo da prekine E.U. Upravu u bilo koje vrijeme, ako zaključi da su se bitno promijenili uslovi na kojima se ona zasniva ili ukoliko bilo koja strana ne ispunjava svoje obaveze.

2. E.U. Uprava će započeti radom, kako je opisano u ovom sporazumu, što je prije moguće, nakon što sve Ugovorne strane potpišu Sporazum, kako odredi Vijeće ministara EU.

Član 5.

Područje pod E.U. Upravom

1. U skladu s Poglavljem IX., Članom 10. Ustava Federacije Bosne i Hercegovine područje pod EU Upravom će obuhvaćati opštinu grada Mostara.

2. Uzimajući u obzir potrebu brzog uspostavljanja EU Uprave kao i stvarne demilitarizacije područja pod EU Upravom, specifična će delimitacija od početka biti kao što je prikazano na karti priloženoj ovom Sporazumu.

Član 6.

Imenovanje Upravnika

Upravnika će imenovati Vijeće ministara Evropske Unije a obavezno će biti državljanin zemlje članice Evropske Unije. Vijeće može promijeniti Upravnika bilo kada u vrijeme trajanja E.U. Uprave nakon konsultacije s Primaocima.

Član 7.**Ovlaštenja Upravnika**

1. Upravitelj će uživati ovlaštenja koja su potrebna da se ostvare ciljevi i načela E.U. Uprave u skladu sa Članom 2. ovog Sporazuma, te da valjano i djelotvorno rukovodi Gradskom upravom grada Mostara, poštujući sveopšte načelo subsidiarnosti te uzimajući u obzir mišljenja i želje lokalnih strana i stanovništva.
2. Upravnik će primjenjivati Ustav Federacije Bosne i Hercegovine u skladu s dijelom B, poglavlje IX., član 10. tog Ustava.
3. Upravniku će naredbe davati Vijeće ministara Evropske Unije, kojemu će on redovito podnositi izvještaje.
4. Upravnik će usko saradivati s vladom Bosne i Hercegovine i Federacije Bosne i Hercegovine, s Ujedinjenim narodima i drugim međunarodnim organizacijama.

Član 8.**Savjetodavno vijeće**

Osnovaće se Savjetodavno vijeće u čiji će sastav ući po petoro Bošnjaka, petoro Hrvata, te petoro predstavnika grupe ostalih, od kojih će troje biti predstavnici Srba. Savjetodavno vijeće će savjetovati Upravnika o svim pitanjima što se tiču rukovođenja Gradskom upravom grada Mostara uključujući prijedloge za imenovanje građana Mostara na mjesta zajedničkog rukovodioca odjela. Savjetodavno će vijeće odluke donositi saglasno a te će odluke valjano uzimati u obzir Upravnik čija je odluka konačna. Prije završetka roka E.U. Uprave, Savjetodavno će vijeće zamijeniti Opštinska skupština, proistekla iz demokratskih izbora.

Član 9.

Organizacija Uprave

1. Upravnik će biti rukovodilac Gradske uprave grada Mostara pod E.U. Upravom, te njene Uprave. Obavljati će svoje dužnosti u dogovoru i uskoj saradnji s lokalnim stranama, uzimajući u obzir njihova mišljenja i želje.

2. Upravniku će pomagati niz Posebnih savjetnika E.U., uključujući diplomatskog savjetnika, vojnog savjetnika i savjetnika za izbjeglice, koje imenuje Vijeće ministara E.U.

3. Gradska će se uprava koristiti postojećom odgovarajućom upravnom organizacijom. Sastojaće se od sedam odjela, što će se još naknadno razmotriti:

- gradska administracija
- finansije i porezi
- obnova
- infrastrukture privrede i transporta
- prosvjeta i kultura
- javni red
- zdravstvene i socijalne službe.

Svakim će odjelom zajednički rukovoditi po jedan službenik Evropske unije koje imenuje Vijeće ministara EU i po jedan ili dva građana Mostara po potrebi, a koje imenuje Upravnik. Upravnik ima pravo, nakon što je zatražio mišljenje Savjetodavnog vijeća mijenjati organizaciju odjela i raspodjelu odgovornosti, prema potrebi. Posavijanje svih radnika Gradske uprave konačna je odluka Upravnika.

4. Na prijedlog Savjetodavnog vijeća E.U. Upravnik će imenovati tri člana Savjetodavnog vijeća glavnim savjetnicima, po jednog iz različite zajednice, koji će savjetovati E.U. Upravnik u vršenju svakodnevnih poslova.

Član 10.**Zakoni i propisi**

1. Zakoni i propisi Federacije Bosne i Hercegovine bit će pravovaljani za grad Mostar u skladu s dijelom B, poglavljem IX., članom 10. Ustava Federacije Bosne i Hercegovine.

2. Savjetodavno je vijeće ovlašteno podnositi prijedloge E.U. Upravniku o uvođenju dodatnih ili različitih propisa koja će vrijediti za područje pod EU Upravom. Savjetodavno vijeće može, u okviru svojih kompetencija, osnovati grupu pravnih stručnjaka. Ako se osnuje, ta će grupa proporcionalno odražavati sastav Savjetodavnog vijeća.

3. Nakon traženja mišljenja Savjetodavnog vijeća i poštujući IX. poglavlje, član 10. Ustava, E.U. Upravnik će biti ovlašten donositi različite i dodatne propise, koji vrijede za područje E.U. Uprave, ako smatra da su takvi propisi potrebni za funkcioniranje Uprave ili da su u korist Gradske uprave grada Mostara.

Član 11.**Sudovi**

1. Kad se osnuju sudovi u gradu Mostaru u skladu s Ustavom, ti će sudovi biti potpuno samostalni u vršenju djelatnosti koja im je povjerena na osnovi odgovarajućeg zakona, uključivši tu i propise koje donese Upravnik u skladu s članom 10.

2. Ako takav sud želi pomoć mostarske policije, podnijet će zahtjev zajedničkim rukovodiocima Odjela javnog reda. Konačnu odluku o takvom zahtjevu donosi E.U. Upravnik.

Član 12.**Policija**

Osnovat će se jedinstvene policijske snage, ujedinjene na svim nivoima, koje su odgovorne E.U. Upravniku. Sastav policije će na svim nivoima odgovarati sastavu stanovništva pod EU Upravom. U njenom će sastavu djelovati i međunarodni učesnici, koje će na raspolaganje staviti ZEU kao dio E.U. Uprave. Dodatni detalji će biti izloženi u posebnom dokumentu.

Član 13.**Policijski sastav ZEU**

1. Policijski sastav ZEU izvještava i savjetuje E.U. Upravnika o svim vidovima stanja na polju javnog reda u Mostaru, uključivši tu i mjere poboljšanja međusobnog povjerenja, kretanja raseljenika, postupanja prema osumnjičenim ratnim zločincima.

Davati će savjete kako da se uvedu postupci za odabiranje, vršiti će odabiranje i organizovati obrazovanje, koristeći se maksimalno, među ostalim, postojećim kvalifikovanim radnicima i odgovarajućim postojećim sredstvima.

Policijski sastav ZEU bit će ovlašten organizovati, upravljati, rukovoditi i nadzirati neke policijske djelatnosti, kao što su to isljeđivanje kriminala, zaštita javnih ličnosti, odnose s javnošću na nivou središnje policijske uprave. Nadzirati će i pratiti ostale policijske djelatnosti, kao što su provođenje sudskih odluka, čuvanje i prijevoz civila lišenih slobode, čuvanje osjetljivih područja, rutinske patrole, upravljanje saobraćajem, razoružavanje civila (u okviru redovnog rada policije), kontrola osoba i roba, zaštita civilnog vlasništva na nivou lokalnih policijskih stanica.

Policijski radnici iz ZEU će prvobitno učestvovati na nivou središnje policijske uprave za odgovarajućim položajima, dok će do učestvovanja na nivou lokalnih policijskih stanica doći kad Upravitelj to bude smatrao shodnim.

2. Na čelu policijskog sastava ZEU će se nalaziti komesar koji je direktno odgovoran E.U. Upravniku i od njega prima naloge.

3. Kako bi se njihova djelatnost skladno uklopila u cjelokupni upravni sistem, policijski sastav ZEU bit će u vezi s organima uprave u Mostaru kao i s organizacijama koje djeluju u Mostaru i oko njega.

4. Policijski radnici iz sastava ZEU će nositi redovnu policijsku opremu. To može uključiti i pojedinačno naoružanje koje služi samoodbrani. To će naoružanje biti uvedeno u popis u skladu s međunarodnim običajima za slične misije. Svo će osoblje ZEU nositi prikladne, jasno vidljive oznake pripadnosti misiji ZEU.

5. Policijski će komesar periodično ocjenjivati situaciju u oblasti javnog reda i davati preporuke o izmjenama posebno u pogledu selektivne promjene broja i učestvovanja međunarodnog policijskog sastava ZEU.

Član 14.**Demilitarizacija**

1. Područje kojim upravlja E.U. će se potpuno demilitarizirati pod nadzorom UNPROFORA prije nego što započne radom E.U. Uprava. Nijedan pripadnik vojnih ili paravojnih snaga ugovornih strana neće imati pravo pristupa području, kojim upravlja E.U., bez dozvole E.U. Upravnika.

Član 15.**Izbjeglice i raseljenici**

1. Sve osobe, kojima je u vrijeme popisa stanovništva 1991. glavno mjesto boravišta bilo u Mostaru, imaju pravo vratiti se u grad. EU Uprava će preduzeti potrebne korake da se sačini plan akcije kako bi se stvorili uslovi za povratak tih osoba u svoje domove. Olakšaće se ostvarenje prava povratka svojim domovima onih koji su izbjegli u grad.

2. Izbjeglice i raseljenici će u Mostaru uživati ista međunarodno zajamčena prava, koja im pripadaju po njihovom statusu, sve dok se u okviru sveopšteg procesa normalizacije, ne stvore uslovi za njihov povratak u mjesta odakle su prognani ili u neka druga mjesta po njihovom izboru. EU Uprava će saradivati s kompetentnim međunarodnim organizacijama u razradi plana akcije s ciljem da se olakša povratak tih osoba.

Član 16.**Zaštita i sloboda kretanja**

1. Primaoci će biti odgovorni za potpunu zaštitu Upravnika i radnika E.U.

2. Da im se omogući obavljanje djelatnosti, E.U. Upravnik i E.U. Savjetnici i E.U. osoblje, kao i ostali E.U. službenici uživat će, uključivši tu i njihova vozila, plovila, avione i opremu, neograničenu slobodu kretanja unutar, u i iz područja, kojim upravlja E.U. Uprava.

Član 17.**Putovanje i prijevoz**

1. Vozila, plovila i avioni E.U. Uprave oslobođeni su obavezne registracije ili dozvola na području Uprave, pod uslovom da su sva ta prevozna sredstva osigurana protiv štete nanosene trećim licima.
2. E.U. Uprava se smije služiti cestama, mostovima, kanalima i ostalim vodenim putevima na teritoriju primalaca bez plaćanja nadoknada, cestarina i dažbina, uključivši lučke nadoknade.

Član 18.**Veze**

1. E.U. radnici E.U. Uprave imaju pravo koristiti odgovarajuću telekomunikacijsku opremu primalaca u svrhu svoje djelatnosti.
2. Osoblje E.U. u sastavu E.U. Uprave uživa neograničeno pravo komuniciranja vlastitim radio-opremama (uključivši satelitsku, pokretnu i ručnu radio-opremu), telefonom, telegrafom, telefaksom i ostalim sredstvima.

Član 19.**Povlastice i imuniteti**

1. E.U. Upravniku i E.U. pripadnicima Uprave primaoci, za vrijeme trajanja njihove misije, pružaju mutatis mutandis, povlastice i imunitet diplomatskog osoblja u skladu s Bečkom konvencijom o diplomatskim odnosima.
2. E.U. Uprava će imati pravo uvesti oslobođeno od carina i ostalih ograničenja, svu opremu, namirnice, potrepštine i druge robe, koje su namjenjene isključivoj i službenoj upotrebi Uprave, kao i pravo ponovno ih izvesti ili tom opremom raspolagati na neki drugi način, pod uslovom da je još uvijek u ispravnom stanju, kao i sve nepotrošene namirnice, potrepštine i drugu robu uvezenu na takav način.
3. Ugovorne strane mogu donijeti i druge odluke koje se tiču povlastica i imuniteta kao praktične dogovore u svrhu olakšavanja djelovanja E.U. Uprave, kao što su to stavljanje na raspolaganje stambenog prostora, smještaja i druge olakšice.

Član 20.**Ošteta**

Primaoci će u skladu s opštim načelima međunarodnog prava u potpunosti oštetiti Pošiljaoca za bilo kakvu štetu, gubitak ili povredu, koju pretrpi bilo koji E.U. radnik E.U. Uprave u vezi s Upravom i nadoknaditi Pošiljaocu bilo kakav oštetni zahtjev, koji bi proizašao ili bio vezan na bilo kakav način s djelatnostima članova E.U. Uprave.

Član 21.**Finansije**

1. Gradska uprava grada Mostara će staviti na raspolaganje dovoljne uredske i stambene prostorije za osoblje Pošiljaoca, uključivši zgradu "Doma penzionera", kao i rezidenciju Upravnika. Odgovarajući će se troškovi pokrivati iz gradskog budžeta. Tekuće troškove i usluge, koji se tiču stambenog prostora pripadnika Uprave a koje je poslala EU, podmirivati će Pošiljalac.

2. Sva novčana sredstva, kojima lokalne strane raspolazu za upravu ili neke njene dijelove, staviti će se na raspolaganje Odjelu za finansije i porez. Odjel će ta sredstva uvrstiti u gradski budžet.

3. Sve tekuće troškove uprave, osim troškova koji proizlaze iz posebnog karaktera E.U. Uprave (na pr. plaće međunarodnog osoblja, troškovi međunarodnih telekomunikacija i putovanja) namiruju se iz gradskog budžeta.

Član 22.**Stupanje na snagu**

Ova nagodba stupa na snagu kad je potpišu Ugovorne strane.

Übereinkommen über die Einführung der Polizei für das Kanton
Herzegowina-Neretva - Sporazum o uvodjenju policije u Hercegovačko
Neretvanjsku Zupaniju Kanton

SPORAZUM

o uvodjenju policije u Hercegovačko Neretvansku Zupaniju-Kanton

1. Ustrojiti ministarstvo unutarnjih poslova Hecegovačke-Neretvanjske Zupanije-Kantona u sjedistu, koje će biti privremeno smjesteno u objektu u Cernici.

Ministartstvo popuniti sa 60 (sezdeset) djelatnika prema prostotku nacionalne zastupljenosti u Zupaniji-Kantonu, a popunom osigurati funkcioniranje svih linija rada Ministarstva. Ministar i Zamjenik Ministra obvezni su imati urede u privremenom sjedistu i rukovoditi Ministarstvo iz tog sjedista. Rok: 05.07.1997. godine.

Ostale djelatnike iz tocke 1. ovog Sporazuma rasporediti na poslove i zadace Ministarstva Zupanije - Kantona sukladno Pravilniku o unutarnjem ustroju, a najkasnije do 15.08.1997. Oni ce biti smjesteni u zajednicku zgradu. Ukoliko se do tog roka ne osigura zajednicka zgrada, djelatnici ce raditi u postojećim zgradama, s tim da se do 15.09.1997. godine mora osigurati smjestaj u jednoj-zajednickoj zgradi (pri čemu u obzir dolaze tzv. "Kamena zgrada" ili bilo koja druga zgrada u Sredisnjoj Zoni.

2. Uspostaviti Policijske uprave u Mostaru (šest Policijskih uprava).

Policijske uprave u opcinama Mostara s vecinskim hrvatskim pucanstvom, popuniti odmah s djelatnicima hrvatske nacionalnosti po pripadajućem broju, a 50 % djelatnicima bosnjacke nacionalnosti po pripadajućem broju.

Ista nacela vrijede i za policijske uprave s vecinskim bosnjackim pucanstvom.

Popuna podrazumijeva oblacenje jednoobraznih odora i ranije dogovorenih znakovlja. Rok: 08.07.1997. godine.

Konacnu popunu Policijskih uprava u Mostaru djelatnicima sukladno pravilnicima o unutranjem ustroju Policijskih uprava, a broj (omjer) prema programu IPTF-a. Rok: 01.08.1997. godine.

3. Izvršiti popunu Policijskih uprava u svim ostalim opcinama na području Hecegovačko Neretvanske Zupanije-Kantona prema pravilnicima o unutarnjem ustroju policijskih uprava i to:

U opcinama u kojima hrvatske civile vlasti imaju fakticku kontrolu na nacin da se odmah popune s policijskim djelatnicima iz reda hrvatskog naroda prema pripadajućem broju, a djelatnicima iz reda bosnjackog naroda 30% pripadajućeg broja. Isti princip vrijedi u opcinama gdje fakticki kontrolu imaju bosnjacke civile vlasti. Rok: 15.07.1997. godine.

Izvršiti konacnu popunu Policijskih uprava, iz tocke 3. ovog Sporazuma djelatnicima sukladno pravilnicima o unutarnjem ustroju Policijskih uprava.

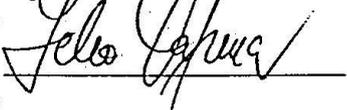
Popuna podrazumijeva oblacenje jedinstvenih odora i ranije dogovorenih privremenih znakovlja. Rok: 15.08.1997. godine.

4. Pod konacnom popunom policijskih uprava iz ovog Sporazuma u pogledu broja djelatnika podrazumijeva se njihova popuna prema programu IPTF-a koji su ranije prihvatile obje strane.

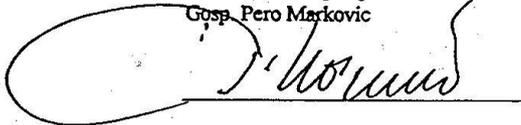
5. Policijci ce biti smjesteni u jedinstvenim (istim) zgradama.

6. Ovi principi i rokovi primjenit ce se i na odjel granicne policije.

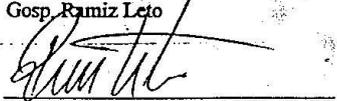
Zupan Hercegovacko-Neretvanske
Zupanije-Kantona
Gdja. Fatima Leto



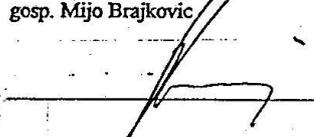
Zamjenik zupana Hercegovacko
Neretvanske Zupanije-Kantona
Gosp. Pero Markovic



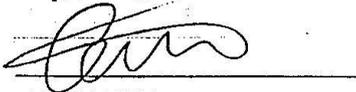
Zamjenik predsjednika Vlade
Hercegovacko-Neretvanske Zupanije-Kantona
Gosp. Ramiz Leto



Predsjednik Vlade Hercegovacko
Neretvanske Zupanije-Kantona
gosp. Mijo Brajkovic



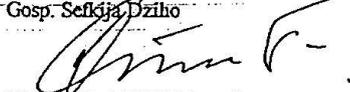
Zamjenik predsjednika Skupstine
Hercegovacko-Neretvanske Zupanije-Kantona
Gosp. Omer Cevra



Predsjednik Skupstine Hercegovacko
Neretvanske Zupanije-Kantona
Gosp. Ivan Bender



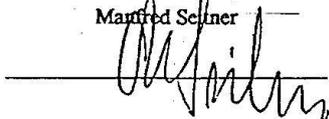
Zamjenik ministra unutarnjih poslova
Hercegovacko-Neretvanske Zupanije-Kantona
Gosp. Selkija Dzih



Ministar unutarnjih poslova Hercegovacko
Neretvanske Zupanije-Kantona
Gosp. Valentin Coric



Svjedok/
Komešar IP/PF-a
Manfred Seiner



Robert M. Beatty

Amendment to the Amendment to the Interim Statute of the City of Mostar of
20 February 1996 - Die Grenzen der 'Zentralen Zone' – (Auszug aus "Official
Gazette of the City of Mostar No5, S.3)

No/Br. 5

OFFICIAL GAZETTE
OF THE CITY OF MOSTAR

Page/Str. 3

010-E

AMENDMENT TO THE

Amendment to the Interim Statute of the
City of Mostar of 20 February 1996

Since it was not possible for the Cadastral Offices to reach an agreement on the establishment of the cadastral boundaries in the Central Zone, Paragraph 2 of the Amendment to the Interim Statute of the City of Mostar of 20 February 1996 is repealed, and the boundaries are specifically established, as a supplement to the map published in the Official Gazette No. 1, pg. 39, as follows:

1. In the area where the Neretva river is the boundary, the middle of the river is the Central Zone boundary.
2. In the area where a street is the boundary, the middle of the street is the Central Zone boundary.
3. Contrary to the Item 2, the section of the "Hercegovačke brigade" Street starting at the western bridgehead of the Carinski most and ending at the complex of the railway station and the bus station is an integral part of the Central Zone.
4. In the South of the Central Zone, between the "Adem Buć" Street and the "Rade Bitanga" Street, the following plots of land are a part of the Central Zone and their southern cadastral boundaries form the Central Zone boundary: a) No. 4293; b) No. 4024; c) No. 4243; d) No. 4241.
5. The regulation in the area of the Spanish Square is the following:
 - 5.1. The plot No. 1929, on which the Grammar School is built, belongs to the Central Zone. The western and southern cadastral boundaries form the Central Zone boundary.
 - 5.2. The eastern boundary of the plot No. 1848 forms the Central Zone boundary.
6. The plot, on which the "Privredna banka" building is built, including the plots towards the "Ante Zuanic" Street and the "Dr. Safet Mujić" Street, as well as the empty plots to the north and to the west of the building in the width of 2 meters belong to the Central Zone.
7. In the North, the plots No. 724, 723 and 722/14, as well as the southern part of the plot No. 725 belong to the Central Zone. The plot No. 725 is cut in the north-south direction. The line will be drawn from the north-east corner of the plot No. 724 to the south-west corner of the plot No. 722/7. The northern cadastral boundaries of the plots No. 724 and 722/14 and the line across the plot No. 725 form the Central Zone boundary.
8. The complex of the railway and bus station belongs to the Central Zone together with the following plots:

a) No. 546; b) No. 579; c) No. 2093; d) No. 580 (street) with the part which borders with the plot No. 579; e) the southern part of the plot No. 2092 which is cut in the east-west direction on a level with the northern end of the railway platform.

Mostar, 9 May 1996

(Signature)

Ricard Perez Casado
Administrator

010-B

AMANDMAN NA

Amandman na Prijelazni statut Grada
Mostara od 20. februara 1996.

S obzirom da Katastarski uredi nisu uspjeli postići dogovor o utvrđivanju katastarskih granica u Centralnoj zoni, stav Amandmana na Prijelazni statut Grada Mostara od 20. februara 1996. stavlja se van snage, a granice se isključivo utvrđuju kao dodatak karti objavljenoj u Službenom glasniku br. 1, str. 39, i to na sljedeći način:

1. U području u kojem je granica rijeka Neretva, sredina rijeke predstavlja granicu Centralne zone.
2. U području gdje je granica ulica, sredina ulice predstavlja granicu Centralne zone.
3. Protivno tački 2, dio Ulice Hercegovačkih brigada počevši od zapadnog mostobrana sve do kompleksa željezničke i autobusne stanice sastavni je dio Centralne zone.
4. Na jugu Centralne zone, između Ulice Adema Buća i Ulice Rade Bitange, sljedeće su čestice dio Centralne zone, a njihove južne katastarske granice čine granicu Centralne zone: a) br. 4293; b) br. 4024; c) br. 4243; d) br. 4241.
5. Regulativa u području Španskog trga je sljedeća:
 - 5.1. Čestica br. 1929, na kojoj se nalazi Gimnazija, pripada Centralnoj zoni. Zapadne i južne katastarske granice čine granicu Centralne zone.
 - 5.2. Istočna granica čestice br. 1848 čini granicu Centralne zone.
6. Čestica na kojoj se nalazi zgrada "Privredne banke", uključujući čestice prema Ulici Ante Zuanića i Ulici dr. Safeta Mujića, kao i prazne čestice sjeverno i zapadno od zgrade u širini od 2 metra, pripadaju Centralnoj zoni.
7. Na sjeveru čestice br. 724, 723 i 722/14, kao i južni dio čestice br. 725 pripadaju Centralnoj zoni. Čestica br. 725 je presječena u smjeru sjever-jug. Crta će se povući iz sjeveroistočnog ugla čestice br. 724 prema jugozapadnom uglu čestice br. 722/7. Sjeverne katastarske granice čestica br. 724 i 722/14 i crta preko čestice br. 725 čine granicu Centralne zone.
8. Kompleks željezničke i autobusne stanice pripada Centralnoj zoni zajedno sa sljedećim česticama:

Abstract

Der Bürgerkrieg in Bosnien-Herzegowina hat eine Tiefe ethnische Spaltung, als sein größtes Erbe, hinterlassen. Besonders stark wurde die zweigeteilte Stadt Mostar von der Bewältigung dieser Spaltung getroffen. Die „European Union Administration of Mostar“ (EUAM) hat sich der Aufgabe gestellt diesen Zustand zu überwinden. Die Ansätze der ‚Neuen Kriege‘, sowie des State- und Nationbuilding bilden den theoretischen Rahmen dieser Arbeit und helfen sowohl die stattgefundenen Ereignisse als auch die Schwierigkeiten mit welchen die EUAM konfrontiert wurde zu verstehen. Anhand der historischen Entwicklungen vom Staatszerfall Jugoslawiens bis zum Kriegsausbruch in Bosnien-Herzegowina wurden die Hintergründe der Problematik geschildert. Der Kriegsverlauf und seine Beendigung deuten auf den fehlenden Willen der herrschenden politischen Parteien eigenständig zum Zwecke der Friedensfindung zu agieren und auf die Notwendigkeit der internationalen Akteure eine Lösung zu finden. Mit dem General Framework Agreement for Peace (dem Dayton Abkommen) und dem Memorandum of Understanding, den beiden entscheidenden Verträgen zur Beendigung des Krieges wurde zwar der Frieden gefördert, aber auch die ethnischen Teilungen in Bosnien und Mostar institutionalisiert. Weitere Bemühungen zur Aufhebung dieser Fehler sind bisher zum Großteil gescheitert, weil die Verhandlungspartner, ehemalige Kriegsparteien, wenig kompromissbereit sind und alle Reformversuche, vor allem die der Verfassungsreform, blockieren. In Mostar versagte die EUAM einerseits wegen der Weigerung der kroatischen Politiker die Autorität des Administrators zu akzeptieren und seine Vorgaben zu befolgen, andererseits wegen der mangelnden Unterstützung von Seiten der Europäischen Union bei der Durchsetzung der Entscheidungen. Insgesamt sind weitere Reformen und Engagement der (nationalen und internationalen) Akteure notwendig, da Veränderungen in Mostar nur im Rahmen einer gesamtstaatlichen Reform stattfinden können.

Curriculum Vitae

Persönliche Daten:

Name: Sanja Ehiro

Geburtsdatum und -ort 18. Mai 1981, Mostar, Bosnien-Herzegowina

Staatsbürgerschaft: österreichisch

Ausbildung:

1988 - 1992 Volksschule in Mostar, Bosnien-Herzegowina

1992 - 1996 Hauptschule für bosnische Flüchtlinge in Split, Kroatien

1996 -2001 Bundesoberstufenrealgymnasium Hegelgasse 14 in Wien

2001-2002 Studium der Handelswissenschaft an der Wirtschaftsuniversität Wien

Seit Oktober 2002 Studium der Politikwissenschaft an der Universität Wien

Berufliche Tätigkeit:

Seit Oktober 2001 arbeite ich bei Hennes&Mauritz im Verkauf, anfangs als geringfügig Beschäftigte, dann als Teilzeit- und schließlich als Vollzeitkraft. Seit dem letzten Jahr vertrete ich die/den Department Manager/in der Damenabteilung.

Sprachkenntnisse:

Neben meiner Muttersprache Bosnisch/Serbisch/Kroatisch, spreche ich Deutsch und Englisch. Außerdem besitze ich Grundkenntnisse in